ROTES FORUM

Organ des SDS - Heidelberg

15.4.70 2/70

1870-1970

Wladimir Iljitsch

LENIN

zum 100. Geburtstag

Berichtigung von Umbruchfehlern:

S.26 Das Zitat am Schluss des Artikels zur Frühphase der Parteibildung der Bolschewiki ist das Ende der Anmerkung 3 auf S.25. Der Artikel endet also vor dem Zitat.

S.25 Den Aufruf "An die Mittelschüler" veröffentlichte Lenin in Nr.29 der Iskra am 1. Dez. 1902. Wir zitieren ihn nach dem 6. Band der "Werke", S. 277.

S.46 Bei dem Zitat des Beschlusses der Bundesregierung wurde versehentlich ein Teil der Quelle, aus der der Beschluss photokopiert wurde, mit abgedruckt.

INHALT:

Wider das Gründungsfieber (Zur KPD-AO) 2

W.I.Lenin
Die Aufgaben der revolutionären Jugend, Erster Brief (Ges. Werke Bd.7, S.30-44) 6

Joscha Schmierer
Revolutionäre Intelligenz und Arbeiterbewegung in der Frühphase der Parteibildung - Ein Grundproblem des Marxismus-Leninismus 12

Volker Müller
Die Einschätzung der Mitbestimmung in "Imperialismus heute" und "Kritik der Mitbestimmung" 27

Herbert Breger
Hochschule und Kapital 36

Staat und Beamtemstand - Beitrag auf dem teach-in zur Entlassung Helmut Kommers 43

Entlassungsbescheid des Studienreferendars Kommer 48

Wolf Schluchter
Dokumentation zur Politik Israels in den besetzten arabischen Gebieten 51

1.– DM

Erscheint 6 mal im Jahr, je drei Nummern im Sommer- und Wintersemester. Auswärtige Genossen und Sympathisanten sollten Einzel- und Sammelabonnements aufgeben. Unterstützt das ROTE FORUM und abonniert es! Bezahlt werden muß es jeweils halbjährlich (3Nummern + Porto); Sammelbestellungen jeweils auf Vorkasse oder per Nachnahme.

Redaktion: Joscha Schmierer (verantwortlich), Jürgen Sendler, Gerd Steffens

Anzeigenverwaltung: Frank Pohlers, 69 Heidelberg, Hans Thoma Platz 38, Tel. 40812

Druck: J. Noth, Heidelberg

Herausgeber: SDS Heidelberg

Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion

ROTES FORUM, c/o Jörg Burkhard
69 Heidelberg
Schiffgasse 4

Wider das Gründungsfieber

Eine Gruppe von Berliner Genossen hat eine "Vorläufige Plattform der Aufbauorganisation für die Kommunistische Partei Deutschlands" (KPD-Aufbauorganisation) veröffentlicht und ihren Führungsanspruch beim Aufbau der Kommunistischen Partei angemeldet (RPK Nr.56/57):

"Die Gruppe von Genossen, die sich nach einer Reihe gründlicher Diskussionen, die unter dem Aspekt der "Ideologischen Vereinheitlichung" in den grundlegenden politischen Fragen geführt werden, zusammenschliessen, nachdem Fragen der zukünftigen Berufstätigkeit von Studenten und der langfristigen politischen Verpflichtung geklärt sind, begründet ihre politische Tätigkeit als KPD-AUFBAUORGANISATION mit dem Ziel, eine revolutionäre Kommunistische Partei auf nationaler Ebene zu schaffen. Die Parteigründung setzt voraus, dass die Organisation auf nationaler Ebene in den proletarischen Massen verankert ist, das heißt, dass die KPD-AUFBAUORGANISATION ihren Führungsanspruch in Massenkämpfen verwirklichen muß, indem sie die Richtigkeit ihrer politischen Linie in den Kämpfen selbst überprüft."

Diese Veröffentlichung der "Vorläufigen Plattform" fiel zeitlich mit der endgültigen Auflösung des SDS-BV und des SDS als überregionaler Organisation zusammen. Nach den Erfahrungen mit den zahlreichen ML-Bekennntniserlebnissen ist zu erwarten, daß weitere verunsicherte SDS-Gruppen sich sehr schnell auf der von den Berliner Genossen eingerichteten Plattform niederlassen werden und daß diese scheinhafte Neugründung über die tiefe Zerfahrenheit der westdeutschen und Westberliner Linken vorübergehend hinwegtäuschen ..., ohne daß die ideologische Vereinheitlichung tatsächlich irgendwelche Fortschritte gemacht hat. Im Interesse dieser ideologischen Vereinheitlichung, die die unabdingbare Voraussetzung für einen nicht fiktiven Zusammenschluß der verschiedenen Zirkel sein muß, wenn nicht ein allgemeiner Gründerschwindel ausbrechen soll, ist die scharfe ideologische Auseinandersetzung nötig, die allein die programmatischen Grundlagen schaffen kann, auf der ein solcher Zusammenschluß auch organisatorisch möglich wird. Die Phase der Erarbeitung der revolutionären Theorie und Strategie ist in Westdeutschland noch kaum eingeleitet. So ist es auch nicht erstaunlich, daß die Plattform einige Grundwahrheiten des Marxismus-Leninismus wiederholt und im übrigen lediglich vier Themen nennt, in deren Untersuchung eine politische Linie erarbeitet werden soll:

- Objektive Entwicklungstendenzen des Monopolkapitals und Staatsapparat
- Diktatur des Proletariats nach unserer Revolution und Diktatur des Proletariats in der DDR
- Proletarischer Internationalismus
- Gewerkschaften

Das ist selbst für die vorläufige Plattform einer KPD-

Aufbauorganisation etwas wenig. Auf der Ebene der Benennung einiger Untersuchungsthemen und der Wiederholung von Grundwahrheiten des ML ist dann auch keine Differenz zur KPD-ML festzustellen, die inzwischen zentrale Kommissionen für die theoretisch-analytische Arbeit zu folgenden Themen eingerichtet hat:

- Politökonomische Tendenzen Westdeutschlands
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
- Entwicklung der DDR
- Analyse der Gewerkschaften

Bevor diese "Themen" nicht soweit aufgearbeitet sind, daß die Ergebnisse dieser theoretischen Arbeit programmatisch zusammengefaßt werden können, kann von einer ideologischen Einheit keine Rede sein, weil diese sonst nur auf einer ganzen Reihe von ausgesparten, nicht gelösten Frage beruhen könnte, also völlig fiktiv wäre. Die notwendige theoretische Auseinandersetzung um diese Fragen muß öffentlich geführt werden und muß mit der Möglichkeit der Überprüfung der Praxis der verschiedenen Zirkel und Gruppen verbunden sein. Während der historisch notwendigen Periode der Erarbeitung einer revolutionären Strategie müssen zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen marxistisch-leninistischer Ausrichtung Beziehungen nach dem Grundsatz "Kampf-Kritik-Umgestaltung" und "Kritik-Einheit-Kritik-Einheit" erarbeitet werden." An Hand der vorläufigen Plattform der KPD-Aufbauorganisation ist es nicht möglich, diese Auseinandersetzung einzuleiten, weil sie eben dort, wo inhaltliche Positionen bezogen werden müssten, bloß Themen nennt. Keine andere Gruppierung ist allerdings über diese Phase, in der die Positionen erst erarbeitet werden müssen, hinausgelangt, und auch die KPD-ML muss inzwischen bekennen: "Oben wurde festgestellt, daß wir uns in der Etappe der Gewinnung der Avantgarde des Proletariats für den Kommunismus befinden. Es ist sicher richtig, daß wir diese Aufgabe nicht durch theoretische Arbeit erfüllen, sondern durch breit angelegte Propaganda und auch Agitation, zweifellos praktische Betätigungen. Die jetzige Etappe ist jedoch dadurch gekennzeichnet, daß ungeklärte theoretische Fragen das Haupthindernis zur erfolgreichen Ausweitung unserer Propaganda darstellen. (...) Es handelt sich bei diesen Fragen keineswegs um Randprobleme, sondern hauptsächlich um Grundfragen der Bewegung, solche wie nach dem Verhältnis der verschiedenen Klassen zueinander, den Auswirkungen der fortschreitenden imperialistischen Entwicklung auf die Lage dieser Klassen, Fragen nach unserer Stellung zur nationalen Frage in Deutschland und Europa etc. Die Praxis selbst ist es also, die der Theorie in der jetzigen Etappe ihre besondere Bedeutung verleiht, die Praxis selbst ist es die in dem Widerspruch von Theorie und Praxis die Theorie zur hauptsächlichen Seite werden läßt. Die Betonung der großen Bedeutung der Praxis darf uns nicht davon abhalten, diese Praxis auch auszuwerten, zu verallgemeinern und die sich stellenden theoretischen Fragen zu lösen." (Roter Morgen, Januar/Februar 1970, zit.RPK 56/57, S.9).

Solange diese theoretischen Fragen bloß benannt werden können und nicht einmal annähernd gelöst sind, können weder die bestehenden Fraktionierungen als dauerhaft betrachtet werden, noch darf der theoretische Kampf dadurch umgangen und hintertrieben werden, daß die theoretische Arbeit sich nur in gruppeninternen Zirkularen niederschlägt wie anscheinend derzeit in Berlin. Jedweder Führungsanspruch der unter Umgehung oder bei bloßer Benennung dieser Fragen angemeldet wird, ist schlicht lächerlich.

Die Genossen der KPD-Aufbauorganisation teilen mit, daß sich erst "nach einer Reihe gründlicher Diskussionen, die unter dem Aspekt der 'ideologischen Vereinheitlichung' in den grundlegenden politischen Fragen" geführt worden sein, zusammengeschlossen haben. Entweder halten sie es nicht für notwendig uns die Ergebnisse dieser Diskussionen der grundlegenden Fragen

April 70

DO 2.4. Free Jazz Group Wiesbaden

DO 9.4. Frederic Rabold Quartett

DO 16.4. Peter Brötzmann Quintett

DO 23.4. Alexander von Schlippenbach Quart.

DO 30.4. Rüdiger Carl Inc. Berlin

Beginn jeweils 21.00 Uhr, Ende gegen 0.30 Uhr

Wichtig: Ab Februar 70 wurden unsere Jazztage auf Donnerstag verlegt.

Jeden Samstag, Sonntag, Montag, Dienstag, und Mittwoch Tanz mit unserer Stereo-Discothek und modernsten Lightshow.

CAVE 54

Verein zur Pflege studentischer Geselligkeit e. V.
Heidelberg, Krämergasse 2 Tel. 06221/27840

mitzuteilen, oder es ist bis jetzt halt nicht mehr dabei herausgekommen als die "Vorläufige Plattform". So wird z.B. richtig gesagt, daß "ohne gründliche Kritik der Studentenbewegung und ohne Selbstkritik" der "Aufbau einer politischen Plattform nicht in Angriff" genommen werden könne, doch beschränkt sich diese Kritik und Selbstkritik auf die Verurteilung einer falschen Stellung zur Parteifrage und zum Räteprinzip, zwei für die Analyse der Studentenbewegung ungeheuer abstrakte Fragen, deren falsche Behandlung in der Studentenbewegung man aber zumindest historisch materialistisch erklären müßte, bevor eine diesbezügliche Selbstkritik glaubhaft sein könnte. Wer gibt uns denn sonst die Garantie dafür, daß sich die Kritik und Selbstkritik auch auf die Bedingungen erstreckt, die diese Fehler unvermeidlich machten und deren unverändertes Fortbestehen selbst eine theoretisch richtige Stellung zur Parteifrage undzum Räteprinzip praktisch zur Farce machen würde?

Der nachdrücklichen Verschwiegenheit in theoretischen und analytischen Fragen entspricht eine erstaunlich detaillierte Darlegung der organisatiorischen Prinzipien nicht nur, sondern auch der einzelnen Fragen der Organisation. Aber einige Mitteilungen über den tatsächlichen Organisationsgrad der Westberliner Linken im allgemeinen und der KPD-Aufbauorganisation im Besonderen wären viel nützlicher, als ein Destillat dessen, was sich jeder Kommunist als wünschenswerte Organisation der proletarischen Partei so auszudenken pflegt.

Wir haben lange genug die Organisationsfrage in den Mittelpunkt gestellt und oft genug erfahren, daß es die spezifisch studentische Form des Opportunismus ist, immer dann von Organisationsprinzipien zu r e d e n, wenn die notwendig theoretische und praktische Arbeit zu organisieren gewesen wäre, als daß wir uns durch Projektemacherei und Pläneschmieden noch schrecken ließen. Die derzeitige Etappe der Parteibildung ist durch die Gewinnung der fortgeschrittensten Elemente der Arbeiterklasse durch die kommunistische Propaganda bestimmt. Um diese kommunistische Propaganda führen zu können und in allen Fragen der Gesellschaft einen kommunistischen Standpunkt zu erarbeiten, ist vor allem die theoretische Arbeit zu organisieren und ihre ö f f e n t l i c h e Diskussion zu ermöglichen. Wie die KPD-Aufbauorganisation richtig sagt, heißt das nicht, daß die "politische Tätigkeit erst n a c h vollständiger und umfassender Klärung a l l e r offenen Fragen beginnen soll", und heißt das um so weniger als von keiner Gruppe irgendwelche ernsthaften theoretischen Beiträge zu erwarten sind, die nicht s c h o n j e t z t politisch tätig ist, sondern daß wir auf Proklamationen verzichten sollten, solange wir zu den wichtigsten Programmfragen nichts als Themen und keine Positionen benennen können.

Wir halten die Entwicklung der RPK seit der Arbeitskonferenz nicht der derzeitigen Etappe des Parteiaufbaus entsprechend, weil sie die notwendig kontroverse Diskussion der Programmfragen nicht fördert, sondern im Gegenteil zu unterdrücken scheint. Das zeichnete sich schon vor der Arbeitskonferenz der RPK im schlichten Nichtabdruck des ML-Papiers zur Übergangsorganisation und in dem objektiv putschistischen Versuch ab, die ML aus der RPK auszuschließen, ohne daß dies auf der Arbeitskonferenz dann inhaltlich gerechtfertigt hätte werden können. Jene Gruppe, die damals das sogenannte Thesenpapier vorlegte und aus taktischer Verlegenheit die ML auf dem Gebiet des organisatorischen Bluffs zu überrumpeln versuchte, scheint jetzt die RPK zu übernehmen, obwohl z.B. keine der inhaltlichen Fragen, die die Arbeitskonferenz gestellt hat, seither in der RPK auch bloß diskutiert, geschweige geklärt worden wären. Aber durch Bluff entsteht keine westdeutsche Iskra, sondern wird die bisherige Politik der Studentenbewegung, die Ochsenfroschtaktik, fortgesetzt.

Die Kommunistische Partei ist in Westdeutschland noch kaum in ihren Embryonalzustand eingetreten, der durch die Erarbeitung einer selbständigen theoretischen Position gekennzeichnet ist. Gleichzeitig sieht sie sich vor eine ganze Reihe schwieriger taktischer und organisatorischer Fragen gestellt, die sich aus der raschen Verschärfung der Widersprüche des westdeutschen Imperialismus und dem ersten Aufflackern neuer spontaner ökonomischer Kämpfe ergeben. Diese äußerst schwierige Situation für die westdeutsche und Westberliner Linke, deren fortgeschrittenster Teil sich gerade erst die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus erarbeitet, wird bloß durch die Forcierung der theoretischen und analytischen Arbeit die taktischen und organisatorischen Fragen der N e u bildung der Kommunistischen Partei und der Verankerung der marxistischen Theorie in den Massen lösen können. In der gegenwärtigen Etappe ist die ideologische Vereinheitlichung tatsächlich die vordringlichste Aufgabe, aber sie kann b l o ß in der Auseinandersetzung im i n h a l t l i c h e P o s i t i o n e n hergestellt werden und n i c h t durch die B e n e n n u n g v o n T h e m e n in deren Untersuchung diese Positionen erst erarbeitet werden müssen, also auch nicht durch die "Vorläufige Plattform der KPD-Aufbauorganisation".

In der tatsächlichen Untersuchung, einer revisionistischen Untersuchung eben, all dieser Themen sind uns die Revisionisten voraus. In der detaillierten Kritik dieser Untersuchungen hat also unsere Arbeit zu beginnen, eine Arbeit von der wir schon lange reden, die aber tatsächlich noch keinerlei Ergebnisse gezeitigt hat. In dieser analytischen Arbeit wird sich die ideologische Führung der Arbeiterklasse erst herausbilden können. Der studentische Opportunismus besteht gerade darin, die analytische Arbeit nicht zu leisten, und mit großen Projekten herumzufuchteln.
Die Kommunistische Partei wird aber nicht das Ergebnis solcher Projektemacherei sein, sondern der Analyse der gegenwärtigen Entwicklung des Kapitals und der Kämpfe, die das Kapital notwendig hervorbringt. Diese Analyse kann durch die Usurpation von Namen nur versprochen werden, mehr aber auch nicht. Die "Vorläufige Plattform" ist ein arg schwankender Boden, denn bei jedem Schritt in Richtung auf die Einlösung dieser Versprechen muß sich ihre Brüchigkeit erweisen. Unter Plattform verstand man bisher die programmatische Formulierung bestimmter Positionen, auf die sich vor-

her getrennt arbeitende Gruppen geeinigt haben. Die "Vorläufige Plattform" heißt wohl deshalb vorläufig, weil sie jeder inhaltlichen Bestimmung von Positionen vorausgeht und diese organisatorisch dennoch bis ins einzelne festlegt. Das ist die feierliche Verkündung des Parteistatuts, bevor das Programm der Partei auch bloß skizziert ist, das ist die Haltung des Ochsenfrosches, kurz bevor er platzt.

Das bestehende Zirkelwesen hätte wenigstens dann eine progressive Funktion, wenn es den theoretischen Kampf vorwärtstreiben würde und jeder Zirkel, der in diesem Kampf keine Position bezöge, sich diskreditieren würde. Stattdessen nimmt das Einerlei von Organisationsvorschlägen zu, ohne daß auch nur der Schatten von inhaltlichen Richtungskämpfen sich zeigen würde. Dies zeigt, daß die Zirkel Zirkel bleiben wollen, gerade auch dann, wenn sie ständig vom Parteiaufbau reden: denn sie wollen das Pferd vom Schwanz aufzäumen, weil sie gar nicht daran denken, das Pferd auch besteigen zu wollen. Der Parteiaufbau fängt mit der Erarbeitung der revolutionären Theorie an und führt über die Erstellung des Programms zur statutenmässigen Verpflichtung derer, die dieses Programm vertreten, es organisiert durchzusetzen. Das sind Binsenwahrheiten. Welche Intellektuelle für die bewußte und organisierte Teilnahme am proletarischen Klassenkampf sich eignen, wird sich nicht schlagartig darin zeigen, daß alle versuchen, mit "proletarischen" Organisationskonzepten aufzutrumpfen, sondern schrittweise darin, daß möglichst viele in die analytische Arbeit eingreifen, die unsere studentische Spontaneität überwindet und unsere Fähigkeiten bewußt der Arbeiterklasse zur Verfügung stellt, und darin, daß möglichst wenige vor den praktischen und organisatorischen Konsequenzen zurückschrecken, die die Arbeiterklasse aus ihrer Lage mit Hilfe unserer analytisch und wissenschaftlich korrekten Propaganda und Agitation ziehen wird. Im Augenblick fällt es noch arg leicht mit grossen Worten in der Organisationsfrage aufzutrumpfen und noch arg schwer die notwendige Arbeit für diese kommunistische Propaganda und Agitation zu leisten. Inzwischen sind zwei Genossen von der KPD-AO in Heidelberg gewesen, um zentrale Parolen für den 1. Mai zu diskutieren. Dabei zeigte sich, daß klare und korrekte Parolen erst noch erarbeitet werden müssen und daß diese Arbeit mit der "Vorläufigen Plattform" in keinerlei direktem Zusammenhang stehen wird. Sollte die Gruppe von Berliner Genossen aber mit ihrer vorläufigen Plattform genau diese Arbeit organisieren wollen und nicht mehr und nicht weniger, dann wäre es korrekt gewesen, statt die organisatorischen Präliminarien als großartige Ergebnisse anzupreisen, möglichst bald die ersten Früchte dieser organisierten Arbeit vorzuweisen. Bloß so kann das Gerede und der Klatsch um Windeier, durch Auseinandersetzung und theoretischen Kampf abgelöst werden. Das Zirkelwesen wird nicht durch Namensänderung überwunden.

Red.

Fischer Bücherei

Zum 100. Geburtstag von Lenin.

Lenin Studienausgabe in zwei Bänden
Iring Fetscher (Hrsg.)
Bd. 6012/13. Je DM 5.80
Die wichtigsten Texte Lenins aus den Jahren 1894 bis 1922: „Die theoretische Orientierung der revolutionären Bewegung in Rußland. Die Konzeption einer sozialistischen Partei. Die revolutionäre Arbeit vor und während dem 1. Weltkrieg. Der Entwurf einer marxistischen Staatstheorie." Und viele andere Themen enthält diese Jubiläumsausgabe.

Marx/Engels · Iring Fetscher (Hrsg.)
Deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts
Bd. 1043. DM 3.80

Marx/Engels Studienausgabe 1–4
Bd. 764/765/766/767. Je DM 3.80

Isaac Deutscher
Die unvollendete Revolution
Bd. 6000. DM 2.80

Theodor Ebert
Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg
Bd. 1123. DM 3.80

Die Deutsche Revolution 1918–1919
Susanne Miller/Gerhard A. Ritter (Hrsg.)
Bd. 879. DM 4.80

Jean Lacouture
Ho Tschi-Minh
Bd. 1111. DM 3.80

Gustav A. Wetter
Sowjetideologie heute I.
Dialektischer und historischer Materialismus.
Bd. 460. DM 4.80

Wolfgang Leonhard
Sowjetideologie heute II.
Die politischen Lehren.
Bd. 461. DM 4.80

Elisabeth und Heinrich Hannover
Politische Justiz 1918–1933
Bd. 770. DM 4.80

Leo Trotzki
Die permanente Revolution
Bd 1095. DM 2.80

Die Aufgaben der revolutionären Jugend
Erster Brief

Die redaktionelle Erklärung der Zeitung "Student" (14), die zuerst, wenn wir nicht irren, in Nr.4/28 des "Oswoboshdenije" (15) und die auch der "Iskra" zuging, zeugt unseres Erachtens von einem beachtlichen Schritt vorwärts, der in den Anschauungen der Redaktion seit dem Erscheinen der Nr.1 des "Student" erfolgt ist, Herr Struve machte keinen Fehler, als er sich mitzuteilen beeilte, daß er mit den in der Erklärung dargelegten Ansichten nicht einverstanden sei: diese Ansichten sind tatsächlich grundverschieden von jener Richtung des Opportunismus, die das liberal-bürgerliche Organ so konsequent und eifrig vertritt. Die Redaktion des "Student", die anerkennt, daß "das revolutionäre Gefühl allein keine ideologische Einigung der Studentenschaft bewirken kann", daß "zu diesem Zweck ein sozialistisches Ideal notwendig ist, das sich auf diese oder jene sozialistische Weltanschauung stützt", und zwar auf eine "bestimmte, einheitliche" Weltanschauung, hat mit der ideologischen Indifferenz und dem theoretischen Opportunismus bereits grundsätzlich gebrochen und die Frage der Mittel zur Revolutionierung der Studentenschaft auf eine richtige Basis gestellt.

Vom landläufigen Standpunkt des vulgären "Revolutionarismus" aus gesehen, erfordert die ideologische Einigung der Studentenschaft allerdings keine einheitliche Weltanschauung, sie schließt diese vielmehr aus; ideologische Einigung bedeutet "Duldsamkeit" gegenüber verschiedenartigen revolutionären Ideen, setzt Verzicht auf ein entschiedenes Bekenntnis zu einem bestimmten Ideenkreis voraus, kurzum, ideologische Einigung setzt, vom Standpunkt dieser weisen Politikaster, eine gewisse ideologische Indifferenz voraus (natürlich mehr oder weniger geschickt verhüllt durch abgedroschene Formeln über die Großzügigkeit der Ansichten, über die Wichtigkeit der Einheit um jeden Preis und unverzüglich usw. usf.). Als ziemlich plausible, ja auf den ersten Blick sehr überzeugende Beweisführung für eine solche Fragestellung dient stets der Hinweis auf die allbekannte und unbestrittene Tatsache, daß es in der Studentenschaft den politischen und sozialen Ansichten nach recht unterschiedliche Gruppen gibt und wohl oder übel geben muß und daß deshalb die Forderung nach einer einheitlichen und bestimmten Weltanschauung unweigerlich einige dieser Gruppen abstoßen - folglich die Einigung stören, folglich statt einträchtiger Arbeit Streitigkeiten hervorrufen, folglich die Kraft des gemeinsamen politischen Ansturms schwächen wird usw. ohne Ende.

Sehen wir uns diese plausible Beweisführung näher an. Nehmen wir z. B. die Einteilung der Studentenschaft nach Gruppen in Nr.1 des "Student" - in dieser ersten Nummer war die Forderung einer bestimmten und einheitlichen Weltanschauung von der Redaktion noch nicht aufgestellt worden, die man daher schwerlich der Voreingenommenheit für die sozialdemokratische "Engstirnigkeit" verdächtigen konnte. Der redaktionelle Artikel in Nr. 1 des "Student" unterscheidet in der heutigen Studentenschaft vier Hauptgruppen:

1. die gleichgültige Menge - "Leute, die der Studentenbewegung völlig indifferent gegenüberstehen";
2. "Akademisten" - Anhänger von Studentenbewegungen auf ausschließlich akademischem Boden;
3. "Gegner der Studentenbewegungen überhaupt - Nationalisten, Antisemiten usw.";
4. "Politiker" - Anhänger des Kampfes für den Sturz des Zarendespotismus. "Diese Gruppe besteht ihrerseits aus zwei entgegengesetzten Elementen - aus einer rein bürgerlichen politischen Opposition, die revolutionär gesinnt ist, und - aus einer Schöpfung der letzten Tage (erst der letzten Tage? N.Lenin), nämlich dem sozialistisch gesinnten, revolutionären intellektuellen Proletariat." Zieht man in Betracht, daß die zweite Untergruppe wiederum, wie jedermann bekannt, in sozialrevolutionäre und sozialdemokratische Studenten zerfällt, so erweist sich, daß es in der heutigen Studentenschaft sechs politische Gruppen gibt: Reaktionäre, Gleichgültige, Akademisten, Liberale, Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten.

Es fragt sich: Ist diese Gruppierung vielleicht zufällig? ist sie vielleicht durch vorübergehende Stimmungen hervorgerufen? Es genügt, diese Frage geradeheraus zu stellen, um von jedem, der mit der Sache einigermaßen vertraut ist, sofort eine verneinende Antwort zu erhalten. Eine andere Gruppierung könnte es ja in unserer Studentenschaft gar nicht geben, denn sie ist der am feinsten reagierende Teil der Intelligenz, die Intelligenz aber heißt gerade darum Intelligenz, weil sie die Entwicklung der Klasseninteressen und der politischen Gruppierungen in der ganzen Gesellschaft am bewußtesten, am entschiedensten und am genauesten widerspiegelt und zum Ausdruck bringt. Die Studentenschaft wäre nicht, was sie ist, wenn ihre politische Gruppierung nicht der politischen Gruppierung in der ganzen Gesellschaft entspräche - "entspräche" nicht im Sinne einer vollständigen Proportionalität zwischen den Studentengruppen und den gesellschaftlichen Gruppen nach Stärke und Zahl, sondern im Sinnne des notwendigen und unvermeidlichen Vorhandenseins eben jener Gruppen, die es in der Gesellschaft gibt, auch innerhalb der Studentenschaft. Für die gesamte russische Gesellschaft mit ihrer (verhältnismäßig) schwachen Entwicklung der Klassenantagonismen, mit ihrer politischen Unberührtheit, mit ihren durch den Polizeidespotismus eingeschüchterten und niedergedrückten gewaltigen Bevölkerungsmassen - sind eben diese sechs Gruppen kennzeichnend: Reaktionäre, Gleichgültige, Kulturreformer, Liberale, Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten. Statt "Akademisten" habe ich hier "Kulturreformer" eingesetzt, d.h. Anhänger des legalen Fortschritts ohne politischen Kampf, eines Fortschritts auf dem Boden der Selbstherrschaft. Solche Kulturreformer gibt es in allen Schichten der russischen Gesellschaft, und überall beschränken sie sich, ähnlich den "Akademisten" unter den Studenten, auf einen kleinen Kreis von Berufsinteressen, auf Verbesserungen in den einschlägigen Zweigen der Volkswirtschaft oder der staatlichen und örtlichen Verwaltung, überall halten sie

sich ängstlich fern von der "Politik", ohne die "Politiker" der verschiedenen Richtungen voneinander zu unterscheiden (ebensowenig, wie das die Akademisten tun); als Politik aber bezeichnen sie all und jedes, was sich auf ... die Form der Regierung bezieht. Die Schicht der Kulturreformer war immer und ist noch heute die breite Grundlage unseres Liberalismus: in "friedlichen" Zeiten (d.h., ins "Russische" übersetzt, in Zeiten politischer Reaktion) fallen die Begriffe Kulturreformer und Liberaler fast völlig zusammen, ja sogar in Kriegszeiten, in Zeiten des Aufschwungs der gesellschaftlichen Stimmung, in Zeiten des wachsenden Ansturms gegen die Selbstherrschaft bleibt der Unterschied zwischen diesen Begriffen häufig verschwommen. Der russische Liberale hört, selbst wenn er in einer Zeitschrift, die ohne Zensur im Ausland erscheint, mit einem unumwundenen und offenen Protest gegen die Selbstherrschaft vor die Öffentlichkeit tritt, dennoch nicht auf, sich vor allem als Kulturreformer zu fühlen, und so kommt es immer wieder vor, daß er unwillkürlich in einen knechtseligen oder, wenn man will, legalen, loyalen, untertänigen Ton verfällt: siehe das "Oswoboshdenije".

Das Fehlen einer bestimmten und für alle klar sichtbaren Grenze zwischen Kulturreformern und Liberalen kennzeichnet überhaupt die ganze politische Gruppierung der russischen Gesellschaft. Man könnte uns vielleicht sagen, daß die oben angeführte Teilung in sechs Gruppen nicht richtig sei, weil sie der Klassenteilung der russischen Gesellschaft nicht entspricht. Aber ein solcher Einwand wäre nicht stichhaltig. Die Klassenteilung stellt natürlich den tiefsten Untergrund der politischen Gruppierung dar; sie bestimmt natürlich letzten Endes immer diese Gruppierung. Aber dieser tiefe Untergrund enthüllt sich erst im Laufe der geschichtlichen Entwicklung und in dem Maße, wie die Bewußtheit der Teilnehmer und Schöpfer dieser Entwicklung wächst. Zu diesem "letzten Ende" gelangt man erst durch den politischen Kampf - manchmal im Ergebnis eines langen, hartnäckigen, Jahre und Jahrzehnte währenden Kampfes, der sich bald stürmisch in verschiedenen politischen Krisen äußert, bald abebbt und für einige Zeit scheinbar aufhört. Es ist kein Zufall, daß es z.B. in Deutschland, wo der politische Kampf besonders scharfe Formen annimmt und wo die fortgeschrittenste Klasse - das Proletariat - besonders klassenbewußt auftritt, noch solche Parteien (und mächtige Parteien) wie das Zentrum gibt, das seinen ungleichartigen (und im allgemeinen unbedingt antiproletarischen) Klasseninhalt mit konfessionellen Merkmalen verhüllt. Um so weniger darf man sich darüber wundern, daß der Klassenursprung der heutigen politischen Gruppen in Rußland sehr stark verdunkelt wird durch die politische Rechtlosigkeit des ganzen Volkes, durch die Herrschaft der ausgezeichnet organisierten, ideologisch einheitlichen und traditionell in sich abgekapselten Bürokratie. Man muß sich eher darüber wundern, daß die europäisch-kapitalistische Entwicklung Rußlands, trotz dessen asiatischer Staatsordnung, der politischen Gruppierung der Gesellschaft bereits einen so starken Stempel aufdrücken konnte.

Aus unserem Frühjahrsprogramm

Frank Deppe
Verschwörung, Aufstand und Revolution

Auguste Blanqui und das Problem der sozialen Revolution
308 Seiten, kartoniert 17 DM
Arbeiterbewegung. Theorie und Geschichte

Christian Riechers
Antonio Gramsci

Marxismus in Italien
256 Seiten, kartoniert 15 DM
Arbeiterbewegung. Theorie und Geschichte

Eberhard Schmidt
Die verhinderte Neuordnung 1945-52

Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland
Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth
244 Seiten, Snolin-Broschur 15 DM
Theorie und Praxis der Gewerkschaften

Maurice Dobb
Der Lohn

Aus dem Englischen von Erwin Weissel
192 Seiten, Snolin-Broschur 18 DM, Leinen 25 DM
Politische Ökonomie. Geschichte und Kritik

Otto Morf
Geschichte und Dialektik in der politischen Ökonomie

Zum Verhältnis von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsgeschichte bei Karl Marx
302 Seiten, Snolin-Broschur 22 DM, Leinen 30 DM
Politische Ökonomie. Geschichte und Kritik

Ursula Schmiederer/Rolf Schmiederer
Der neue Nationalismus in der politischen Bildung

72 Seiten, kartoniert 5 DM
provokativ

Zwi Batscha
Gesellschaft und Staat in der politischen Philosophie Fichtes

288 Seiten, Snolin-Broschur 25 DM, Leinen 35 DM
Kritische Studien zur Politikwissenschaft

Claus Offe
Leistungsprinzip und industrielle Arbeit

Mechanismen der Statusverteilung in Arbeitsorganisationen der industriellen „Leistungsgesellschaft"
184 Seiten, Snolin-Broschur 15 DM, Leinen 22 DM
Kritische Studien zur Politikwissenschaft

Europäische Verlagsanstalt

Die fortgeschrittenste Klasse jedes kapitalistischen Landes, das Industrieproletariat, hat auch bei uns bereits den Weg der organisierten Massenbewegung unter der Führung der Sozialdemokratie, unter dem Banner des Programms beschritten, das seit langem zum Programm des gesamten internationalen klassenbewußten Proletariats geworden ist. Die Kategorie der Leute, die der Politik gleichgültig gegenüberstehen, ist natürlich in Rußland unvergleichlich zahlreicher als in irgendeinem anderen europäischen Land, aber auch bei uns kann von einer primitiven und ursprünglichen Unberührtheit dieser Kategorie keine Rede mehr sein: die Gleichgültigkeit der nicht klassenbewußten Arbeiter - zum Teil auch der Bauern - wird immer häufiger abgelöst von Ausbrüchen politischer Gärung und aktiven Protests, was anschaulich beweist, daß diese Gleichgültigkeit nichts gemein hat mit der Gleichgültigkeit satter Bürger und Kleinbürger. Die Klasse der Kleinbürger, die in Rußland mit seinem verhältnismäßig noch schwach entwickelten Kapitalismus besonders zahlreich ist, beginnt einerseits zweifellos schon bewußte und folgerichtige Reaktionäre hervorzubringen, anderseits, und das ist viel häufiger der Fall, hebt sie sich noch sehr wenig von der Masse des dumpfen und bedrückten "werktätigen Volkes" ab, finde sie ihre Ideologen in den breiten Schichten der Rasnotschinzen-Intelligenz (Rasnotschinzen - Angehörige der Intelligenz, hervorgegangen aus der Geistlichkeit, der Beamtenschaft, dem Kleinbürgertum und der Bauernschaft. Der Ubers.), die eine noch ganz ungefestigte Weltanschauung hat und unbewußt demokratische und primitiv sozialistische Ideen vermengt. Eben diese Ideologie kennzeichnet die alte russische Intelligenz, sowohl den rechten Flügel ihres liberal-volkstümlerischen Teils als auch den radikalsten - die "Sozialrevolutionäre".

Ich habe gesagt: die "alte" russische Intelligenz. Es tritt bei uns bereits eine neue in Erscheinung, deren Liberalismus fast ganz gesäubert ist (natürlich nicht ohne Hilfe des russischen Marxismus) von den primitiven Volkstümlerideen und dem verschwommenen Sozilismus. Die Bildung einer wirklichen bürgerlich-liberalen Intelligenz schreitet bei uns mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts, insbesondere dank dem Umstand, daß an diesem Prozeß so wendige und für Modeströmungen des Opportunismus so empfängliche Leute wie die Herren Struve, Berdjajew, Bulgakow und Co. teilnehmen. Was schließlich die nicht zur Intelligenz gehörenden liberalen und reaktionären Schichten der russischen Gesellschaft anbelangt, so ist ihre Verbindung mit den Klassen interessen dieser oder jener Gruppen unserer Bourgeoisie und unserer Grundeigentümer genügend klar für jeden, der zum Beispiel mit der Tätigkeit unserer Semstwos, Dumas, Börsen- und Messekomitees usw. einigermaßen vertraut ist.

Wir sind also zu dem unanfechtbaren Schluß gelangt, daß die politische Gruppierung unserer Studentenschaft nicht zufällig, sondern notwendig und unvermeidlich gerade so ist, wie wir sie oben, in Übereinstimmung mit Nr.1 der Zeitung "Student", geschildert haben. Nachdem diese Tatsache feststeht, macht es keine Mühe mehr, die strittige Frage zu klären, was eigentlich unter "ideologischer Einigung der Studentenschaft", unter ihrer "Revolutionierung" usw. zu verstehen ist. Auf den ersten Blick erscheint es sogar äußerst merkwürdig, daß eine so einfache Frage zu einer Streitfrage werden konnte. Wenn die politische Gruppierung der Studentenschaft der politischen Gruppierung der Gesellschaft entspricht, bedeutet das dann nicht an sich schon, daß man unter "ideologischer Einigung" der Studentenschaft nur eines von beiden verstehen kann: Entweder die Gewinnung einer möglichst großen Zahl von Studenten für einen ganz bestimmten Kreis sozialer und politischer Ideen oder die möglichst enge Annäherung zwischen den Studenten einer bestimmten politischen Gruppe und den Vertretern dieser Gruppe außerhalb der Studentenschaft? Ist es nicht an sich schon klar, daß man von der Revolutionierung der Studentenschaft nur vom Standpunkt einer ganz bestimmten Auffassung über Inhalt und Charakter dieser Revolutionierung sprechen kann? Für einen Sozialdemokraten zum Beispiel bedeutet sie erstens die Verbreiterung der sozialdemokratischen Anschauungen in der Studentenschaft und den Kampf gegen jene Ansichten, die sich zwar "sozialistisch" und "revolutionär" nennen, mit dem revolutionären Sozialismus nichts gemein haben, und zweitens das Bestreben, jede demokratische, darunter auch die akademische Bewegung in der Studentenschaft auszuweiten, sie bewußter und entschlossener zu machen.

Wie diese einfache und klare Frage verwirrt wurde und sich als Streitfrage erwies - das ist eine sehr lehrreiche und sehr bezeichnende Geschichte. Der Streit wurde ausgetragen zwischen der "Rewoluzionnaja Rossija" (Nr.13 und 17) und der "Iskra" (Nr.31 und 35), und zwar anlässlich des "offenen Briefes" des Kiewer Bundesrates der vereinigten Landsmannschaften und Studentenorganisationen (veröffentlicht in Nr.13 der "Rewoluzionnaja Rossija" und in Nr.1 des "Student"). Der Kiewer Bundesrat fand den Beschluss des II. Allrussischen Studentenkongresses von 1902 "engstirnig", demgemäß die Studentenorganisationen mit den Komitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands in Verbindung stehen sollten, wobei man die ganz offenkundige Tatsache, dass ein gewisser Teil der Studentenschaft aus verschiedenen Gegenden mit der "Partei der Sozialrevolutionäre" sympathisiert, wohlweislich durch ganz "unvoreingenommene" und ganz unhaltbare Erwägungen darüber bemäntelte, dass die "Studentenschaft als solche sich weder der Partei der Sozialrevolutionäre noch der Partei der Sozialdemokraten vollständig anschliessen kann". Die "Iskra" wies auf die Unhaltbarkeit dieser Behauptung hin, während die "Rewoluzionnaja Rossija" sie selbstverständlich mit Leib und Seele verteidigte und die "Entzweiungs- und Spaltungsfanatiker" der "Iskra" der "Taktlosigkeit" und der mangelnden politischen Reife beschuldigte.

Nach allem oben Gesagten tritt die Unsinnigkeit dieser Behauptung nur allzu klar zutage. Es handelt sich darum, welche politische Rolle die Studentenschaft spielt. Und da soll man nun zuerst die Augen vor der Tatsache verschliessen, dass die Studentenschaft von der übrigen Ge-

sellscha ft nicht losgelöst ist und deshalb und stets unvermeidlich die ganze politische Gruppierung der Gesellschaft widerspiegelt. Und dann beginnt man mit geschlossenen Augen große Reden zu schwingen über die Studentenschaft als solche oder über die Studentenschaft im allgemeinen. Als Schlussfolgerung ergibt sich ... der Schaden von Entzweiungen und Spaltungen, die mit dem Anschluss an diese oder jene politische Partei verbunden sind. Es liegt auf der Hand, dass man, um diesen absonderlichen Gedankengang zu Ende zu führen, vom politischen Boden des Beruflichen oder des Studiums hinüberspringen musste. Und die 'Rewoluzionnaja Rossija" macht in dem Artikel "Studentenschaft und Revolution" (Nr.17) eben einen solchen Salto mortale, sie beruft sich erstens auf die gemeinsamen Interessen, den gemeinsamen Kampf der Studenten und zweitens auf die Studienziele der Studentenschaft, die Aufgaben der Vorbereitung auf die bevorstehende gesellschaftliche Tätigkeit, die Aufgaben der Herausbildung bewusster politischer Kämpfer. Diese beiden Hinweise sind durchaus gerechtfertigt - nur haben sie mit der Sache nichts zu tun und verwirren lediglich die Frage. Es geht hier um die politische Tätigkeit, die ihrem ureigenen Wesen nach untrennbar mit dem Kampf der Parteien verbunden ist und unweigerlich die Wahl einer bestimmten Partei verlangt. Wie kann man sich vor dieser Wahl mit der Ausrede drücken, dass für jede politische Tätigkeit eine sehr ernste wissenschaftliche Vorbereitung, die "Herausbildung" fester Anschauungen notwendig ist, oder dass sich keine politische Arbeit auf Zirkel von Politikern einer bestimmten Richtung beschränken darf, sondern jede in immer breitere Bevölkerungsschichten eindringen muss, dass sie den Berufsinteressen jeder Schicht entsprechen, die berufsbedingte Bewegung mit der politischen vereinigen, die erste auf die Höhe der zweiten heben muss ?? Zeigt doch allein die Tatsache, dass die Leute, um ihre Stellung zu verteidigen, zu solchen Ausreden Zuflucht nehmen müssen, höchst anschaulich, in welchem Masse es ihnen selbst an klaren wissenschaftlichen Überzeugungen und an einer festen politischen Linie gebricht! Von welcher Seite man an die Sache auch herangeht, man findet immer wieder aufs neue die alte Wahrheit bestätigt, welche von den Sozialdemokraten seit langem gepredigt wird, die sowohl in wissenschaftlich-theoretischer wie auch in praktisch-politischer Beziehung den Eiertanz der Sozialrevolutionäre - zwischen dem Marxismus auf der einen, dem westeuropäischen "kritischen" Opportunimus auf der zweiten und der russischen kleinbürgerlichen Volkstümlerrichtung auf der dritten Seite - bekämpfen.+

In der Tat, man stelle sich einigermassen entwickelte politische Verhältnisse vor und betrachte, wie unsere "Streitfrage" dann praktisch steht. Nehmen wir an, wir hätten eine Partei der Klerikalen, eine Partei der Liberalen und eine Partei der Sozialdemokraten vor uns. Sie wirken, sagen wir, in bestimmten Gegenden unter gewissen Schichten der Studentenschaft und meinetwegen auch der Arbeiterklasse. Sie bemühen sich, möglichst viele einflussreiche Vertreter der einen wie der anderen Schicht für sich zu gewinnen. Es fragt sich nun, wäre es denkbar, dass sie sich gegen die Wahl irgendeiner bestimmten Partei durch diese Vertreter auflehnen mit der Begründung, dass es gewisse gemeinsame Studien- und Berufsinteressen der gesamten Studentenschaft und der gesamten Arbeiterklasse gibt? Das wäre dasselbe, als wollte man die Notwendigkeit des Kampfes der Parteien mit dem Hinweis auf die Buchdruckerkunst bestreiten, die für alle Parteien ohne Unterschied von so großem Nutzen ist. Es gibt in den zivilisierten Ländern keine einzige Partei, die nicht verstünde, von welch ungeheurem Nutzen möglichst umfassende und gut organisierte Studenten- und Berufsverbände sind, aber jede Partei strebt danach, dass eben ihr Einfluss in diesen Verbänden überwiegt. Wenn von diesen oder jenen Einrichtungen gesagt wird, sie seien an keine Partei gebunden, wer wüßte da nicht, daß das meist nichts anderes ist als eine heuchlerische Redensart im Munde der herrschenden Klassen, die gern die Tatsache vertuschen möchten, daß die bestehenden Einrichtungen in 99 von 100 Fällen schon von einem ganz bestimmten politischen Geist durchdrungen sind? Unsere Herren Sozialrevolutionäre singen aber im Grunde genommen gerade Loblieder auf die "Unparteilichkeit". Man nehme z.B. folgenden Gefühlserguß der "Rewoluzionnaja Rossija" (Nr.17): "Was ist denn das für eine kurzsichtige Taktik, wenn eine revolutionäre Organisation in jeder anderen selbständigen, ihr nicht untergeordneten Organisation unbedingt einen Konkurrenten sehen will, der vernichtet werden muß, in dessen Reihen unbedingt Entzweiung, Uneinigkeit, Desorganisation hineingetragen werden muß?" Das bezieht sich auf den Aufruf der Moskauer sozialdemokratischen Organisation im Jahre 1896, die der Studentenschaft den Vorwurf macht, sie habe sich in den letzten Jahren in dem engen Kreis ihrer Universitätsinteressen abgekapselt, und die von der "Rewoluzionnaja Rossija" belehrt wird, daß das Bestehen der Studentenorganisation denjenigen, der "sich in revolutionärer Beziehung festgelegt hat", niemals hindert, seine Kräfte der Arbeitersache zu widmen.

Man sehe bloß, welche Verwirrung hier herrscht. Eine Konkurrenz ist nur möglich (und unvermeidlich) zwischen einer politischen und einer ebenfalls politischen Organisation, zwischen politischen und ebenfalls politischen Bestrebungen. Zwischen einem Verein für gegenseitige Hilfe und einem revolutionären Zirkel ist eine Konkurrenz unmöglich, und wenn die "Rewoluzionnaja Rossija" letzterem den Wunsch zuschreibt, ersteren unbedingt zu vernichten, so redet sie baren Unsinn. Ist aber in diesem Verein für gegenseitige Hilfe ein gewisses politisches Streben zutage getreten - z.B. den Revolutionären nicht zu helfen oder aus der Bibliothek

+ Selbstverständlich erfordert der Satz von der Inkonsequenz und den inneren Widersprüchen im Programm und in der Taktik der Sozialrevolutionäre eine besondere, ausführliche Erläuterung. Wir hoffen, in einem der nächsten Briefe auf diese Frage näher eingehen zu können.

illegale Bücher auszuschließen -, so wird die Konkurrenz und der direkte Kampf für jeden ehrlichen "Politiker" zur Pflicht. Und wenn es Leute gibt, die die Zirkel auf den engen Rahmen der Universitätsinteressen beschränken (solche Leute gibt es zweifellos, und 1896 hat es deren noch weit mehr gegeben!), so ist der Kampf zwischen ihnen und den Leuten, die nicht eine Einengung, sondern eine Ausweitung der Interessen propagieren, genauso eine Notwendigkeit und eine Pflicht. In dem offenen Brief des Kiewer Rates aber, der die Polemik der "Rewoluzionnaja Rossija" gegen die "Iskra" hervorgerufen hat, handelte es sich um die Wahl nicht zwischen Studentenorganisationen und revolutionären Organisationen, sondern zwischen revolutionären Organisationen verschiedener Richtungen. Folglich haben gerade diejenigen zu wählen begonnen, die sich bereits "in revolutionärer Beziehung festgelegt haben", unsere "Sozialrevolutionäre" aber zerren sie zurück unter dem Vorwand, daß die Konkurrenz zwischen einer revolutionären Organisation und einer reinen Studentenorganisation kurzsichtig sei ... Das ist wirklich gar zu unlogisch, meine Herren!

Der revolutionäre Teil der Studentenschaft hat begonnen, seine Wahl zwischen zwei revolutionären Parteien zu treffen, und da erteilt man ihm folgende Belehrung: "Nicht durch Aufzwingung" eines "bestimmten" (vorzuziehen ist natürlich die Unbestimmtheit...) "Parteietiketts" (für den einen ist es ein Etikett, für den anderen ein Banner), "nicht durch Vergewaltigung des geistigen Gewissens der Kollegen Studenten" (die gesamte bürgerliche Presse aller Länder erklärt das Wachstum der Sozialdemokratie aus der Vergewaltigung des Gewissens friedlicher Kollegen durch Führer und Hetzer ...) "ist dieser Einfluß erreicht worden", d.h. der Einfluß des sozialistischen Teils der Studentenschaft auf die übrigen Studenten. Ich glaube, jeder anständige Student wird diese gegen die Sozialisten erhobene Anklage der "Aufzwingung" eines Etiketts und der "Vergewaltigung des Gewissens" nach Gebühr zu werten wissen. Und diese charakterlosen, lendenlahmen und prinzipienlosen Reden werden in Rußland gehalten, wo die Begriffe von Parteiorganisation, Parteitreue, Parteiehre und Banner der Partei ohnehin noch unendlich schwach sind!

Unsere "Sozialrevolutionäre" stellen der revolutionären Studentenschaft als Vorbild die früheren Studentenkongresse hin, die ihre "Verbundenheit mit der allgemein-politischen Bewegung" verkündeten und "vom Fraktionszwist im revolutionären Lager vollkommen absahen". Was ist die "allgemein-politische" Bewegung? Die sozialistische plus die liberale Bewegung. Von diesem Unterschied absehen - das heißt sich auf die Seite des Unmittelbaren und Nächstliegenden, nämlich der liberalen Bewegung stellen. Und dazu rufen die "Sozialrevolutionäre" auf! Zur Fernhaltung vom Parteikampf fordern Leute auf, die sich als besondere Partei bezeichnen! Zeigt das nicht, daß eine solche Partei außerstande ist, ihre politische Ware unter eigener Flagge zu befördern, daß sie gezwungen ist, ihre Zuflucht zum Schmuggel zu nehmen? Ergibt sich daraus nicht, daß diese Partei einer eigenen bestimmten Programmgrundlage gänzlich ermangelt? Wir werden das gleich sehen.

Die Fehler der Sozialrevolutionäre in ihren Ausführungen über die Studentenschaft und die Revolution können nicht allein mit der Unlogik erklärt werden, die wir oben nachzuweisen bemüht waren. In einem gewissen Sinne kann man das Umgekehrte behaupten: Die Unlogik in ihren Ausführungen entspringt ihrem Grundfehler. Sie haben als "Partei" von Anfang an eine innerlich so widerspruchsvolle, eine so unsichere Haltung eingenommen, daß durchaus ehrliche und zu politischem Denken durchaus fähige Leute sich in ihr nicht behaupten konnten, ohne ständig zu schwanken und zu straucheln. Man darf nie vergessen, daß die Sozialdemokraten den Schaden, den die "Sozialrevolutionäre" der Sache des Sozialismus zufügen, nicht aus den verschiedenen Fehlern dieser oder jener Publizisten, dieser oder jener Politiker erklären, sondern daß sie im Gegenteil alle diese Fehler als das zwangsläufige Ergebnis einer verlogenen programmatischen und politischen Stellung betrachten. In der Studentenfrage tritt diese Verlogenheit besonders anschaulich zutage, und der Widerspruch zwischen dem bürgerlich-demokratischen Kern und der flittergoldenen Hülle des revolutionären Sozialismus wird offensichtlich. In der Tat, man verfolge genau den Gedankengang des programmatischen Artikels der "Rewoluzionnaja Rossija": "Studentenschaft und Revolution". Der Verfasser betont vor allem die "Uneigennützigkeit und Reinheit der Bestrebungen", "die Kraft der idealen Beweggründe" bei der "Jugend". Gerade darin sucht er die Erklärung für ihre politischen "Neuerungs"bestrebungen, nicht aber in den wirklichen Verhältnissen des gesellschaftlichen Lebens Rußlands, die einerseits einen unversöhnlichen Gegensatz zwischen der Selbstherrschaft und sehr breiten und sehr mannigfaltigen Schichten der Bevölkerung hervorrufen und andererseits eine Äußerung der politischen Unzufriedenheit außer durch die Universitäten ungemein erschweren (bald wird man sagen müssen: erschwerten).
Der Verfasser fällt dann über die Versuche der Sozialdemokraten her, sich zur Unterscheidung der politischen Gruppen innerhalb der Studentenschaft verantwortungsbewußt einzustellen, die gleichartigen politischen Gruppen enger zusammenzufassen und das voneinander zu trennen, was politisch verschiedenartig ist. Der Verfasser kritisiert nicht etwa die Fehlerhaftigkeit des einen oder anderen Versuchs - es wäre lächerlich zu behaupten, daß alle diese Versuche stets und in allem glücklich gewesen wären. Nein, dem Verfasser ist der bloße Gedanke vollkommen fremd, daß der Unterschied der Klasseninteressen sich unvermeidlich auch in der politischen Gruppierung widerspiegeln muß, daß die Studentenschaft keine Ausnahme von der gesamten Gesellschaft sein kann - trotz all ihrer Uneigennützigkeit, Reinheit, idealen Gesinnung usw., daß es die Aufgabe der Sozialisten ist, diesen Unterschied nicht zu vertuschen, sondern ihn im Gegenteil möglichst breiten Massen klarzumachen und in einer politischen Organisation zu verankern. Der Verfasser betrachtet die Dinge vom idealistischen Standpunkt eines bürgerlichen

Demokraten und nicht vom materialistischen des Sozialdemokraten.

Der Verfasser schämt sich daher nicht, für die revolutionäre Studentenschaft die Losung der "allgemein-politischen Bewegung" aufzustellen und ständig zu wiederholen. Für ihn liegt der Schwerpunkt gerade in der allgemein-politischen, das heißt in der allgemein-demokratischen Bewegung, die einheitlich sein müsse. Diese Einheit dürfe durch "rein revolutionäre Zirkel", die sich "parallel zur allgemeinen Studentenorganisation" gruppieren müßten, nicht gestört werden. Vom Standpunkt der Interessen dieser breiten und einheitlichen demokratischen Bewegung wäre es natürlich verbrecherisch, Parteietikette "aufzuzwingen" und das geistige Gewissen der Kollegen zu vergewaltigen. Eben diesen Standpunkt nahm die bürgerliche Demokratie auch 1848 ein, als die Versuche, auf den Gegensatz zwischen den Klasseninteressen der Bourgeoisie und des Proletariats hinzuweisen, die "allgemeine" Verurteilung der "Entzweiungs- und Spaltungsfanatiker" hervorriefen. Eben diesen Standpunkt nimmt auch die neueste Spielart der bürgerlichen Demokratie ein - die Opportunisten und Revisionisten, die sich nach einer einheitlichen großen demokratischen Partei sehnen, die friedlich den Weg der Reformen, den Weg der Arbeitsgemeinschaft der Klassen geht. Sie alle waren und sind zwangsläufig stets Feinde des "Fraktions"zwistes und Anhänger der "allgemein-politischen" Bewegung.

Man sieht: Der Gedankengang der Sozialrevolutionäre, vom Standpunkt eines Sozialisten lächerlich sinnlos und widerspruchsvoll, ist durchaus verständlich und folgerichtig vom bürgerlich-demokratischen Standpunkt. Und zwar deshalb, weil die Partei der Sozialrevolutionäre im Grunde nichts anderes ist als eine Fraktion der bürgerlichen Demokratie, eine Fraktion, die ihrer Zusammensetzung nach vorwiegend intellektuell, ihren Anschauungen nach vorwiegend kleinbürgerlich ist und ihrem theoretischen Banner nach den neuesten Opportunismus mit der altväterlichen Volkstümlerrichtung eklektisch verbindet.

Am besten werden die Einigungsphrasen des bürgerlichen Demokraten vom Gang der politischen Entwicklung und des politischen Kampfes selbst widerlegt. Auch in Rußland hat das Wachstum der wirklichen Bewegung bereits zu einer solchen Wiederlegung geführt. Ich habe die Absonderung der "Akademisten", als einer besonderen Gruppe der Studentenschaft, im Auge. Solange es keinen wirklichen Kampf gab, sonderten sich die Akademisten von der "allgemeinen Studenten"masse nicht ab, und die "Einheit" des gesamten "denkenden Teils" der Studentenschaft schien unverbrüchlich. Sobald es aber zu Taten kam, wurde die Scheidung der verschiedenartigen Elemente unvermeidlich.+ Der Fortschritt der politischen Bewegung und des direkten Ansturms auf die Selbstherrschaft ist begleitet von einer fortschreitenden Klärung in der politischen Gruppierung - trotz allem leeren Gerede von der Vereinigung aller und eines jeden. Daß die Scheidung der Akademisten und der Politiker ein großer Schritt vorwärts ist, wird wohl niemand bezweifeln. Bedeutet aber diese Scheidung, daß die sozialdemokratischen Studenten mit den Akademisten "brechen"? Die "Rewoluzionnaja Rossija" glaubt, das sei der Fall (siehe Nr.17,S.3).

Sie glaubt es aber nur infolge der Verwirrung, die wir oben aufgedeckt haben. Die vollständige gegenseitige Abgrenzung der politischen Richtungen bedeutet keineswegs eine "Sprengung" der Berufs- und Studentenverbände. Ein Sozialdemokrat, der sich die Arbeit in der Studentenschaft zur Aufgabe stellt, wird sich unbedingt bemühen, selber oder durch Vermittlung seiner Vertrauensleute in eine möglichst große Zahl möglichst umfassender "reiner Studenten"- und Selbstbildungszirkel einzudringen, er wird sich bemühen, den Gesichtskreis jener zu erweitern, die nur akademische Freiheit fordern, er wird sich bemühen, unter denjenigen, die noch nach einem Programm suchen, gerade für das sozialdemokratische Programm Propaganda zu machen.

Wir fassen zusammen. Ein gewisser Teil der Studentenschaft will sich eine klare und einheitliche sozialistische Weltanschauung erarbeiten. Das Endziel dieser Vorarbeit kann - für Studenten, die an der revolutionären Bewegung praktisch teilnehmen wollen - nur die bewußte und unwiderrufliche Wahl einer der beiden Richtungen sein, die sich gegenwärtig im revolutionären Lager herausgebildet haben. Wer im Namen der ideologischen Einigung der Studentenschaft, im Namen ihrer Revolutionierung im allgemeinen usw. gegen eine solche Wahl protestiert, der verdunkelt das sozialistische Bewußtsein, der predigt in Wirklichkeit nur Ideenlosigkeit. Die politische Gruppierung der Studentenschaft widerspiegelt zwangsläufig die politische Gruppierung der ganzen Gesellschaft, und es ist Pflicht jedes Sozialisten, nach einer möglichst bewußten und folgerichtigen Abgrenzung der politisch verschiedenartigen Gruppen zu streben. Die an die Studentenschaft gerichtete Aufforderung der Partei der Sozialrevolutionäre - "ihre Verbundenheit mit der allgemein-politischen Bewegung zu verkünden und vom Fraktionszwist im revolutionären Lager vollkommen abzusehen" - ist ihrem Wesen nach nichts anderes als eine Aufforderung, vom sozialistischen zum bürgerlich-demokratischen Standpunkt zurückzugehen. Das ist weiter

+ Wenn man gewissen Nachrichten glauben kann, so macht sich in letzter Zeit die fortschreitende Scheidung der verschiedenartigen Elemente in der Studentenschaft immer stärker bemerkbar, und zwar die Absonderung der Sozialisten von den revolutionären Politikern, die vom Sozialismus nichts hören wollen. Man sagt, unter den nach Sibirien verbannten Studenten sei diese letzte Richtung sehr klar hervorgetreten. Wir werden sehen, ob sich diese Nachrichten bestätigen.

nicht verwunderlich, denn die "Partei der Sozialrevolutionäre" ist nur eine Fraktion der bürgerlichen Demokratie in Rußland. Der Bruch der sozialdemokratischen Studenten mit den Revolutionären und Politikern aller übrigen Richtungen bedeutet keineswegs den Bruch mit den allgemein-studentischen und den Bildungsorganisationen; im Gegenteil, nur wenn man auf dem Standpunkt eines ganz bestimmten Programms steht, kann und soll man in den breitesten Kreisen der Studentenschaft an der Erweiterung des akademischen Gesichtskreises arbeiten und den wissenschaftlichen Sozialismus, d.h. den Marxismus, propagieren.

PS. In den nächsten Briefen möchte ich mich mit den Lesern des "Student" über die Bedeutung des Marxismus für die Herausarbeitung einer einheitlichen Weltanschauung, über die prinzipiellen und taktischen Unterschiede zwischen der sozialdemokratischen Partei und der Partei der Sozialrevolutionäre, über Fragen der Studentenorganisation und über das Verhältnis der Studentenschaft zur Arbeiterklasse überhaupt unterhalten.

Veröffentlicht im September 1903 in der Zeitung "Student" Nr.2/3. Unterschrift: N.Lenin.

Nach dem Text der Zeitung "Student".

Revolutionäre Intelligenz und Arbeiterbewegung in der Frühphase der Parteibildung.

Ein Grundproblem des Marxismus-Leninismus.

I. Einleitung

Die theoretische Einsicht des Marxismus, dass die Arbeiterklasse die einzige revolutionäre Klasse im Kapitalismus darstellt, ist der tatsächlichen Entwicklung der Klassenkämpfe in der BRD voraus. Die marxistischen Studenten und Intellektuellen, die den bürgerlichen Standpunkt verlassen haben "um sich auf den Standpunkt des Proletariats zu stellen" (Kommunistisches Manifest, Berlin 1967, S. 55) können sich nicht einfach in das Proletariat und seine Organisation einreihen, sondern haben selbst an deren Aufbau teilzunehmen. Diese Situation stellt die theoretische Aufgabe, die Klassenanalyse des bundesrepublikanischen Imperialismus durchzuführen, seinen Ausbeutungscharakter konkret aufzuweisen, dessen Ursachen bloßzulegen und in propagandistischer und agitatorischer Praxis in die Arbeiterklasse zu tragen. Unter ganz veränderten Bedingungen stellt sich damit das Problem der Verbindung von marxistischer Theorie und Proletariat, das die Frühphase der Herausbildung jeder proletarischen Partei kennzeichnet, und sozial die Verbindung der sozialistischen Intellektuellen mit der Arbeiterbewegung beinhaltet. Dieses Problem ist historisch und theoretisch ein Zentralproblem der Parteibildung des Proletariats, das nicht abstrakt gelöst werden kann, sondern sich in politischen Richtungskämpfen entscheidet, wobei inhaltlich die Frage der Selbständigkeit des Proletariats und seiner Theorie auf dem Spiel steht, die nicht diesseits der Verbindung von sozialistischen Intellektuellen und Proletariat sich herstellen kann, sondern im Prozess dieser Verbindung selbst erkämpft werden muss. Nicht das abstrakte Problem der Verbindung von sozialistischen Intellektuellen- und Arbeiterbewegung ist für die Frage der Parteibildung des Proletariats heute in Westeuropa kennzeichnend, sondern die historischen Bedingungen unter denen diese Verbindung zustandegebracht werden muß: nicht in einer frühen Phase des Kapitalismus, wie für Marx und Engels oder Lenin und die Bolschewiki, sondern im imperialistischen Kapitalismus, dessen Existenz auf einer ganzen Serie von Niederlagen der Arbeiterbewegung und auf einer vorübergehenden Vernichtung des politischen Klassenbewusstseins beruht.

In einer Phase, in der sowohl die Geschichte der Arbeiterbewegung erst wieder mühsam ins Bewusstsein der Arbeiterklasse gehoben werden muss, was bloß durch die Erfahrung eigener und neuer Kämpfe der Arbeiterklasse möglich sein wird und die revolutionäre Intelligenz, die sich zum Marxismus hinaufgearbeitet hat, ebenfalls kaum auf eine eigene revolutionäre Vergangenheit sich beziehen kann, wie dies sowohl in der Epoche von Marx und Engels (1) als auch in der Lenins der Fall war, müssen wir durch das systematische Studium früherer Phasen der proletarischen Revolution und ihrer Theorie ein Bewusstsein entwickeln, das den objektiven Bedingungen des revolutionären Kampfes heute gerecht wird. Der folgende Artikel untersucht Lenins Einschätzung des Verhältnisses von revolutionärer Intelligenz und Arbeiterbewegung in der Frühphase der Parteibildung des Proletariats in Russland. Er möchte die beschränkte Rezeption von Lenins Schriften als Anweisung für die Technik der Organisation überwinden. Lenins Schriften, in denen sich

(1)
Den Frühschriften von Marx liegt das Problem der Verbindung von revolutionärer Theorie und Proletariat zugrunde, in dessen Entfaltung die Theorie des Proletariats wissenschaftlich erst herausgebildet wurde. "Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muss gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie ad hominem demonstriert, und sie demonstriert ad hominem, sobald sie radikal wird. Radikal sein →

die gewaltige Entwicklung der russischen Revolution widerspiegelt, sind zuletzt zum dogmatischen Zitat geeignet, das immer wieder die konkrete Anwendung organisatorischer und taktischer Prinzipien mit den Prinzipien selbst verwechselt. Der Artikel verzichtet darauf aus der Analyse von Lenins frühen Schriften unmittelbare Schlussfolgerungen für die Frage der Parteibildung in der BRD zu ziehen, sondern versucht lediglich Lenins Eingriff in die Parteibildung des russischen Proletariats historisch darzustellen. Aber schon die historisch konkrete Rezeption der Klassiker des Marxismus-Leninismus hilft uns die schlechte Abstraktheit der gegenwärtigen Diskussion um die Parteibildung zu überwinden und festzustellen, wo wir uns befinden und wohin wir gehen müssen. (1a)

II. Das Problem der Verschmelzung von marxistischer Theorie und Arbeiterbewegung.

Lenin schreibt in "Was tun?": "Wir haben gesagt, dass die Arbeiter ein sozialdemokratisches Bewusstsein (d.i. "die Erkenntnis der unversöhnlichen Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zu dem gesamten gegenwärtigen politischen und sozialen System") gar nicht haben konnten. Dieses konnte ihnen nur von außen gebracht werden. Die Geschichte aller Länder zeugt davon, dass die Arbeiterklasse ausschliesslich aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches Bewusstsein hervorzubringen vermag, d.h. die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschliessen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen und anderes mehr. (Der Trade-Unionismus schliesst keineswegs, wie man manchmal glaubt, jede "Politik" aus. Die Trade-Unions haben stets eine gewisse, aber nicht sozialdemokratische, politische Agitation und einen gewissen politischen Kampf geführt...). Die Lehre des Sozialismus ist hingegen aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgegangen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz, ausgearbeitet wurden. Auch die Begründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, gehörten ihrer sozialen Stellung nach der bürgerlichen Intelligenz an. Ebenso entstand auch in Russland die theoretische Lehre der Sozialdemokratie ganz unabhängig von dem spontanen Anwachsen der Arbeiterbewegung, entstand als natürliches und unvermeidliches Ergebnis der ideologischen Entwicklung der revolutionären sozialistischen Intelligenz. Zu der Zeit, von der wir sprechen, d.h. um die Mitte der 90er Jahre, war diese Lehre nicht nur das bereits völlig ausgereifte Programm der Gruppe "Befreiung der Arbeit", sondern sie hatte auch die Mehrheit der revolutionären

---

Anm. 1 →

ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst. (Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Marx, Werke I, S. 497). "Eine radikale Revolution kann nur die Revolution radikaler Bedürfnisse sein, deren Voraussetzungen und Geburtsstätten eben zu fehlen scheinen." (a.a.O. S. 499). Die "Voraussetzungen und Geburtsstätten" der radikalen Revolution liegen in der "Bildung einer Klasse mit radikalen Ketten": "Wie die Philosophie im Proletariat ihre materiellen, so findet das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen, und sobald der Blitz des Gedankens gründlich in diesen naiven Volksboden eingeschlagen ist, wird sich die Emanzipation der Deutschen zu Menschen vollziehen." ..." Das gründliche Deutschland kann nicht revolutionieren, ohne von Grund aus zu revolutionieren. Die Emanzipation des Deutschen ist die Emanzipation des Menschen. Der Kopf dieser Emanzipation ist die Philosophie, ihr Herz das Proletariat." (504 f). Die Fragestellung des frühen Marx ergab sich offensichtlich aus der isolierten Entwicklung der Intelligenz im reaktionären Deutschland, die die Grenzen der bloßen Theorie ebenso aufgewiesen hatte wie die Unfähigkeit des "Menschen" sein "Wesen" zu verwirklichen, wenn dieses Befürfnis nicht in bestimmten Menschen einer bestimmten Klasse verkörpert ist. Die Lösung dieser Fragestellung lag zunächst abstrakt in dem Bündnis der "Theorie" mit dem Proletariat, wobei der Begriff des Proletariats nicht aus seiner Stellung im Produktionsprozess und gegenüber den Produktionsmitteln entwickelt wurde, sondern aus seiner Stellung gegenüber dem Privateigentum überhaupt, aus der Tatsache, dass es nichts sein eigen nannte, statt aus der Tatsache, dass es alles produzierte. Dies ist historisch erklärbar, da z.Z. der Niederschrift der "Kritik der Rechtsphilosophie" die "hereinbrechende industrielle Bewegung" (a.a.O., S. 504) sich vorwiegend in der Pauperisierung und in der "Auflösung des Mittelstandes" zeigte, so dass dieses Epiphänomen des Kapitalisierungsprozesses mehr in die Augen sprang als dessen Grundlage, die Lohnarbeit. Marx hat diesen abstrakten Standpunkt des Bündnisses der Theorie mit dem Proletariat sehr schnell konkretisiert, und zwar theoretisch und praktisch, indem er die Theorie zur Theorie des Proletariats weiterentwickelte, die Herrschaft des Kapitalverhältnisses zu untersuchen begann und in die revolutionären Kämpfe 1848/49 eingriff, um den selbständigen Standpunkt des Proletariats in der bürgerlichen Revolution zur Geltung zu bringen. Marxens Entwicklung zum Theoretiker des Proletariats war mit einer scharfen Polemik gegen die herrschende Ideologie des Kleinbürgertums ("kritische Kritik", vgl. "Heilige Familie" und "Deutsche Ideologie") ebenso verbunden, wie mit einer Auseinandersetzung mit den "wahren Sozialisten", die diese Ideologie ins Proletariat tragen wollten.

1a) Der Artikel behandelt auch nicht das Verhältnis Lenins zu anderen linken Positionen in der II. Internationalen (vor allem zu Rosa Luxemburg) und verzichtet auf eine Diskussion der verschiedenen "linken" Kritiken an Lenins Position (vor allem der "Rätekommunisten", wie Pannekoek, Gorter und Paul Mattick). Die Auseinandersetzung mit diesen Positionen, die die Ideologie der Studentenbewegung stark beeinflussten, wird in den weiteren Heften geführt werden, vor allem im Zusammenhang einer Kritik der Publikationen, die anläßlich von Lenins 100. Geburtstag erschienen sind.

Jugend in Russland für sich gewonnen.
Es gab also ein spontanes Erwachen der Arbeitermassen, ein Erwachen zu bewusstem Leben und bewusstem Kampf, als auch eine mit der sozialdemokratischen Theorie gewappnete revolutionäre Jugend, die es stürmisch zu den Arbeitern hinzog."
(Was tun?, AWI, S. 167; vgl. Eine rückläufige Richtung in der russischen Sozialdemokratie, 1899, W IV, S.251 ff.) Die Verbindung von revolutionärer Theorie und Arbeiterbewegung, von sozialistischer Intelligenz und Arbeiterklasse, ist für Lenin das entscheidende historisch-taktische Problem (1b), das die Entstehungsgeschichte der sozialdemokratischen Partei bestimmt und aus dem heraus Lenins erbitterter Kampf gegen den Opportunismus und den kleinbürgerlichen Revolutionismus zu verstehen ist. Es gab grundsätzlich zwei alternative Perspektiven, die P.B. Axelrod 1898 folgendermaßen skizziert hatte, und die von Lenin zustimmend zitiert werden. Die eine Perspektive: "Die Arbeiterbewegung verlässt nicht das enge Flussbett rein wirtschaftlicher Zusammenstöße der Arbeiter mit den Unternehmern, und an und für sich, in ihrer Gesamtheit fehlt ihr der politische Charakter; im Kampf für die politische Freiheit aber folgen die fortgeschrittenen Schichten des Proletariats den revolutionären Zirkeln und Fraktionen der Intelligenz." Die andere Perspektive: "Die Sozialdemokratie organisiert das russische Proletariat zu einer selbständigen politischen Partei, die für die Freiheit kämpft, zum Teil in einer Reihe und im Bunde mit den bürgerlichen revolutionären Fraktionen (insofern solche vorhanden sein werden), zum anderen Teil aber, indem sie die Elemente aus der Intelligenz, die dem Volke am meisten ergeben und am revolutionärsten sind, direkt in ihre Reihen zieht oder an sich reisst." (Zit. Lenin, Protest russischer Sozialdemokraten, 1899. W IV, S. 172).

Die Frage stellte sich also so: Gelingt es der Arbeiterklasse mit Hilfe der sozialdemokratischen Intellektuellen sich zur selbständigen politischen Partei zu organisieren, oder beschränkt sie sich auf den ökonomischen Kampf und gerät damit politisch ins Schlepptau der "revolutionären Zirkel und Fraktionen der Intelligenz". Das bedeutete in der historischen Situation den ideologischen Kampf verschiedener Richtungen in der revolutionären Intelligenz um den Einfluss auf das Proletariat, nicht aber die Alternative zwischen "reiner Arbeiterbewegung" oder Führung der Arbeiterklasse durch die Intellektuellen, unter der dieser Kampf von den russischen Ökonomisten demagogisch geführt wurde. Das Primat der marxistischen Theorie in der Arbeiterbewegung und damit die Konstituierung des Proletariats als selbständiger revolutionärer Kraft, setzte voraus, dass sich die "Elemente aus der Intelligenz, die dem Volke am meisten ergeben und am revolutionärsten sind", zur Arbeiterklasse übergingen; daß das "spontane Erwachen der Arbeitermassen" sich mit einer "mit der sozialdemokratischen Theorie gewappneten Jugend, die es stürmisch zu den Arbeitern hinzog", traf. Diese Verbindung musste auf dem Boden des revolutinären Marxismus hergestellt werden, um der Arbeiterklasse gerade durch sie ihre Selbständigkeit zu ermöglichen. Diese Selbständigkeit mußte gerade "im Kindesalter" der Arbeiterbewegung gegen die viel mächtigere bürgerliche Ideologie, die auf Grund ihrer Tradition und ihrer vielseitigen Entwicklung in der Arbeiterklasse immer schon verbreitet ist, ständig erkämpft werden. Wer die spontane Arbeiterbewegung sich selbst überliess, überliess sie in Wahrheit der bürgerlichen Ideologie.
"Die Sozialdemokratie ist die Vereinigung von Arbeiterbewegung und Sozialismus, ihre Aufgabe besteht nicht darin, der Arbeiterbewegung in jedem einzelnen Stadium passiv zu dienen, sondern darin, die Interessen der Gesamtbewegung als ganzes zu vertreten, dieser Bewegung ihr Endziel, ihre politischen Aufgaben zu weisen, ihre politische und ideologische Selbständigkeit zu wahren. Von der Sozialdemokratie losgerissen, verflacht die Arbeiterbewegung und verfällt unweigerlich in Bürgerlichkeit: Führt die Arbeiterbewegung bloss den ökonomischen Kampf, so verliert sie ihre politische Selbständigkeit, wird sie zum Anhängsel anderer Parteien und übt Verrat an dem großen Vermächtnis: 'Die Befreiung der Arbeiter muss das Werk der Arbeiter selbst sein'." (Die dringendsten Aufgaben unserer Bewegung, "Iskra", Nr. 1, Dez. 1900, W IV, S. 367). Sozial bedeutete die

1b) Dass sich Lenin in dieser Frage mit Kautsky berührt, wird von den Rätekommunisten kritisch gegen Lenin gewendet (vgl. z.B. Paul Mattick, Der Leninismus und die Arbeiterbewegung des Westens, in: "Lenin. Revolution und Politik," Frankfurt 1970, S.8 f.). Implizit wird diese Kritik im folgenden widerlegt, indem gezeigt wird, dass Lenin das Verhältnis von sozialistischer Intelligenz und Arbeiterbewegung historisch-dialektisch als Problem einer bestimmten Phase der Parteibildung begriff und nicht als soziologisches Phaenomen wie Kautsky. Explizit werden wir in einem späteren Artikel auf diese Kritik eingehen.

Verschmelzung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung die Verbindung der sozialistischen Intelligenz mit den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterbewegung unter Führung der marxistischen Theorie. Sie setzte eine weitgehende Ausbildung der marxistischen Theorie unter der Intelligenz voraus und eine bestimmte Entwicklung des spontanen Kampfes der Arbeiterbewegung. In Russland "stand der Sozialismus sehr lange, abseits vom Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten, von Arbeiterstreiks usw. Einerseits verstanden die Sozialisten nicht die Theorie von Marx, von der sie meinten, dass sie auf Russland nicht anwendbar sei; andererseits steckte die russische Arbeiterbewegung noch ganz in ihrer Keimform. Als 1875 der "Südrussische Arbeiterbund" und 1878 der "Nordrussische Arbeiterbund" gegründet wurden, da standen diese Arbeiterorganisationen der Richtung der russischen Sozialisten fern; diese Arbeiterorganisationen forderten für das Volk politische Rechte, sie wollten für diese Rechte kämpfen, die russischen Sozialisten aber hielten damals irrigerweise den politischen Kampf für eine Abweichung vom Sozialismus. Doch die russischen Sozialisten blieben bei ihrer unterentwickelten falschen Theorie nicht stehen. Sie schritten vorwärts, sie machten sich die Theorie von Marx zu eigen, sie entwickelten in Anwendung auf Russland die Theorie des Arbeitersozialismus, die Theorie der russischen Sozialdemokraten. Die Gründung der russischen Sozialdemokratie ist das Hauptverdienst der Gruppe "Befreiung der Arbeit" Plechanows, Axelrod und ihrer Freunde. Seit Gründung der russischen Sozialdemokratie (1883) hat sich die russische Arbeiterbewegung jedesmal, wenn sie auf breiter Front hervortrat, den russischen Sozialdemokraten unmittelbar genähert und das Bestreben gezeigt, sich mit ihnen zu verschmelzen. Die Gründung der "Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands" (im Frühjahr 1898) bedeutete einen gewaltigen Schritt vorwärts auf dem Wege zu dieser Verschmelzung. Heute ist die Hauptaufgabe aller russischen Sozialisten und aller klassenbewussten russischen Arbeiter, diese Verschmelzung dauerhaft zu machen, die "Sozialdemokratische Arbeiterpartei" zu festigen und zu organisieren. Wer von dieser Verschmelzung nichts wissen will, wer künstlich eine Trennung zwischen der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie in Russland herbeizuführen sucht, der bringt der Sache des Arbeitersozialismus und der Arbeiterbewegung in Russland nicht Nutzen sondern Schaden." (Eine rückläufige Richtung in der russischen Sozialdemokratie, 1899, W IV, S. 252). Die Verschmelzung der Sozialdemokratie mit der Arbeiterbewegung setzte den entschiedensten Kampf gegen jene Ideologien voraus, die die Arbeiterbewegung direkt der Bourgeoisie untertan machen wollten und gegen jene Ideologeien, die die Arbeiterbewegung ihrer eigenen spontanen Entwicklung überlassen und sie mittelbar der Bourgeoisie ausliefern wollten: den Kampf gegen die Volkstümler einerseits und gegen die Ökonomisten andererseits. Beide Ideologien und ihr Einfluss auf die Arbeiterklasse mussten zur Verwirklichung der ersten der beiden Axelrodschen Perspektiven führen.

Wir haben zunächst gezeigt, wie sich Lenin das Problem der Bildung einer selbständigen sozialdemokratischen Arbeiterpartei stellte, deren Voraussetzungen er in der Entstehung einer marxistischen Intelligenz und einer spontanen Arbeiterbewegung und deren Verwirklichung er in der bewussten Verschmelzung dieser beiden von einander unabhänigen Entwicklungen sah. Die Parteibildung vollzog sich in Russland in verschiedenen Phasen mit jeweils verschiedenen Feinden dieser Verschmelzung, im Kampf gegen die Volkstümler, die diese Verschmelzung grundsätzlich sabotierten und die revolutionäre Funktion des Proletariats leugneten, im Kampf gegen die Ökonomisten und Terroristen, die sie tatsächlich sabotierten, indem sie das Primat des politischen Kampfes leugneten, und im Kampf gegen die Menschewiki, die die Verschmelzung in Worten anerkannten, aber ihre organisatorischen Konsequenzen zu ziehen nicht bereit waren. Die erste Phase war durch die Auseinandersetzung weniger marxistischer Theoretiker gegen die etablierte Ideologie der kleinbürgerlichen Intelligenz, die zweite Phase durch die Auseinandersetzung innerhalb und zwischen den verschiedenen sozialdemokratischen Zirkeln bestimmt. Die dritte Phase war der Kampf um die Überwindung des Zirkelwesens durch die sozialdemokratische Arbeiterpartei. Sie waren notwendige Phasen in der Parteibildung des Proletariats, das als Produkt der bürgerlichen Produktionsverhältnisse sich nur mühsam von der bürgerlichen Ideologie befreien kann und zu dieser Befreiung der abgefallenen Bourgeoisideologen bedarf. Aber gerade die abgefallenen Bourgeoisideologen, die sich selbst bloß mühsam von der Bourgeoisie lösen, gefährden diese Befreiung ständig. Das Verhältnis von revolutionärer Intelligenz und Arbeiterbewegung ist ein Zentralproblem auf dem Weg des Proletariats zu seiner eigenen Befreiung. Seine richtige Behandlung, die bloß politisch-inhaltlich sein kann und nicht formal-soziologisch, kann in den Werken Lenins studiert werden.

Sex aus Dänemark

Sie erhalten bei uns einfach alles!

Umfangreiche Prospekte über Schmalfilme, Fotos, Dias und Magazine sowie Bücher in deutscher Sprache. Die Kataloggebühr wird beim Kauf angerechnet

Katalog A	**5,— DM**
Katalog B	**10,— DM**
Prachtkatalog	**20,— DM**

Bestellen Sie noch heute! Sie werden angenehm überrascht sein!

Vorkasse! Keine Nachnahme!

JEAN-PIERRE VILLENEUVE
Stockflethsvej 7
Kopenhagen F / Dänemark
Dept. FOAC

III. Die Herausbildung der revolutionären Theorie: der Embryonalzustand der Partei. Kampf gegen die Volkstümler.

Die Rezeption und Herausbildung der marxistischen Theorie in Russland und damit der theoretischen Möglichkeit ihrer Verschmelzung mit der Arbeiterbewegung vollzog sich im Kampf gegen die Volkstümler. Es war die Auseinandersetzung zwischen sozialdemokratischer Intelligenz und bürgerlich/kleinbürgerlicher Intelligenz um die ideologische Vorherrschaft innerhalb jenes Teils der Intelligenz, der auf dem Boden diffuser "sozialistischer " Anschauungen in Opposition zur Selbstherrschaft stand. Die Aufgabe der Marxisten war es, den Klassenstandpunkt der verschiedenen"Strömungen" aufzuzeigen und den Standpunkt des Proletariats herauszuarbeiten. Diese Auseinandersetzung innerhalb der Intelligenz war das Vorzeichen auf die Verschärfung der Klassenkämpfe, denn die Intelligenz "heisst gerade darum Intelligenz, weil sie die Entwicklung der Klasseninteressen und der politischen Gruppierungen in der ganzen Gesellschaft am bewusstesten, am entschiedensten und am genauesten widerspiegelt." (Die Aufgaben der revolutionären Jugend, 1903, W VII, S. 32). In dieser Auseinandersetzung zerstörte Lenin den Mythos von der ständelosen Intelligenz gründlich, indem er ihn "mit der Lage und den Interessen der gegebenen Klassen der russischen Gesellschaft" verglich. Den schwankenden kleinbürgerlichen Teilen der Intelligenz, die sich nach der früheren Einheit der Intelligenz im Kampf gegen den Feudalismus zurücksehnten, hielt er entgegen: gerade die Beseitigung des Feudalismus liess den ökonomischen Antagonismus hervortreten, der sich in der Zerstörung der Einheit der Intelligenz bloß widerspiegelte: "Wie sehr muss man sich doch in süßen Träumen wiegen, um diesen Antagonismus, der eine so gewaltige Entwicklung erfahren hat, bis heute nicht zu sehen, um die Rückkehr der Zeiten der Solidarität herbeizuwünschen, während die Wirklichkeit Kampf erheischt und verlangt, dass jeder, der nicht FREIWILLIGER oder UNFREIWILLIGER Handlanger der Bourgeoisie sein will, auf die Seite des Proletariats treten muss." (Was sind die "Volksfreunde", 1894, W I , S. 299).

In Auseinandersetzung mit den Volkstümlern, die die Entwicklung des Kapitalismus in Russland leugneten und deshalb den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat vertuschten, stellte Lenin die Aufgabe der theoretischen Analyse entgegen, die die wirklichen Tendenzen der Gesellschaft aufwies und zur Grundlage der klassenspezifischen Propaganda und Agitation machte: Nur der Teil der revolutionären Intelligenz, der sich dieser Aufgabe stellt, und damit den ideologischen Kampf gegen Selbstherrschaft und Bourgeoisie aufnimmt, kann die Verschmelzung von Sozialismus und Arbeiterbewegung einleiten, die in der gesellschaftlichen Entwicklung angelegt ist und bewusst in Angriff genommen werden muß. Weil die marxistische Theorie die wissenschaftlich korrekte Antwort auf die praktischen Fragen des Proletariats gibt, muss das erwachende Proletariat sich diese Theorie "unvermeidlich" aneignen.

16 "Die sozialistische Intelligenz kann nur dann auf eine fruchtbringende Arbeit rechnen, wenn sie mit den Illusionen Schluss macht und daran geht, ihre Stütze in der wirklichen, nicht aber in der erwünschten Entwicklung Russlands, in den wirklichen, nicht aber in den möglichen sozialökonomischen Verhältnissen zu suchen. Ihre THEORETISCHE Arbeit wird dabei in der konkreten Untersuchung aller Formen des wirtschaftlichen Antagonismus in Russland, in der Untersuchung ihres Zusammenhanges und ihrer folgerichtigen Entwicklung bestehen müssen; sie muss diesen Antagonismus überall bloßlegen, wo er durch die politische Geschichte, durch die Besonderheiten der Rechtsverhältnisse und durch eingewurzelte theoretische Vorurteile verhüllt wird. Sie muss ein in sich geschlossenes Bild unserer Wirklichkeit als eines bestimmten Systems von Produktionsverhältnissen geben, die Notwendigkeit der Exploitation und Expropriation der Werktätigen unter diesem System zeigen, sie muss den Ausweg aus diesen Zuständen zeigen, auf den die wirtschaftliche Entwicklung hinweist.

Auf der detaillierten und eingehenden Untersuchung der russischen Geschichte und Gegenwart fußend, muß diese Theorie auf die Fragen Antwort geben, die das Proletariat stellt, und wenn sie den wissenschaftlichen Anforderungen genügt, so wird jeder erwachende Protest im Proletariat den Gedanken unvermeidlich in die Bahn des Sozialsdemokratismus leiten. Je weiter die Ausarbeitung dieser Theorie fortschreitet, um so schneller wird der Sozialdemokratismus an Boden gewinnen, da auch die schlauesten Hüter der Ordnung nicht imstande sind, das Erwachen der proletarischen Ideen zu verhindern, und zwar deshalb nicht, weil diese Ordnung selbst notwendigerweise und unvermeidlich eine stets zunehmende Expropriation der Produzenten, ein immer stärkeres Anwachsen des Proletariats und seiner Reservearmee mit sich bringt - und dies parallel mit dem Wachsen des gesellschaftlichen Reichtums, mit dem gewaltigen Wachstum der Produktivkräfte und der Vergesellschaftung der Arbeit durch den Kapitalismus. " (a.a.O. S. 301)

Lenin sieht in der richtigen theoretischen Arbeit und der konkreten Untersuchung aller Formen des wirtschaftlichen Antagonismus die entscheidende Gewähr für "die Verschmelzung" zwischen Sozialismus und Arbeiterbewegung, wobei Theorie und Praxis, weil die Theorie die realen Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung anspricht und fördert, zur Einheit werden: "Wenn man freilich die Aufgabe der Sozialisten darin sieht, 'andere' (als die tatsächlichen) 'Entwicklungswege' des Landes zu suchen, dann wird die praktische Arbeit natürlich erst dann möglich sein, wenn geniale Philosophen diese 'anderen Wege' gefunden und gewiesen haben; und umgekehrt, sind einmal diese Wege gefunden und gewiesen, dann hört die theoretische Arbeit auf, und die Arbeit derer beginnt, die das 'Vaterland' auf den 'neuentdeckten' 'anderen Weg' führen sollen. Ganz anders ist es, wenn man die Aufgabe der Sozialisten darin sieht, die ideologischen Führer des Proletariats in seinem wirklichen Kampf

gegen die tatsächlichen, die echten Feinde zu sein, die ein Hindernis auf dem wirklichen Weg der gegebenen sozialökonomischen Entwicklung sind. Unter dieser Bedingung verschmelzen theoretische und praktische Arbeit zu einer einzigen Arbeit, die der Veteran der deutschen Sozialdemokratie, Liebknecht, so treffend mit den Worten gekennzeichnet hat:

Studieren, Propagandieren, Organisieren.

Ohne die oben erwähnte theoretische Arbeit kann man kein ideologischer Führer sein, wie man es auch nicht sein kann, ohne diese Arbeit den Erfordernissen der Sache anzupassen, ohne die Resultate dieser Theorie unter den Arbeitern zu propagieren und ihnen zu helfen, sich zu organisieren. Diese Aufgabenstellung bewahrt die Sozialdemokratie vor den Mängeln, an denen sozialistische Gruppen so oft leiden - vor Dogmatismus und Sektierertum.

Wo die Übereinstimmung mit dem wirklichen Prozess der sozialökonomischen Entwicklung zum obersten und einzigen Kriterium einer Doktrin gemacht wird, da kann es keinen Dogmatismus geben; wenn die Aufgabe darin besteht, die Organisierung des Proletariats zu fördern, wenn folglich die Rolle der 'Intelligenz' darin besteht, besondere, intellektuelle Führer überflüssig zu machen, kann es kein Sektierertum geben." (a.a.O., S.301 f.)

Lenin beschränkt sich 1894 auf die Skizzierung der allgemeinen Aufgaben der Sozialdemokratie, wobei der Schwerpunkt auf die theoretische Arbeit und die Propaganda gelegt wird. Zu organisieren war zunächst diese theoretische Arbeit und die Propaganda der sozialdemokratischen Intellektuellen. Diese Propaganda musste sich vor allem an das Fabrikproletariat richten, weil zwar die "Ausbeutung der Werktätigen in Russland ihrem Wesen nach überall kapitalistisch" war, aber bloß die "Ausbeutung des Fabrikproletariats im großen Massstab, vergesellschaftet und konzentriert", erfolgte (S. 303): "Dem Arbeiter kann schon nicht mehr verborgen bleiben, dass ihn das Kapital unterdrückt und daß es die Klasse der Bourgeoisie ist, gegen die der Kampf geführt werden muss. Dieser Kampf nun, der auf die Behebung der unmittelbarsten wirtschaftlichen Nöte, auf die Verbesserung seiner materiellen Lage gerichtet ist, verlangt von den Arbeitern unabweisbar, dass sie sich organisieren, er wird unvermeidlich zu einem Kampf gegen eine Klasse, gegen diejenige Klasse, die nicht bloß in den Fabriken und Werken, sondern überall die Werktätigen unterdrückt und unterjocht. Eben deshalb ist der Fabrikarbeiter nichts anderes als der fortgeschrittene Repräsentant der gesamten ausgebeuteten Bevölkerung, und damit er diese seine Aufgabe in einem organisierten, beharrlichen Kampf verwirkliche, ist es keineswegs erforderlich, ihn durch irgendwelche Perspektiven mitzureissen - dazu ist nur erforderlich, dass man ihn über seine Stellung aufklärt, über die politisch ökonomische Struktur des ihn unterdrückenden Systems und über die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit des Klassenantagonismus in diesem System... Die zersplitterte, vereinzelte Ausbeutung in kleinem Maßstab fesselt die Werktätigen an den Ort, isoliert sie voneinander, und hindert sie daran, sich ihrer Klassensolidarität bewusst zu werden, hindert sie daran sich zu vereinigen, auch wenn sie erkannt haben, daß die Ursache der Unterdrückung nicht diese oder jene Person, sondern das ganze Wirtschaftssystem ist. Der Großkapitalismus dagegen sprengt unvermeidlich jede Bindung der Arbeiter an die alte Gesellschaft, an einen bestimmten Ort und einen bestimmten Ausbeuter; er vereinigt sie, zwingt sie zum Denken und versetzt sie in Verhältnisse, die ihnen die Möglichkeit geben, zum organisierten Kampf überzugehen. Gerade der Arbeiterklasse wenden die Sozialdemokraten daher ihre Aufmerksamkeit zu, auf sie richten sie ihre ganze Tätigkeit aus. Wenn die fortgeschrittenen Repräsentanten der Arbeiterklasse sich den Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus zu eigen gemacht haben, wenn sie sich der historischen Rolle bewusst geworden sind, wenn diese Ideen weite Verbreitung erlangt, die Arbeiter feste Organisationen gegründet und diese den heute zersplitterten ökonomischen Kampf der Arbeiter in bewusst geführten Klassenkampf verwandelt haben - dann wird sich der russische ARBEITER erheben, sich an die Spitze aller demokratischen Elemente stellen, den Absolutismus stürzen und das RUSSISCHE PROLETARIAT (Schulter an Schulter mit dem Proletariat ALLER LÄNDER) auf dem direkten Wege des offenen politischen Kampfes der SIEGREICHEN KOMMUNISTISCHEN REVOLUTION entgegenführen." (a.a.O. S. 303f).

Wir haben so ausführlich aus Lenins früher Schrift von 1894 zitiert, um jenen entgegenzutreten, die behaupten, Lenin habe deshalb den politischen Kampf und die politische Organisation vereinseitigt, weil er in dem spezifisch unterentwickelten Russland halt nicht anders gekonnt hätte. Lenin ging aber tatsächlich immer vom

Was ist Ihnen bei einer Tageszeitung wichtiger: Aktualität, Objektivität oder Kritik?

Keine Frage: Alle drei Kriterien sind wichtig. Nur sie zusammen können ein Garant für „echte" Informationen sein. Die Süddeutsche Zeitung bietet Ihnen diese Informationsquelle. Ihr eigenes, weltweit organisiertes Korrespondentennetz garantiert aktuelle Informationen aus erster Hand. Die deutliche Trennung zwischen Meinung und Meldung dokumentiert die geradezu sprichwörtliche Objektivität der SZ. Und die kritischen Leitartikel und Kommentare stammen immer aus erster Feder. Denn die SZ-Publizisten zählen allesamt zur kritischen Garde des westdeutschen Journalismus. Die Süddeutsche Zeitung ist der beste Partner für Objektive, Kritische und Fortschrittliche. Sie ist auch Ihr Partner. Studenten erhalten die SZ im Abholabonnement für DM 4,— oder im Postabonnement für DM 5,—

Süddeutsche Zeitung
Die große deutsche Tageszeitung

großindustriellen Fabrikproletariat aus, das in seinem spontanen ökonomischen Kampf erst die Bedingungen schafft unter denen der Sozialismus seine Massenbasis finden kann. Überhaupt ist die pauschale Auffassung, Russland sei vor der russischen Revolution ein weithin vorkapitalistischer und vorindustrieller Staat gewesen, völlig falsch. Was die vorkapitalistischen Verhältnisse betrifft, so machte Lenin den Volkstümlern schon 1894 in dieser Hinsicht die Rechnung auf und überführte sie der schlichten Ignoranz. (Siehe vor allem auch "Die Entwicklung des Kapitalismus in Russland, 1899, W III, pass.). Die formelle Subsumption der Arbeit unter das Kapital war zu dieser Zeit schon weitgehend abgeschlossen und die reele Subsumption der Arbeit unter das große Industriekapital machte rasche Fortschritte. Schließlich lieferten gerade die Massenstreiks der Revolution von 1905 der bedeutendsten westeuropäischen Theoretikerin des Sozialismus, Rosa Luxemburg, das Material für ihr Buch "Massenstreik, Partei und Gewerkschaften". Das Kennzeichen des vorrevolutionären Russland sind gerade die ungeheuren Widersprüche zwischen großindustrieller Produktion, noch nicht ganz abgeschlossener Kapitalisierung der Landwirtschaft innerhalb einer vorbürgerlichen politischen Verfassung.

Die leninistischen Prinzipien kommunistischer Taktik und Organisation sind eine Konkretion des Marxismus und zwar nicht bloß für die spezifisch russischen Verhältnisse, sondern für den entwickelten Klassenkampf generell. 1894, als die großindustrielle Produktion noch gering entwickelt war und die Klassenkämpfe sich erst in vereinzelten ökonomischen Streiks äußerten, beschränkte sich Lenin auf die marxsche abstrakte Auffassung des Verhältnisses von ökonomischem und politischem Kampf, wie sie dieser im Kommunistischen Manifest entwickelt hatte, und wie sie von Rosa Luxemburg übernommen und auf derselben Abstraktionsstufe beibehalten wurde. Der Klassenkampf und die Organisation des Proletariats wird als Konsequenz der Konzentration der Produktion und als Zusammenfassung d. vereinzelten ökonomischen Streiks begriffen. Auf dieser Abstraktionsstufe stehen, entsprechend der geringen Entwicklung des Klassenkampfes, auch Lenins zitierte Auffassungen, die später nicht umgestoßen, sondern entsprechend der Entfaltung der Klassenkämpfe konkretisiert wurden.

Im Mittelpunkt der revolutionären Propaganda und Agitation stehen die Fabrikarbeiter, deren Arbeit schon reel dem Kapital subsummiert ist und die als Produkt des fortgeschrittenen kapitalistischen Produktionsprozesses Repräsentant des gesamten Proletariats sind. Ihre Lage treibt sie von selbst über den Kampf gegen den vereinzelten Untenehmer hinaus, wird zum Klassenkampf. Der Produktionsprozess "vereinigt sie, zwingt sie zum Denken und versetzt sie in Verhältnisse, die ihnen die Möglichkeit geben, zum organisierten Kampf überzugehen". Damit der Fabrikarbeiter seine revolutionäre Aufgabe erfüllt" - dazu ist nur erforderlich, dass man ihn über seine Stellung aufklärt, über die politisch-ökonomische Struktur des ihn unterdrückenden Systems und über die Notwendigkeit und die Unvermeidlichkeit des Klassenantagonismus in diesem System". Welche Organisationsformen notwendig sind, um den vereinzelten ökonomischen Kampf zum politischen Klassenkampf zu entwickeln, wie die Verbindung von marxistischer Theorie und Arbeiterbewegung, das politische Klassenbewußtsein hergestellt werden kann, - diese Frage stellte sich konkret erst durch die Massenkämpfe selbst, die seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre Russland zunehmend erschütterten und in der Revolution von 1905 ihren vorläufigen Höhepunkt fanden. Lenin fasste die Phase bis 1894, die eine Beantwortung dieser konkreten Fragen der Parteibildung noch gar nicht zuliessen im Schlusskapitel von "Was tun?" folgendermaßen zusammen: "Das war die Periode, in der die Theorie und das Programm der Sozialdemokratie entstanden und sich konsolidierten. Die Zahl der Anhänger konnte an den Fingern abgezählt werden. Die Sozialdemokratie existierte ohne Arbeiterbewegung und machte als Partei einen embryonalen Prozess durch." (AW I, S.303)

IV. Der Kampf gegen die Anbeter der Spontaneität und der Aufbau der Organisation der Revolutionäre. Kampf gegen Ökonomismus und Terrorismus.

Die Phase der Auseinandersetzung mit den Volkstümlern war vor allem durch die Erarbeitung der marxistischen Theorie, der marxistischen Analyse des Kapitalisierungsprozesses in Russland und die Verbreitung ihrer Ergebnisse innerhalb der revolutionären Intelligenz bestimmt, um die Propaganda und Agitation in der Arbeiterklasse einzuleiten. Erst die Massenkämpfe des Petersburger Proletariats machten die Verschmelzung von Sozialismus und Arbeiterbewegung zur unmittelbaren Aufgabe: "Gegenwärtig (Ende 1897) ist, von unserem Standpunkt aus gesehen, die praktische Tätigkeit der Sozialdemokraten die brennendste Frage. Wir heben die praktische Seite des Sozialdemokratismus hervor, weil seine theoretische Seite allem Anschein nach schon über die Periode der schärfsten Auseinandersetzungen hinaus ist, in der einerseits die Gegner ihr mit hartnäckigem Unverständnis begegneten und die größten Anstrengungen gemacht wurden, die neue Richtung gleich in ihren Anfängen zu ersticken, und andererseits die Prinzipien des Sozialdemokratismus leidenschaftlich verteidigt wurden. Die theoretischen Anschauungen der Sozialdemokraten scheinen jetzt in ihren Haupt- und Grundzügen genügend geklärt zu sein. Von der praktischen Seite des Sozialdemokratismus, von seinem politischen Programm, von seinen Arbeitsmethoden und seiner Taktik lässt sich das nicht behaupten." (Die Aufgaben der russischen Sozialdemokratie, 1902, W II, S.329f). Die Frage der Notwendigkeit der Vereinigung des Sozialismus mit der Arbeiterklasse, die in der Auseinandersetzung mit den kleinbürgerlichen Intellektuellen, den Volkstümlern, im Mittelpunkt gestanden hatte, und theoretisch gelöst war und damit den Marxismus als eigenständige Richtung in der revolutionären Intelligenz konstituiert hatte, mußte jetzt als Frage, wie diese Verschmelzung durchgeführt werden sollte, praktisch gelöst werden. Die theoretische Auseinandersetzung zwischen marxistischen Intellektuellen und Volkstümlern, zwischen bürger-

licher und sozialistischer Intelligenz, spitzte sich als Auseinandersetzung innerhalb der sozialdemokratischen Intelligenz selbst zu. Dass sich hier die Auseinandersetzung zwischen bürgerlicher Ideologie und proletarischer Ideologie innerhalb der Sozialdemokratie fortsetzte, hat Lenin immer wieder herausgearbeitet, aber er hat sie selbstverständlich nicht auf eine Frage der Herkunft reduziert, sondern in der Analyse des Klasseninhalts der jeweiligen Ideologien ihre prinzipielle Bedeutung aufgewiesen. Der sozialdemokratischen Intelligenz war es noch keineswegs gelungen, sich fest mit der Arbeiterklasse zu verbinden; die Auseinandersetzung entzündete sich an dem Verhältnis von politischem und ökonomischem Kampf. In ihrem Mittelpunkt stand die Frage des Aufbaus der Sozialdemokratie als selbständiger Partei des Proletariats. Ihre Schärfe erklärt sich gerade aus ihrem Stellenwert in der Frühphase der Parteibildung, wo die taktischen Prinzipien unter denen diese stehen sollte, erst noch entwickelt werden mußten, wo die Einheitlichkeit der Partei durch Abstoßung aller bürgerlichen Elemente erkämpft werden mußte.

In dem Artikel "Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten" (a.a.O. S.348/50) heisst es: "Die russische Sozialdemokratie ist noch sehr jung. Sie tritt eben erst aus jenem Stadium heraus, in dem die theoretischen Fragen den dominierenden Platz einnahmen. Sie beginnt erst, ihre praktische Tätigkeit zu entfalten (...) Den russischen Sozialdemokraten steht noch sehr viel Arbeit bevor, um die Bedürfnisse des Proletariats zu befriedigen, die Arbeiterbewegung zu organisieren, die revolutionären Gruppen und die Verbindung zwischen ihnen zu festigen, die Arbeiter mit Propaganda-und Agitationsliteratur zu versehen, die über ganz Russland verstreuten Arbeiterzirkel und sozialdemokratischen Gruppen zu einer einheitlichen sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu vereinigen!"

1898 wurde die SDAPR formell gegründet. Dieser erste Versuch der Parteigründung hatte jedoch keine praktische Bedeutung. Weder wurde ein Programm und ein Statut verabschiedet, noch eine zentrale Leitung eingesetzt. Das Zirkelwesen blieb weiterhin bestehen. Die Bedingungen für die ideologische Einheit als Grundvoraussetzung der festen Organisation wurden erst im Kampf der "Iskra" gegen die Ökonomisten geschaffen. In dem "Entwurf einer Ankündigung der Redaktion der 'Iskra' und der 'Sarja' " (1900, W IV, S. 316) schreibt Lenin: "Wir leben in einem äusserst bedeutungsvollen Zeitpunkt der Geschichte der russischen Arbeiterbewegung und der russischen Sozialdemokratie; alles scheint darauf hinzuweisen, dass sich unsere Bewegung in einem kritischen Stadium befindet: Sie hat sich so weit ausgebreitet und in den verschiedensten Ecken Russlands so viele gesunde Triebe hervorgebracht, dass sich jetzt mit unaufhaltsamer Kraft ihr Bestreben geltend gemacht, sich zu festigen, eine höhere Form anzunehmen, ein bestimmtes Gesicht und eine bestimmte Organisation herauszuarbeiten. In der Tat, die letzten Jahre sind durch eine erstaunlich rasche Verbreitung der Ideen des Sozialdemokratismus in unserer Intelligenz gekennzeichnet, und dieser Strömung des gesellschaftlichen Denkens kommt die völlig selbständige, spontane Bewegung des Industrieproletariats entgegen, das sich zu vereinigen und gegen seine Unterdrücker zu kämpfen beginnt und dabei ein leidenschaftliches Streben zum Sozialismus offenbart. Überall entstehen Zirkel von Arbeitern und sozialdemokratischen Intellektuellen, es erscheinen lokale, der Agitation dienende Flugblätter, die Nachfrage nach sozialdemokratischen Schriften wächst, das Angebot bei weitem überholend - und auch die verstärkten Repressalien der Regierung sind nicht im Stande, diese Bewegung aufzuhalten." (W IV, S. 317). Der Breite der Bewegung entspricht ihre "Zersplitterung", ihr "handwerklicher Charakter" und ihr "ideologisches Schwanken" (Ankündigung der Redaktion der Iskra, 1900, W IV, S. 349): "Das unter den russischen Sozialdemokraten ein derartiges ideologisches Schwanken zu beobachten ist, dass ein enger Praktizismus, losgerissen von der theoretischen Beleuchtung der Bewegung in ihrer Gesamtheit, die Bewegung in eine falsche Bahn zu lenken droht, das ist eine Tatsache; daran kann niemand zweifeln, der die Sachlage in den meisten unserer Organisation unmittelbar kennt." (a.a.O., S.349). "Ein enger Praktizismus, losgerissen von der theoretischen Beleuchtung der Bewegung in ihrer Gesamtheit kann die Verbindung zwischen dem Sozialismus und der revolutionären Bewegung in Russland einerseits und der spontanen Arbeiterbewegung andererseits zerstören." (S.318) Diese Verbindung kann bloß die Partei sein: "Wir russischen Sozialdemokraten müssen uns vereinigen und alle Anstrengungen auf die Bindung einer starken, unter dem Banner der einheitlichen Sozialdemokratie kämpfenden Partei richten. Eben diese Aufgabe wurde auch schon auf dem Parteitag von 1898 festgelegt, der die sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands gründete und deren 'Manifest' veröffentlichte. Wir bekennen uns als Mitglieder dieser Partei, teilen voll und ganz die Grundideen des 'Manifestes' und messen ihm, als der offenen Deklaration der Parteiziele, große Bedeutung bei. Darum lautet für uns, als Mitglieder der Partei, die Frage nach unserer nächsten und unmittelbaren Aufgabe folgendermaßen: Welchen Aktionsplan müssen wir haben, um eine Wiederherstellung der Partei zu erreichen, die von Bestand ist?" (a.a.O., S.351) Der Weg, einfach einen Parteitag einzuberufen, eine zentrale Parteiinstitution zu wählen, und das Organ der Partei wieder herauszugeben, sei unzweckmäßig:

"Die Partei schaffen und festigen heißt die Vereinigung aller russischen Sozialdemokraten schaffen und festigen, aus den oben aufgezeigten Gründen (der "Zerfahrenheit" und "Anarchie") läßt sich eine solche Vereinigung nicht dekretieren; sie kann nicht durch den bloßen Beschluss irgendeiner, sagen wir, Versammlung von Delegierten herbeigeführt, sondern muß allmählich entwickelt werden." (a.a.O., S.351). Hergestellt werden müsse erstens die "feste ideologische Vereinigung, die das Durcheinander und die Verwirrung beseitigt"; "und diese ideologische Vereinigung muß verankert werden durch ein Parteiprogramm." Zweitens müsse eine "russische sozialistische Post" entwikkelt werden, die eine allseitige Verbindung herstelle. "Erst wenn eine solche Organisation geschaffen ist, wenn eine russische sozialistische Post besteht, wird die Partei festen Bestand haben und zu einer realen Tatsache, also auch zu einer mächtigen politischen Kraft." Um die ideologische

Vereinigung zu erreichen, war eine "offene und allseitige Erörterung der wichtigsten prinzipiellen und taktischen Fragen notwendig", "die von den heutigen 'Ökonomisten', Bernsteinianern und 'Kritikern' aufgeworfen sind. Bevor wir uns vereinigen, müssen wir uns zuerst entschieden und bestimmt voneinander absetzen. Sonst wäre unsere Einigung lediglich eine Fiktion, die die vorhandene Zerfahrenheit verhüllt und ihre radikale Beseitigung verhindert."(S.351f)
Die Auseinandersetzung mit dem Ökonomismus wurde in der "Iskra" in den nächsten beiden Jahren geführt. Sie ist in "Was tun" zusammengefaßt und systematisiert. Sie verband sich mit der Bekämpfung des "Terrorismus", der von Lenin als die Kehrseite des Ökonomismus erkannt wurde, weil er wie diese die Trennung der revolutionären Intelligenz von der Arbeiterbewegung zur Grundlage hatte, die revolutionäre Theorie nicht in der Masse zu verankern suchte. Während der Ökonomismus die Arbeiterklasse auf den ökonomischen Kampf beschränken und den politischen Kampf an die Intelligenz delegieren wollte, versuchte der "Terrorismus", den politischen Kampf zu führen, ohne sich auf die Arbeiterbewegung zu stützen. Beide zogen nicht die Konsequenz aus den Lehren der russischen Geschichte, die gezeigt hatte, "daß in Russland das sozialistische Denken viel stärker von den fortgeschrittenen Vertretern der werktätigen Klassen getrennt ist als in den anderen Ländern und daß bei einer solchen Trennung die russische revolutionäre Bewegung zur Ohnmacht verurteilt ist. Hieraus ergibt sich ganz von selbst die Aufgabe, die die russische Sozialdemokratie zu verwirklichen berufen ist: Sozialistische Ideen und politisches Bewußtsein in die Massen des Proletariats zu tragen und eine revolutionäre Partei zu organisieren, die mit der spontanen Arbeiterbewegung verbunden ist." ("Die dringendsten Aufgaben unserer Bewegung", 1900, W.4,S.367f.)

Diese Partei mußte "die sozialistischen Kenntnisse und die revolutionären Erfahrungen, die sich die russische revolutionäre Intelligenz aus den Lehren vieler Jahrzehnte erarbeitet hat, vereinigen mit der Kenntnis des Arbeitermilieus und mit der den fortgeschrittenen Arbeitern eigenen Fähigkeit, unter den Massen zu agitieren und sie zu führen. Was wir vor allem und in erster Linie anstreben müssen, ist nicht, eine künstliche Scheidewand zwischen Intellektuellen und Arbeitern zu errichten, nicht, eine "reine Arbeiter"-Organisation zu schaffen, sondern eben die erwähnte Vereinigung." (Vorwort zu der Broschüre "Die Maitage in Charkow", 1901, W.4, S.359).

Die Propaganda der Sozialdemokratie mußte sich auf die bewußten Arbeiter beziehen und ihnen die Ausbildung zu sozialistischen Arbeiterführern ermöglichen: "Die Geschichte der Arbeiterbewegung aller Länder zeigt, daß die Ideen des Sozialismus am frühesten und am leichtesten von den am besten gestellten Arbeiterschichten aufgenommen werden. Aus ihrer Mitte hauptsächlich stammen jene führenden Arbeiter, die jede Arbeiterbewegung hervorbringt, Arbeiter, die es verstehen, das volle Vertrauen der Arbeitermassen zu gewinnen, Arbeiter, die sich ganz und gar der Aufklärung und Organisierung des Proletariats widmen, Arbeiter, die den Sozialismus ganz bewußt aufnehmen und die sogar selbständig sozialistische Theorien ausgearbeitet haben.(...) In Russland gibt es diese "Arbeiterintelligenz" schon, und wir müssen alle Kräfte aufbieten, damit sich ihre Reihen ständig erweitern, damit ihre großen geistigen Ansprüche voll befriedigt werden, damit aus ihren Reihen Führer der Sozialdemokratie hervorgehen. Die Zeitung, die zum Organ aller russischen Sozialdemokraten werden will, muß deshalb auf dem Niveau der fortgeschrittenen Arbeiter stehen; sie darf ihr Niveau nicht künstlich senken, sondern muß es im Gegenteil ständig heben, sie muß alle faktischen, politischen und theoretischen Fragen der internationalen Sozialdemokratie verfolgen. Nur dann werden die Ansprüche der Arbeiterintelligenz befriedigt werden, nur dann wird sie die russische Arbeitersache und folglich auch die russische revolutionäre Sache in ihre Hand nehmen." (Eine rückläufige Richtung in der russischen Sozialdemokratie, 1899, W.4, S.275).
Lenins Grundproblem bei der Schaffung der Partei war die Vereinigung der sozialdemokratischen Intellektuellen, die sich durch die Erfahrungen und Niederlagen des russischen revolutionären Kampfes zur Theorie des Marxismus hochgearbeitet hatten und der Arbeiterintelligenz als dem bewußten Kern der spontanen Arbeiterbewegung und die feste Verankerung der so geschaffenen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, wobei der Name eben diese Vereinigung zum Ausdruck bringen sollte, in der Arbeiterklasse. Bis zum II. Parteitag, der diese Vereinigung vollziehen sollte, galt der Hauptkampf deshalb jenen ideologischen Richtungen, die diese Vereinigung sabotieren wollten, dem Ökonomismus und dem Terrorismus als Kehrseiten ein und desselben Versuchs, den politischen und den ökonomischen Kampf, die sozialdemokratische Intelligenz und die Arbeiterbewegung zu trennen:
"Die Ökonomisten und die Terroristen sind Anbeter verschiedener Pole der spontanen Richtung: die Ökonomisten - der Spontaneität der "reinen Arbeiterbewegung", die Terroristen - der Spontaneität der leidenschaftlichsten Empörung der Intellektuellen, die es nicht verstehen oder nicht die Möglichkeit haben, die revolutionäre Arbeit mit der Arbeiterbewegung zu einem ganzen zu verbinden. Wer den Glauben an diese Möglichkeit verloren oder nie besessen hat, dem fällt es tatsächlich schwer, für seine Empörung und seine revolutionäre Energie einen anderen Ausweg zu finden als den Terror. So ist die Anbetung der Spontaneität bei beiden von uns genannten Richtungen nichts anderes, als der Anfang zur Verwirklichung des berühmten Programms des "Credo". Die Arbeiter führen ihren "ökonomischen Kampf gegen die Unternehmer und gegen die Regierung" (...) - die Intellektuellen aber führen den politischen Kampf aus eigenen Kräften, natürlich mit Hilfe des Terrors!"("Was tun?", AW I, S.208)

Den "Anhängern der 'reinen Arbeiterbewegung'", den "Gegnern jeder nichtproletarischen Intelligenz (selbst wenn es sich um die sozialdemokratische Intelligenz handelt)" (a.a.O., S.173), stellt Lenin die "Organisation der Revolutionäre" gegenüber:
"Der politische Kampf der Sozialdemokratie ist viel umfassender und komplizierter als der ökonomische Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer und die Regierung. Genauso (und infolgedessen) muß die Organisation der revolutionären sozialdemokratischen

Partei unvermeidlich anderer Art sein als die Organisation der Arbeiter für diesen Kampf. Die Organisation der Arbeiter muß erstens eine gewerkschaftliche sein; zweitens muß sie möglichst umfassend sein; drittens muß sie möglichst wenig konspirativ sein (ich spreche natürlich hier und weiter unten nur vom autokratischen Russland). Die Organisation der Revolutionäre dagegen muß vor allem und hauptsächlich Leute erfassen, deren Beruf die revolutionäre Tätigkeit ist (darum spreche ich von der Organisation der Revolutionäre, wobei ich die revolutionären Sozialdemokraten im Auge habe). Hinter dieses allgemeine Merkmal der Mitglieder einer solchen Organisation muß jeder Unterschied zwischen Arbeitern und Intellektuellen, von den beruflichen Unterschieden der einen und der andern ganz zu schweigen, völlig zurückzutreten." (a.a.O., S.241)

Lenins Ausgangspunkt bei der Schaffung dieser Organisation war, "daß die Stärke der heutigen Bewegung im Erwachen der Massen (und vor allem des Industrieproletariats) besteht, ihre Schwäche aber in mangelnder Bewußtheit und Initiative bei den revolutionären Führern." Die zentrale Aufgabe dieser Phase bestand also darin, die Führer des Proletariats zu schulen, ihre Initiative zu steigern und zu organisieren, und die Verbindung dieser Organisation der Berufsrevolutionäre mit den spontanen Kämpfen der Massen herbeizuführen. Aus dieser Aufgabe ergibt sich die Notwendigkeit der Bekämpfung der Ökonomisten und ihrer "Anbetung der Spontaneität, d.h. dessen, was 'im gegebenen Moment' da ist".(AW I, S.159). Die Ökonomisten werden von Lenin nicht etwa bekämpft, weil er die Bedeutung der Spontaneität unterschätzte, sondern weil er einen historischen Begriff der Spontaneität hatte, der ihn Spontaneität nicht als etwas Anbetungswürdiges, sondern als "Keimform der Bewußtheit" (S.166) begreifen ließ. Spontaneität ist Voraussetzung des Bewußtseins und muß zum Bewußtsein weiterentwickelt werden. Das so entwickelte Bewußtsein hebt die Spontaneität auf eine höhere Stufe. Genausowenig wie Spontaneität und Bewußtheit abstrakte Gegensätze sind, sind dies die Klasse, die Organisation der Arbeiter und die Organisation der Revolutionäre. Wird aber der Unterschied zwischen Spontaneität und Bewußtsein verwischt, dann wird darauf verzichtet, die "Keimformen des Klassenkampfes" (ebenda) zum revolutionären Klassenkampf fortzuentwickeln, was gerade die Aufgabe der revolutionären Organisation ist. Die Notwendigkeit der Organisation der Revolutionäre ergibt sich aus der historischen Tatsache, daß eben die Arbeiterklasse erstspontan handelt und noch kein revolutionäres Klassenbewußtsein entwickelt hat. Wie sich die Differenz von Avantgarde und Klasse aus dem Unterschied von Spontaneität und Bewußtsein ergibt, so ist im Begriff der Spontaneität als Keimform der Bewußtheit schon die Möglichkeit der Aufhebung dieser Differenz gezeichnet. Der Verzicht auf die Organisation der Revolutionäre bedeutet den Verzicht, diese Möglichkeit zu aktualisieren, bedeutet praktisch die Hinnahme des Kapitalismus, bedeutet den Verrat der Arbeiterklasse an die Bourgeoisie. Das Verhältnis von Spontaneität und Bewusstheit ist also historisch bestimmt und entsprechend das Verhältnis von Klasse und Avantgarde. Aus der Einschätzung dieses Verhältnisses leitet Lenin sowohl seine spezifischen Vorschläge für die Organisation der Revolutionäre ab, als auch die Aufgaben dieser Organisation. Dieses Verhältnis ist in der Zeit der Niederschrift von "Was tun?" für Lenin bestimmt durch die Entstehung einer Massenbewegung der Arbeiter und den vor allem ökonomischen Charakter dieser Massenbewegung. Die Aufgaben, die sich aus dieser Situation für die Sozialdemokratie ergeben, können "in zweifacher Weise aufgefasst werden: entweder im Sinne der Anbetung der Spontaneität dieser Bewegung, d.h. der Reduzierung der Rolle der Sozialdemokratie auf die einer einfachen Dienerin der Arbeiterbewegung als solcher (Auffassung der "Rabotschaja Mysl", der "Gruppe der Selbstbefreiung" und der übrigen Ökonomisten); oder aber in dem Sinne, dass die Massenbewegung uns vor neue theoretische, politische, organisatorische Aufgaben stellt, die viel komplizierter sind als diejenigen, mit denen man sich in der Periode vor der Entstehung der Massenbewegung begnügen konnte" (S.180 f) (2). Der Aufschwung der Massenbewegung stellt der Sozialdemokratie praktisch das Problem der Führung:

"Je stärker der spontane Aufschwung der Massen ist, je breiter die Bewegung wird, desto schneller, unvergleichlich schneller wächst das Bedürfnis nach einer Masse von Bewußtheit sowohl in der theoretischen als auch in der politischen und organisatorischen Arbeit der Sozialdemokratie.

Der spontane Aufschwung der Massen in Rußland ist mit einer solchen Schnelligkeit vor sich gegangen (und geht auch jetzt noch so vor sich), daß die sozialdemokratische Jugend für die Erfüllung dieser gewaltigen Aufgaben nicht genügend geschult war. Diese mangelnde Schulung ist unser allgemeines Unglück, das Unglück

---

(2)
"Eine notwendige Voraussetzung dieser (agitatorischen) Tätigkeit ist die Zusammenfassung der bereits vorhandenen revolutionären Kräfte. Mit Propagandaarbeit in Zirkeln können sich Leute befassen, die nicht einmal eine Ahnung haben, dass der andere existiert. Das Fehlen einer Organisation wirkt sich natürlich natürlich stets auch auf die Propaganda aus, aber es macht diese nicht unmöglich. In einer Epoche starker gesellschaftlicher Gärung aber, wenn die politische Athmosphäre mit Elektrizität geladen ist und es bald hier, bald dort aus den verschiedensten Anlässen zu immer häufigeren Ausbrüchen kommt, die das Nahen des revolutionären Sturmes verkünden - kurzum, in einer Zeit, in der man agitieren muss oder man hat das Nachsehen, können nur organisierte revolutionäre Kräfte einen wesentlichen Einfluss auf den Gang der Ereignisse ausüben. Der einzelne wird dann machtlos, dem revolutionären Werk gewachsen sind nur Einheiten höherer Ordnung: revolutionäre Organisationen."

(G. Plechanow, Die Aufgaben der Sozialisten im Kampf gegen die Hungersnot, Zit. Lenin, Vorwort zu der Broschüre 'Die Maitage in Charkow', W 4, S.358 f.)

aller russischen Sozialdemokraten. Der Aufschwung der Massen ist unaufhörlich und kontinuierlich vorwärts und in die Breite gegangen, wobei er dort, wo er begonnen hat, nicht nur nicht aufhört, sondern immer neue Gegenden und neue Bevölkerungsschichten erfaßt (unter dem Einfluß der Arbeiterbeweung ist die Gärung in der studierenden Jugend, in der Intelligenz überhaupt und sogar in der Bauernschaft stärker geworden). Die Revolutionäre aber sind hinter diesem Aufschwung sowohl in ihren "Theorien" als auch in ihrem Wirken zurückgeblieben, und es ist ihnen nicht gelungen, eine stetige und kontinuierliche Organisation zu schaffen, die fähig wäre, die ganze Bewegung zu leiten" (S.187). Diese Leitung ist dringend nötig, denn die "spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung führt eben zu ihrer Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie", "denn spontane Arbeiterbewegung ist Trade-Unionismus, ist Nur-Gewerkschaftlerei, Trade-Unionismus aber bedeutet eben ideologische Versklavung der Arbeiter durch die Bourgeoisie. Darum besteht unsere Aufgabe, die Aufgabe der Sozialdemokratie, im Kampf gegen die Spontaneität, sie besteht darin, die Arbeiterbewegung von dem spontanen Streben des Trade-Unionismus, sich unter die Fittiche der Bourgeoisie zu begeben, abzubringen und sie unter die Fittiche der revolutionären Sozialdemokratie zu bringen" (S.175; vgl.S.177, Anm.1).

Kampf gegen die Spontaneität heißt Aufklärung über die wirklichen Interessen der Arbeiterklasse, die nicht durch den ökonomischen Kampf innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft befriedigt werden können, sondern nur durch die politische Zerschlagung des kapitalistischen Staates: "Aus dem Umstand, daß die wirtschaftlichen Interessen eine entscheidende Rolle spielen, ist keineswegs zu folgern, daß der wirtschaftliche (=gewerkschaftliche) Kampf von ausschlaggebender Bedeutung sei, denn die wesentlichsten, "entscheidenden" Interessen der Klassen können nur durch radikale politische Umgestaltungen befriedigt werden; insbesondere kann das grundlegende wirtschaftliche Interesse des Proletariats nur durch eine politische Revolution befriedigt werden, die die Diktatur der Bourgeoisie durch die Diktatur des Proletariats ersetzt" (S.181, Anm.1). Daraus folgt die "Organisierung allseitiger politischer Enthüllungen" als eine der "wichtigsten Funktionen der gesamten internationalen Sozialdemokratie, denn auch die politische Freiheit beseitigt keineswegs die Sphäre, auf die diese Enthüllungen gerichtet sind, sondern verschiebt sie nur" (S.202). Die Anbeter der Spontaneität verzichten auf diese Aufgabe und zeigen damit, auf was ihre Politik letztlich hinausläuft: die Reduktion der revolutionären Organisation auf wirtschaftliche Interessenvertretung, der Möglichkeiten des Klassenbewußtseins auf seinen augenblicklichen Stand:

"Wer die Aufmerksamkeit, die Beobachtungsgabe und das Bewußtsein der Arbeiterklasse ausschließlich oder auch nur vorwiegend auf sie selber lenkt, der ist kein Sozialdemokrat, denn die Selbsterkenntnis der Arbeiterklasse ist untrennbar verbunden mit der absoluten Klarheit nicht nur der theoretischen ... sogar richtiger gesagt: nicht so sehr der theoretischen als vielmehr der durch die Erfahrung despolitischen Lebens erarbeiteten Vorstellungen von den Wechselbeziehungen aller Klassen der modernen Gesellschaft" (S.203). Genausowenig wie die revolutionäre Organisation die Agitation in der Arbeiterklasse auf ökonomische Fragen oder auf den Versuch ökonomische Konflikte zu politisieren reduzieren darf, genausowenig darf sie ihre Agitation auf die Arbeiterklasse beschränken: "das politische Klassenbewußtsein kann dem Arbeiter nur von außen gebracht werden, das heißt aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, sind die Beziehungen aller Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, sind die Wechselbeziehungen zwischen sämtlichen Klassen. Deshalb darf man auf die Frage: Was ist zu tun, um den Arbeitern politisches Wissen zu vermitteln? - nicht allein die Antwort geben, mit der sich in den meisten Fällen die Praktiker begnügen - von den Praktikern, die zum Ökonomismus neigen, ganz zu schweigen -, nämlich die Antwort: 'Zu den Arbeitern gehen'. Um den Arbeitern politisches Wissen zu vermitteln, müssen die Sozialdemokraten in alle Klassen der Bevölkerung gehen, müssen sie die Abteilungen ihrer Armee in alle Richtungen aussenden" (S.211 f.).

Damit ist auch geklärt, was Lenin meint, wenn er sagt, das politische Klassenbewußtsein könne den Arbeitern bloß von außen gebracht werden: das politische Klassenbewußtsein ist Totalitätsbewußtsein und entwickelt sich nicht spontan aus den ökonomischen Kämpfen, sondern wird zunächst von revolutionären Intellektuellen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, entwickelt. Die Arbeiter müssen ihre spontane Ansicht der Gesellschaft auf die Stufe dieses Bewußtseins heben. Wenn Lenin sagt: "Die spontane Arbeiterbewegung ist an und für sich nur fähig, Trade-Unionionismus hervorzubringen (und bringt ihn auch unvermeidlich hervor), die trade-unionistische Politik der Arbeiterklasse ist aber eben bürgerliche Politik der Arbeiterklasse", dann meint er, daß die Arbeiterbewegung einer Führung bedarf, die unabhängig von ihrer Herkunft, durch die revolutionäre Theorie und die richtige politische Linie, der Arbeiterbewegung zum Bewußtsein ihrer selbst verhilft und damit ihre trade-unionistische Spontaneität in politisches Klassenbewußtsein verwandelt. Dieser Bewußtwerdungsprozeß der Arbeiterbewegung bedeutet zwar soziologisch die Verbindung der revolutionären Intelligenz mit der Arbeiterklasse, inhaltlich aber die Aneignung der proletarischen Ideologie durch das Proletariat. Organisatorisch verlangt dieser Prozeß die Schaffung der revolutionären Avantgarde, die nicht herkunftsmäßig sondern inhaltlich durch die Ausarbeitung der richtigen Theorie und der richtigen politischen Linie bestimmt ist, und die Anerkennung dieser Avantgarde durch das Proletariat aufgrund eigener Erfahrung. Dieser Prozeß hat die Afhebung der Differenz zwischen Avantgarde und Klasse zum Ziel, deren Fortschritt

in der Verankerung der Avantgarde in den Massen bemessen werden kann. In dem Maße wie die Organisation der Berufsrevolutionäre tatsächlich die Führung der Klassenkämpfe zu übernehmen in der Lage ist, verändert sich ihr Verhältnis zur Klasse, allerdings nicht in dem sie auf deren Spontaneität heruntersteigt, sondern indem sie diese Spontaneität zunehmend in das politische Klassenbewußtsein des Proletariats verwandelt. Der erste Schritt in dieser Richtung ist die Verwandlung der Organisation der Berufsrevolutionäre in die "demokratische Organisation der Arbeiterpartei", die die Bolschewiki im November 1905 ankündigten. Die Organisation der Berufsrevolutionäre, die Lenin in "Was tun" vertrat, war deren Voraussetzung nicht ihre Verwirklichung. Die "Organisation der Berufsrevolutionäre" ist eine historisch bestimmte Form der Partei des Proletariats. Lenin hat sie später ausdrücklich als "Entwicklungsabschnitt unserer Partei" bezeichnet, ihre historische Notwendigkeit betont, und jene Kritiker abgewiesen, die von dieser historischen Bedingtheit abstrahierten. 1907 schreibt er in dem Vorwort zum Sammelband "Zwölf Jahre": "Der Grundfehler jener, die heute gegen 'Was tun?' polemisieren, ist der, daß sie dieses Werk aus dem Zusammenhang eines bestimmten historischen Milieus, einer bestimmten, jetzt schon längst vergangenen Entwicklungsperiode unserer Partei völlig herausreißen. Diesen Fehler offenbarte anschaulich zum Beispiel Parvus (ich spreche schon gar nicht von den zahlreichen Menschewiki), der viele Jahre nach Erscheinen der Broschüre ihre Gedanken über die Organisation von Berufsrevolutionären als falsch oder übertrieben bezeichnete. Gegenwärtig machen solche Behauptungen einen direkt komischen Eindruck: als wollten die Menschen einen ganzen Entwicklungsabschnitt unserer Partei ignorieren, all die Errungenschaften, die zu ihrer Zeit Kämpfe kosteten, jetzt aber längst gesichert sind und ihren Zweck erfüllt haben" (Gegen den Revisionismus, S. 95).

Lenin nimmt den Gedanken der Organisation der Berufsrevolutionäre nicht zurück, sondern konstatiert, "daß heute die Idee der Organisation von Berufsrevolutionären bereits einen vollen Sieg errungen hat" (ebd. S. 95 f.). Nur die Grundlagen, die 1902 ff. gelegt worden seien, hätten die "Geschlossenheit, Festigkeit und Widerstandsfähigkeit" der Partei ermöglicht:

"Die Grundvoraussetzung für diesen Erfolg war natürlich der Umstand, daß die Arbeiterklasse, von deren Elite die Sozialdemokratie geschaffen wurde, kraft objektiver wirtschaftlicher Ursachen sich unter allen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft durch die größte Fähigkeit zur Organisation auszeichnet. Ohne diese Vorbedingung wäre die Organisation von Berufsrevolutionären eine Spielerei, ein Abenteuer, ein bloßes Aushängeschild gewesen, und die Broschüre "Was tun?" betont immer wieder, daß die von ihr befürwortete Organisation nur Sinn hat im Zusammenhang mit der 'wirklich revolutionären und elementar sich zum Kampf erhebenden Klasse'. Doch das objektiv im Proletariat vorhandene Maximum an Fähigkeit, sich als Klasse zusammenzuschließen, wird durch lebendige Menschen, und zwar nicht anders als in bestimmten Formen der Organisation verwirklicht. Keine andere Organisation außer der 'Iskra' wäre unter unseren historischen Verhältnissen, im Rußland der Jahre 1900-1905, imstande gewesen, eine solche sozialdemokratische Arbeiterpartei zu schaffen wie die jetzt tatsächlich geschaffene. Der Berufsrevolutionär hat seine Aufgabe in der Geschichte des russischen proletarischen Sozialismus erfüllt. Und keine Kraft kann heute mehr diese Arbeit zerstören, die längst über den engen Rahmen der 'Zirkel' der Jahre 1902-1905 hinausgewachsen ist; keine verspäteten Klagen darüber, daß die Kampfaufgaben von denen übertrieben wurden, die seinerzeit nur durch Kampf den richtigen Weg zur Erfüllung dieser Aufgaben sichern konnten, werden die Bedeutung der schon gemachten Eroberungen erschüttern" (a.a.O. S. 97 f.).

Die Organisation der Berufsrevolutionäre war die spezifische Antwort auf eine Situation, in der es sich erwiesen hatte, "daß wir unserer Aufgabe nicht gewachsen waren, daß die Aktivität der Arbeitermassen größer war als unsere Aktivität, daß wir nicht über genügend geschulte revolutionäre Führer und Organisatoren verfügten, die die Stimmung in allen oppositionellen Schichten gut gekannt und es verstanden hätten, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen ..." (Was tun?, AWI, S. 227). Es kam also gerade nicht darauf an, die Spontaneität der Arbeiterklasse anzubeten, "ehrfurchtsvoll (nach einem Ausdruck Plechanows) das 'Hinterteil' des Proletariats" zu betrachten, sondern die Handwerkelei in der Organisationsarbeit, die die Kehrseite der Anbetung der Spontaneität war, in der Organisation der Berufsrevolutionäre zu überwinden und die proletarische Partei zu ermöglichen, "weil diese spontan erwachende Masse auch aus ihrer Mitte in immer größerer Zahl "Berufsrevolutionäre" hervorbringen wird (wenn wir uns nicht darauf versteifen, den Arbeiter in allen Tonarten zu predigen, daß sie auf der Stelle treten müssen)". Die selbständige Organisation der Avantgarde war nötig, um zwischen den revolutionären Zielen des Kommunismus und der Spontaneität der Arbeiterklasse zu vermitteln, statt diese dem Einfluß der Bourgeoisie auszuliefern und damit die Ausbildung des politischen Klassenbewußtseins zu sabotieren. Diese Organisation der Revolutionäre setzte die Überwindung des "Zirkelwesens" voraus, das die russische Sozialdemokratie damals bestimmte und die Bekämpfung der Ökonomisten. Zierkelwesen und Richtungskampf bedingten die Schärfe der Leninschen Polemik: "Wie mir erinnerlich, machte Parvus später der alten 'Iskra' den Vernichtungskampf gegen die Zirkel zum Vorwurf und predigte nachträglich eine Versöhnungspolitik. Doch so etwas ist hinterher leicht zu sagen, und wer das tut, zeigt, daß er die damalige Situation nicht versteht. Erstens gab es kein Kriterium für die Kraft und für die Bedeutung dieser oder jener Zirkel. Viele Zirkel waren Bluff; heute sind sie längst vergessen; zu ihrer Zeit aber wollten sie durch den Kampf ihre Existenzberechtigung erweisen.. Zweitens bezogen sich die

Meinungsverschiedenheiten zwischen den Zirkeln darauf, welche Richtung der damals noch neuen Arbeit gegeben werden sollte. Ich hob auch damals schon (in 'Was tun?') hervor, daß die Meinungsverschiedenheiten zwar klein schienen, in Wirklichkeit aber eine ungeheuere Bedeutung hätten, denn zu Beginn der neuen Arbeit, zu Beginn der sozialdemokratischen Bewegung werde sich die Bestimmung des allgemeinen Charakters dieser Arbeit und dieser Bewegung ganz wesentlich in der Propaganda, Agitation und Organisation auswirken. Alle späteren Streitigkeiten zwischen den Sozialdemokraten galten der Frage, welche Richtung die politische Tätigkeit der Arbeiterpartei in diesem und jenem Einzelfall einschlagen sollte. Damals aber handelte es sich darum, die allgemeinsten Grundlagen und die grundlegenden Aufgaben jeder sozialdemokratischen Politik überhaupt zu bestimmen" (Gegen den Revisionismus, S. 99f).

Gerade der Versuch die Organisation der Revolutionäre zu schaffen, führte dann zur Spaltung in Menschewisten und Bolschewisten, wobei sich die Spaltung zunächst aus den Differenzen in Organisationsfragen ergab.

V. Organisatorischer Opportunismus und Intellektuellen - Individualismus

Der 2. Parteitag hatte durch die Vereinigung der sozialdemokratischen Intelligenz mit den bewußtesten Teilen der Arbeiterbewegung den festen Kern einer Partei bilden sollen, die um eine gesamtrussische Zeitung organisiert, sich durch allseitige Propaganda und Agitation fest mit der Arbeiterklasse verbünden sollte. Die ideologische Vereinigung, die im Kampf gegen jene Richtungen, die diese Vereinigung sabotierten, den Ökonomismus und den Terrorismus, durch die dreijährige Arbeit der Iskra herzustellen versucht worden war, erwies sich jedoch als nicht ausreichend, um diese Organisation als Organisation aller Sozialdemokraten praktisch herzustellen. Ein Teil der Iskristen schlug sich (vor allem) in der Frage des Statuts auf die Seite der ökonomistischen Minderheit. Dieser Fraktion gelang es nach dem Parteitag mit Hilfe Plechanows das ZO in die Hand zu bekommen. Die ideologische Trennung, die die ideologische Vereinheitlichung herstellen sollte, wurde zur organisatorischen Trennung der Menschewiki und der Bolschewiki. Es hatte sich herausgestellt, daß ein Teil jener sozialdemokratischen Intellektuellen, die fest auf dem Boden der Vereinigung von Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung zu stehen schienen, in dem Augenblick ausscherten und auf den Boden des "Intellektuellen-Individualismus" (Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, AW I, S. 458) zurückkehrten, als es galt diese Vereinigung organisatorisch zu fixieren. Lenin, der bisher kompromißlos gegen die ökonomistischen und terroristischen Saboteure dieser Vereinigung gekämpft hatte, sah, daß auch unter jenen sozialdemokratischen Intellektuellen, die ideologisch seinen Standpunkt zu teilen schienen, in dem Moment opportunistische Tendenzen sich zeigten, als aus diesem Standpunkt die organisatorischen Konsequenzen gezogen werden sollten. Der Schritt von der ideologischen Propaganda der Vereinigung der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung zur organisatorischen Verwirklichung dieser Vereinigung, erwies sich als der entscheidende Prüfstein dafür, inwieweit sich die sozialdemokratischen Intellektuellen tatsächlich von ihrer Herkunft getrennt hatten, inwieweit sie nicht bloß Marxisten in Worten, sondern Marxisten der Tat waren. Gegenüber dem bürgerlichen "Intellektuellen-Individualismus" appellierte Lenin an die proletarische Disziplin, ohne in jene grundsätzliche Intellektuellenfeindlichkeit zu verfallen, hinter der der Ökonomismus seine bürgerlichen Ziele verbarg: "Hier kann und muß der Proletarier, der durch die Schule der 'Fabrik' gegangen ist, dem anarchistischen Individualismus eine Lehre erteilen. Der klassenbewußte Arbeiter hat längst jene Säuglingszeit überwunden, in welcher er den Intellektuellen als solchen mied. Der klassenbewußte Arbeiter weiß jenen reicheren Wissensschatz, jenen weiteren politischen Gesichtskreis, den er bei sozialdemokratischen Intellektuellen findet, zu schätzen. Aber in dem Maße, wie sich bei uns eine wirkliche Partei herausbildet, muß der klassenbewußte Arbeiter lernen, die Mentalität eines Soldaten der proletarischen Armee von der Mentalität eines bürgerlichen Intellektuellen zu unterscheiden, der mit anarchistischen Phrasen prunkt, er muß lernen die Pflichten eines Parteimitgliedes nicht nur von den einfachen Mitgliedern, sondern auch von den 'Leuten an der Spitze' zu fordern, er muß lernen, der Nachtrabpolitik in organisatorischen Fragen mit derselben Verachtung zu begegnen, mit der er in vergangenen Jahren der Nachtrabpolitik in taktischen Fragen begegnet ist!" (a.a.O. S. 493 f.).

Aus der Erfahrung des "Intellektuellen-Individualismus" als letztem Ausdruck der Klassenherkunft auch jener sozialistischen Intellektuellen, die sich völlig von der bürgerlichen Ideologie befreit zu haben schienen, zog Lenin folgende Konsequenz: bewußte Abspaltung der Elemente, die sich der proletarischen Disziplin nicht beugen wollten und deren mangelnde Bereitschaft zur Disziplin zwangsläufig der ganzen bürgerlichen Ideologie wieder Tor und Tür öffnen mußte, obwohl sie sich zunächst "nur" als organisatorischer Opportunismus äußerte, nachdem der Ökonomismus als Erscheinungsform des Opportunismus in der Taktik durch den Kampf der 'Iskra' völlig diskreditiert war. In der Polemik gegen Martow nach dem Parteitag schreibt Lenin:

"Das Proletariat fürchtet die Organisation und die Disziplin nicht (...) Das Proletariat wird keinen Finger dafür rühren, daß die Herren Professoren und Gymnasiasten, die keiner Organisation beitreten wollen (und denen Martow dennoch die Parteimitgliedschaft zugestehen wollte, Anm. d. Verf.), als Parteimitglieder anerkannt werden, nur weil sie unter der Kontrolle einer Organisation arbeiten (...) Nicht dem Proletariat, sondern manchen Intellektuellen in unserer Partei mangelt es an Selbsterziehung im Geiste der Organisation und der Disziplin." (zit. AW I, S. 488).

Die Partei, die gerade durch die Verschmelzung von

marxistischer Theorie und Arbeiterbewegung, von sozialistischer Intelligenz und Arbeiterintelligenz geschaffen wurde, mußte vor den Fehlern der Intelligenz bewahrt werden, die "als besondere Schicht der modernen kapitalistischen Gesellschaft im großen und ganzen gerade durch den Individualismus und die Unfähigkeit zur Disziplin und Organisation gekennzeichnet ist." (zit. AW I. S.376).
In der Partei mußte deshalb ein Übergewicht der Intellektuellen verhindert werden. Die Intellektuellen und Arbeiter wurden in einheitlichen Komitees organisiert, die Arbeiter aber mußten zunehmend zu Führungsaufgaben herangezogen werden: "Es darf nur ein Komitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands geben, und ihm müssen politisch vollauf bewußte Sozialdemokraten angehören, die sich ganz der sozialdemokratischen Tätigkeit widmen. Man soll sich besonders darum bemühen, daß möglichst viele Arbeiter zu politisch vollauf bewußten Berufsrevolutionären werden und ins Komitee kommen (...) Dem Komitee (d.i. die örtliche Leitung) müssen daher nach Möglichkeit alle bedeutenden Führer der Arbeiterbewegung aus der Mitte der Arbeiterschaft selbst angehören ..." (Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben, 1904, W 6, S.229). Auf dem 3. Parteitag der SDAPR 1905 trat Lenin für ein Verhältnis von 8 Arbeitern auf 2 Intellektuelle ein und legte in einer Resolution den Vorschlag vor, der "noch einmal an die Aufgaben der bewußten Anhänger der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei" erinnern sollte; "mit allen Kräften die Verbindung der Partei mit der Klasse der Arbeiter zu festigen, immer breitere Schichten von Proletariern und Halbproletariern zu vollem sozialdemokratischen Bewußtsein emporzuheben, ihre revolutionäre Selbsttätigkeit zu entwickeln und dafür zu sorgen, daß die Arbeiterklasse eine möglichst große Zahl von Arbeitern hervorbringt, die befähigt sind, die Bewegung und die Organisationen der Partei zu leiten, sowohl als Mitglieder der lokalen Zentralstellen als auch der Zentralleitung der gesamten Partei; möglichst viele

AN DIE MITTELSCHÜLER

Wir begrüßen von ganzem Herzen die energische Initiative der Schüler und möchten ihnen unsererseits folgenden kameradschaftlichen Ratschlag geben. Seid bestrebt, zum Hauptziel eurer Organisation die Selbstschulung zu machen, damit ihr zu überzeugten, standhaften und konsequenten Sozialdemokraten werdet. Trennt so streng wie möglich diese äusserst wichtige und notwendige Vorbereitungsarbeit von der unmittelbaren praktischen Tätigkeit. Seid bestrebt, beim Eintritt (und vor dem Eintritt) in die kämpfende Armee die engsten (und konspirativsten) Verbindungen mit einer örtlichen oder der gesamtrussischen sozialdemokratischen Organisation anzuknüpfen, damit ihr die Arbeit nicht isoliert aufzunehmen braucht, damit ihr schon nicht mehr von vorne beginnen müsst, sondern das bereits früher Geleistete fortsetzen, euch sofort in Reih und Glied einordnen und die Bewegung vorwärtstreiben könnt, um sie auf eine höhere Stufe zu heben.

unserer Partei angehörenden Arbeiterorganisationen zu schaffen; danach zu streben, daß die Arbeiterorganisationen, die der Partei nicht beitreten wollen oder keine Möglichkeit dazu haben, sich wenigstens an die Partei anschließen."(W8, S.4o7) Kurze Zeit später nach dem neuen Aufschwung spontaner Massenstreiks, stellt er fest: "Ich habe auf dem III. Parteitag den Wunsch ausgesprochen, daß in den Parteikomitees auf etwa acht Arbeiter zwei Intellektuelle kommen sollen. Wie veraltet ist dieser Wunsch! Jetzt wäre es zu wünschen, daß in den neuen Parteiorganisationen auf ein Parteimitglied der sozialdemokratischen Intelligenz einige hundert Arbeiter kommen." (Über die Reorganisation der Partei, 1905, W 10, S. 20, Anm.) Gegen die Gegner einer Öffnung der Partei, die von dem Massenzustrom eine Gefährdung der politischen Linie befürchteten, argumentierte er: "Die Arbeiterklasse ist instinktiv und spontan sozialdemokratisch, und die mehr als 10-jährige Arbeit der Sozialdemokratie hat schon sehr, sehr viel dazu beigetragen, diese spontane in eine bewusste Einstellung zu verwandeln." (3) Lenin sah die Hauptaufgabe darin, diese neu politisierten proletarischen Elemente an die Partei heranzuziehen und sie in ihre Organisationen einzugliedern. Der Massenzustrom aus der Arbeiterklasse änderte die bisherigen Bedingungen der Organisation selbst: " Die früheren formellen Prärogativen verlieren jetzt unvermeidlich ihre Bedeutung, und es ist oft notwendig, wieder von Anfang an zu beginnen und den breiten Schichten der Parteigenossen die große Wichtigkeit eines konsequenten sozialdemokratischen Programms, einer konsequenten Taktik und Organisation zu beweisen. Man darf nicht vergessen, dass wir es bisher allzuoft mit Revolutionären zu tun hatten, die nur aus einer bestimmten sozialen Schicht hervorgingen, während wir es jetzt mit typischen Vertretern der Massen zu tun haben werden. Diese Veränderung erfordert eine Änderung unserer Methoden nicht nur der Propaganda und Agitation (...) Die neue Form der Organisation oder, richtiger gesagt, die neue Form der grundlegenden Organisationszelle der Arbeiterpartei muss im Vergleich zu den Zirkeln unbedingt breiter sein. Vermutlich wird die neue Zelle ausserdem eine weniger straffe, eine

(3) Diese Auffassung der Spontaneität der Arbeiterklasse ist keine Revision der Auffassung, die Lenin in "Was tun?" vertreten hatte. Schon in "Was tun?" hatte er gegen die Anbeter der Spontaneität zwar den "Kampf gegen die Spontaneität" proklamiert, selbstverständlich aber gleichzeitig den wesentlichen Zusammenhang zwischen der Lage des Proletariats und der marxistischen Theorie betont, der subjektiv als politisches Klassenbewusstsein sich nicht spontan herstellt, sondern in der Dialektik von Spontaneität und Bewusstheit durch die Partei und ihre Propaganda und Agitation in den Massen hervorgebracht werden muß.

mehr "freie" mehr "lose" Organisation sein müssen." (a.a.O., S.18). Das Prinzip der Verschmelzung mit den Massen verlangte eine Umgruppierung der Parteiintelligenz (4), verlangte den endgültigen Übergang zur Massenagitation und stellte das Problem von Spontaneität und Bewusstheit, von Avantgarde und Klasse auf neuer Stufe. Der marxistische Vortrupp, der durch die Verschmelzung von revolutionärer Intelligenz und dem bewusstesten Teilen der Arbeiterklasse in politischen Richtungskämpfen geschaffen worden war, musste sich als Führung in den Massenkämpfen bewähren. Die Frühphase der Parteibildung, die durch Erarbeitung der richtigen Theorie, der taktischen und organisatorischen Prinzipien bestimmt war, war abgeschlossen.

Der Aufbau der bolschewistischen Partei als der Vereinigung der sozialdemokratischen Intellektuellen mit der Arbeiterintelligenz und ihrer festen Verankerung in der Arbeiterbewegung, war begleitet von einem ständigen Spaltungsprozess innerhalb der damaligen revolutionären Intelligenz Russlands. Die Vertreter der marxistischen Theorie sammelten sich in einer scharfen und langjährigen Polemik gegen die Volkstümler, deren kleinbürgerlichen Klassenstandpunkt sie klar herausarbeiteten und entlarvten. Die theoretische Einheit der sozialdemokratischen Intelligenz zerbrach in der Frage auf dem Boden welcher Taktik die Vereinigung von Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung vollzogen werden müsse: auf dem Boden der Anbetung der Spontaneität und des Verzichts auf die revolutionären Aufgaben der Sozialdemokratie und damit letztlich des Verzichts auf diese Vereinigung selbst, oder auf dem Boden des revolutionären Marxismus, des systematischen Primats der Politik und der selbständigen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Als der Teil der sozialdemokratischen Intelligenz, der die zweite Alternative ideologisch vertrat, aus ihr die organisatorischen Konsequenzen zu ziehen hatte, kam es zu einer weiteren Spaltung, die die Geschichte der russischen Revolution bestimmte: der Spaltung zwischen den Menschewiki und den Bolschewiki, der Spaltung über die Frage ob der bürgerliche Individualismus oder die proletarische Disziplin die weitere Arbeit bestimmen sollte. Aber die Einheit von revolutionärer Intelligenz und Arbeiterbewegung ist bloß möglich auf dem Boden der marxistischen Theorie, des systematischen Primats der Politik und der proletarischen Organisation und so stiess der Prozess der Vereinigung von revolutionärer Intelligenz und Arbeiterbewegung immer mehr Intellektuelle von sich ab, die bloß theoretisch "Marxisten" waren, bloß theoretisch für die Vereinigung der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung, tatsächlich aber für die Unterordnung der Arbeiterbewegung unter die Bourgeoisie waren, bloß theoretisch die selbständige sozialdemokratische Arbeiterpartei für die richtige Form dieser Vereinigung hielten, praktisch aber das Zirkelwesen verteidigten.

"Man sagt oft: Die Arbeiterklasse fühlt sich spontan zum Sozialismus hingezogen. Das ist vollkommen richtig in dem Sinne, dass die sozialistische Theorie tiefer und richtiger als jede andere die Ursachen des Elends der Arbeiterklasse aufzeigt; darum wird sie von den Arbeitern auch so leicht erfasst, falls diese Theorie nur selber vor der Spontaneität nicht die Segel streicht, falls sie sich die Spontaneität unterordnet. (...) Die Arbeiterklasse fühlt sich spontan zum Sozialismus hingezogen, aber die am weitesten (und in den mannigfaltigsten Formen ständig wieder auferstehende)bürgerliche Ideologie drängt sich trotzdem spontan dem Arbeiter am meisten auf." (Was tun?, AW 1, S. 177)

Joscha Schmierer

(4) "Jetzt ist es so, dass die Wirkung der sozialistischen Ideen auf die Massen des Proletariats Wege einschlägt und einschlagen wird, die wir häufig gar nicht verfolgen können. Dementsprechend wird es notwendig sein, für eine richtigere Verteilung der sozialdemokratischen Intelligenz zu sorgen, damit sie sich nicht dort drängelt, wo die Bewegung schon auf eigenen Füssen steht, wenn man sich so ausdrücken darf, mit eigenen Kräften auskommt, sondern "nach unten" geht, wo die Arbeit schwieriger ist, die Bedingungen härter sind und erfahrene und kenntnisreiche Menschen dringend gebraucht werden, wo es bedeutend weniger Lichtquellen gibt und das politische Leben schwächer pulsiert" (a.a.O., S. 20).

Die Einschätzung der Mitbestimmung in «Imperialismus heute» und «Kritik der Mitbestimmung»

Autorenkollektiv: Hemberger, Maier, Petrak, Reinhold, Schwank, IMPERIALISMUS HEUTE, Berlin (DDR) 1968, 5. Aufl. (zitiert: Ih)

Autorenkollektiv: Deppe, v. Freyberg, Kievenheim, Meyer, Werkmeister, KRITIK DER MITBESTIMMUNG, Frankfurt/M 1969. (zitiert: KdM)

Vorbemerkung:

Der folgende Artikel versucht Ansatzpunkte für eine Einschätzung der Mitbestimmung durch Darstellung und Kritik der in den obengenannten Büchern entworfenen Strategien zu gewinnen. Deshalb ist dem Referat der Positionen von "Imperialismus heute" und "Kritik der Mitbestimmung" jeweils zu Beginn der Abschnitte viel Platz eingeräumt.

I. Die Analyse von "Imperialismus Heute".

1.) Die neue Rolle des Staates

In einem Gespräch mit H.G. Wells sagte Stalin 1934 über den kapitalistischen Staat und seine Funktionen: "Das ist eine Einrichtung zur Organisierung der Landesverteidigung, zur Organisierung des Schutzes der "Ordnung", ein Apparat zur Steuereintreibung. Die Wirtschaft im eigentlichen Sinne dagegen berührt den kapitalistischen Staat wenig, sie ist nicht in seinen Händen. Im Gegenteil, der Staat befindet sich in den Händen der kapitalistischen Wirtschaft." (Ih 162 Anm. 4). Die Verfasser von "Imperialismus heute" führen dieses Stalin-Zitat als Beleg für eine falsche Auffassung der Rolle des Staates im Spätkapitalismus an. Stalin charakterisierte richtig die Funktion des bürgerlichen Staates, für die Analyse des Staates im Spätkapitalismus seien diese Bestimmungen aber deshalb nicht mehr brauchbar, weil sie der ökonomischen Tätigkeit des Staates nicht Rechnung tragen. Der Staat hat zwar zu allen Zeiten die Entwicklung des Kapitalismus befördern müssen, in der Phase des monopolistischen Kapitalismus aber sind die Eingriffe des Staates in die Ökonomie zu einer ständigen und notwendigen Erscheinung geworden. Hatten solche Eingriffe früher den Charakter des außerökonomischen Zwanges (Kontingentierungen, Verbote, Zwangskartellierungen) und waren nur zeitweilig wirksam, "so besteht das Wesentliche der heutigen Lage darin, dass die staatliche Tätigkeit auf längere Sicht berechnet in die ökonomischen Prozesse unmittelbar eingebaut und organisch aufs engste mit ihnen verbunden ist". (Ih 142)

Die zunehmende ökonomische Tätigkeit des Staates ist bedingt durch den Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus. Die ökonomischen Hauptursachen, die ständige Eingriffe des Staates in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess notwendig machen, sind: (Ih 147 ff.)

1. Der Grundwiderspruch des Kapitalismus, der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung der Produktion zum Zwecke neuer Kapitalverwertung, verschärft sich mit der Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Die Notwendigkeit, die Produktivkräfte entwickeln zu müssen, zwingt die Kapitalisten, dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion durch neue Formen der Organisation Rechnung zu tragen. "Mit Hilfe des Staates wollen sie im Interesse ihres Profit- und Machtstrebens dem Druck der ihrem Gesellschaftssystem schon entwachsenen Produktivkräfte Rechnung tragen." (Ih 148)
   Der Staat muss dabei in vielfacher Hinsicht die Bedingungen der Kapitalverwertung im Sinne der Monopole günstig gestalten. Er muss kostspielige Forschung finanzieren, er muss die Kosten für die Entwicklung der Infrastruktur tragen, er muss Investitionen auf wenig rentablen Gebieten tätigen, der Staat muss schliesslich Massnahmen zur Regelung der inneren und äusseren Marktbeziehungen im Sinne der Monopole ergreifen.
2. Besonders die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems macht den regulierenden Staatseingriff zur ständigen Notwendigkeit. Zur Sicherung des politischen Herrschaftssystems werden von Seiten des Staates Antikrisenmassnahmen, vor allem in Gestalt der staatlichen Konjunkturpolitikeingeleitet, die zwar die Widersprüche des Kapitalismus nicht zu lösen vermögen, die Krisenform aber in der Weise beeinflussen, dass politische Erschütterungen, wie etwa noch 1929, nicht mit den Krisen verbunden sind. (Dazu das ganze 4. Kapitel von Ih).
3. Die Verschärfung der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung der kapitalistischen Länder und des Konkurrenzkampfes zwischen ihnen sowie die Zuspitzung des Marktproblems für Waren- und Kapitalexport machen ebenfalls ständige staatliche Massnahmen zugunsten der Monopole notwendig. (Ih 151)
4. Auch die neokolonialistischen Formen der Expansion sind Ursache staatlicher Regulierung der Ökonomie.

Diese ökonomischen Ursachen der staatlichen Tätigkeit in der Sphäre der gesellschaftlichen Reproduktion finden gleichzeitig ihren politischen Ausdruck in der Sorge der Kapitalisten um die Erhaltung des Gesamtsystems. Vom Standpunkt der Herrschaftssicherung werden dabei alle die staatlichen ökonomischen Maßnahmen notwendig, die das System des "sozialen Friedens" und der sozialen Demagogie ausmachen. (Ih 153-156).

Beschleunigt wird dabei die Notwendigkeit für die Kapitalisten, auf diesem Gebiet mit Hilfe des Staates aktiv zu werden, einerseits durch den Kampf der Arbeiterklasse, andererseits durch die weltgeschichtliche Konkurrenzsituation zwischen Kapitalismus und sozialistischem Weltsystem. (Ih 138)

Alle genannten Faktoren führen zu der für das gegewärtige Stadium des Kapitalismus charakteristischen "Verschmelzung der ökonomischen Potenzen von Monopolen und Staat" (Ih 13), ohne die die gesellschaftliche Reproduktion nicht mehr unter kapitalistischen Bedingungen stattfinden könnte, und die von den Verfassern von "Imperialismus heute" im Anschluss an Lenin als das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus bezeichnet wird. Im "Anti-Düring" (1) hatte Engels 1878 von der Notwendigkeit gesprochen, dass der monopolistische Kapitalismus den gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte "mehr und mehr, soweit dies innerhalb des Kapitalverhältnisses überhaupt möglich", (Engels, 342) anerkennen müsse und die Vergesellschaftung der Produktivkräfte z.B. in die Form der Aktiengesellschaft vorantreiben müsse. "Aber auf einer gewissen Entwicklungsstufe genügt auch diese Form nicht mehr; (...) der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, (muß schliesslich) ihre Leitung übernehmen." (Engels 343/44). "Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften, noch die in Staatseigentum, hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. (...) Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben." (Engels 345) Im staatsmonopolistischen Kapitalismus ist dieser Zustand erreicht. Auf Grund der Analyse der ökonomischen Tätigkeit des westdeutschen Staates kommen die Verfasser von "Imperialismus heute" zu dem Ergebnis, dass in Westdeutschland der Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus vollzogen ist. (Ih 140)

Die Hauptmerkmale des staatsmonopolistischen Kapitalismus werden in "Imperialismus heute" folgendermaßen beschrieben: (S. 141-143) (z.T. wörtlich zitiert):

1. Die Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates hat sich heute endgültig zu einem festen System und einheitlichen Apparat entwickelt und bestimmt wesentlich den Funktionsmechanismus des gesamten kapitalistischen Ausbeutungsprozesses.
2. Die ökonomische Tätigkeit ist heute allumfassend und beeinflusst unmittelbar alle Bereiche des kapitalistischen Wirtschaftslebens in Westdeutschland.
3. Die staatsmonopolistische Regulierung umfasst heute auch die internationalen Wirtschaftsbeziehungen.
4. Die wirtschaftliche Tätigkeit des westdeutschen Staates ist zu einem immanenten Faktor des Reproduktionsprozesses und damit zu einer im unmittelbaren Sinne ökonomischen Potenz geworden, ohne die der kapitalistische Reproduktionsprozess nicht mehr vonstatten gehen kann.
5. Die mit dem Anwachsen der staatsmonopolistischen Regulierung bereits in früheren Etappen immer stärker hervorgetretene Tendenz zu einer "gewissen Veränderung der Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze" und der Bewegungsformen der kapitalistischen Widersprüche hat sich durchgesetzt und tritt heute offen zutage.

Besonders in den Kapiteln 3 und 4 belegen die Verfasser von "Imperialismus heute" anhand von Beispielen diese ökonomische Tätigkeit des Staates zugunsten der Monopole (öffentliche Investitionen, Staatsverbrauch und Staatsbetriebe, Steuerpolitik, Subventionen, Währungs- und Kreditpolitik). Hier soll nur zur Erläuterung der angeführten allgemeinen Bestimmungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus die regulierende Tätigkeit des Staates zur "Krisenbewältigung" kurz angeführt werden (Ih Kap. 4).

Die Verfasser von "Imperialismus heute" stellen zunächst bei der Untersuchung des wirtschaftlichen Wachstums in Westdeutschland fest, dass die wirtschaftliche Entwicklung nach wie vor von periodischen Krisenerscheinungen gekennzeichnet ist (Ih 334). Allerdings äusserten sich diese Krisenerscheinungen auf Grund der langandauernden Nachkriegskonjunktur, für die historische Gründe angegeben werden (Ih 331/332), nicht in einem absoluten Absinken der Industrieproduktion unter das Vorjahrsniveau, sondern nur in einer zyklischen Entwicklung der Wachstumsraten (Ih 334/335). Diese zyklische Entwicklung der Wachstumsraten wird dabei von Krisen- und Depressionserscheinungen in einzelnen Wirtschaftszweigen (z.B. Stahlindustrie, Steinkohlenbergbau, Teile der Textilindustrie) begleitet (Ih 335). Die Verfasser kommen zu dem Ergebnis: "Die durch zahlreiche Teilkrisen und andere Krisenerscheinungen bestimmte zyklische Entwicklung konnte nicht beseitigt werden, aber der Nachkriegszyklus unterscheidet sich in Westdeutschland wie auch in anderen imperialistischen Ländern sehr wesentlich von den Zyklen vor dem zweiten und ersten Weltkrieg, und zwar sowohl in der Form des Ablaufs, in den zeitlichen Proportionen der verschiedenen Phasen, in der Tiefe der Krise und in der Kraft des Aufschwungs, in der Art und Weise der Überwindung der Krise und auch in den Auswirkungen. Besonders nachdem die unmittelbaren Kriegsfolgen ihren Einfluss verloren haben, nachdem offensichtlich wird, welche Faktoren zeitweilig und welche ständig wirken, zeigt sich in den USA, England und immer mehr auch in Westdeutschland und anderen imperialistischen Ländern, dass der Zyklus weder einen derart stürmischen Aufschwung noch eine derart tiefe Überproduktionskrise kennt wie die Vorkriegszeit z.B. von 1929-1933, daß aber die Teilkrisen, die permanenten Krisenerscheinungen, die Zahl der Krisenausbrüche in Einzelbereichen, die Verbindung mit den Strukturkrisen und anderen nicht zyklischen Faktoren und damit die Labilität der Wirtschaft mit deren Folgen und Widersprüchen wesentlich gewachsen sind." (Ih 340)

Die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus erwächst aus dem Grundwiderspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der kapitalistischen Aneigung

(1) Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. ("Anti-Dühring"), Berlin (DDR) 1960, 13. Aufl.

der Resultate der Produktion. "Der höchstmögliche Profit als Ziel treibt die Kapitalisten zur schnellen Ausdehnung der Produktion und damit zur raschen Entwicklung der Produktivkräfte. Da die Profitproduktion auf der Ausbeutung der Arbeiter beruht, ergibt sich aber zugleich: je höher der produzierte Profit ist, (...) umso mehr wird dadurch die Kaufkraft der Massen beschränkt - nicht die absolute Größe der Kaufkraft, sondern ihre Größe im Verhältnis zur Ausdehnung der Produktion". (Ih 345).

Es entsteht daher ein Widerspruch zwischen Produktion und Kaufkraft der Massen (Produktion und Markt). Bei der krisenhaften Verschärfung dieses Widerspruchs findet der Kapitalist keine günstigen Bedingungen mehr zur Verwertung seines Kapitals vor. Gemessen an dem Maßstab der Profitmaximierung entsteht eine Überproduktion von Kapital. In der Krise wird dieser Widerspruch von Produktion und Markt zeitweilig durch Kapitalvernichtung gelöst.

Mit Hilfe des Staates suchen die Kapitalisten nun die Verwertungsbedingungen des Kapitals in ihrem Sinne zu beeinflussen und damit die Eruption der Krisen wegen der gefürchteten politischen Folgen zu vermeiden. Die Verwertungsbedingungen des Kapitals ergeben sich zum einen aus dem Ausbeutungsgrad der Arbeiterklasse, zum anderen aus den kapitalistischen Marktbedingungen. Auf beide Faktoren versuchen die Monopolisten mit Hilfe des Staates Einfluss zu nehmen. Als solche Maßnahmen werden in "Imperialismus heute" angeführt: die staatsmonopolistische Regulierung der Investitionstätigkeit (Anwachsen der staatlich finanzierten Investition, Anwachsen der staatlich begünstigten Selbstfinanzierung der industriellen Investitionen) (Ih 351 ff) und staatsmonopolistische Regulierung der Preise. (Ih 359 ff).

Diese Regulierungsmaßnahmen können zwar nicht den grundsätzlichen Widerspruch zwischen dem Streben nach einer schrankenlosen Ausdehnung der Produktion und der relativen Beschränkung der Kaufkraft der Massen aufheben, sie können aber die Form der Krise in der Weise beeinflussen, dass die Krisenhaftigkeit des monopolistischen Kapitalismus zwar in Form von Teilkrisen in einzelnen Wirtschaftsbereichen und auch besonders in Form wachsender Nichtauslastung der Produktionskapazitäten (Ih 381 ff) zu einer chronischen Erscheinung wird, Zusammenbrüche wie die der Weltwirtschaftskrise aber vermieden werden.

Welche Folgen hat die Ausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus für die Stabilität des Kapitalismus wie für den Kampf der Arbeiterklasse?

Die Verfasser von "Imperialismus heute" reden keineswegs einer unerschütterlichen Stabilität des Kapitalismus in der Phase des staatsmonopolistischen Kapitalismus das Wort. Schon an dem Beispiel staatlicher "Antikrisenmaßnahmen" konnte gezeigt werden, dass die grundlegenden Widersprüche nicht beseitigt, sondern nur in ihren Auswirkungen verlagert werden konnten. Indem auf der einen Seite der Kapitalismus durch das Eingreifen des Staates zugunsten der Monopole gefestigt werden soll, heben diese Maßnahmen doch andererseits die Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaft nicht auf, sondern verstärken diese sogar. "Gerade dadurch, dass die staatsmonopolistische Regulierung ständig die Ausbeutung erweitert, neues Kapital mobilisiert und die Herrschaft eines Häufleins Finanzmagnaten über das gesellschaftliche Gesamtkapital ausdehnt und auf eine neue Stufe hebt, schafft sie für die Produktivkräfte in den Grenzen der kapitalistischen Produktionsverhältnissen neue Entwicklungsmöglichkeiten. Allerdings wird das mit einer Vertiefung der Widersprüche und einer wachsenden Labilität des gesamten kapitalistischen Systems erkauft." (Ih 324)

Diese Labiliät äussert sich in dem Konkurrenzkampf der Monopole um den Einfluss auf den Staatsapparat, der zu widersprüchlichen staatlichen ökonomischen Maßnahmen führt (Ih 322/323), in der fortschreitenden Polarisierung der Eigentums- und Klassenverhältnisse und der Vertiefung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit (Ih 323). Sie findet ihren Ausdruck auch darin, dass das Kapital auf die regulierende Tätigkeit des Staates ständig angewiesen ist und ökonomische Kämpfe daher unmittelbaren politischen Charakter gewinnen (Ih 622), wie politische Erschütterungen ihrerseits sogleich die Ebene der gesellschaftlichen Reproduktion berühren (Ih 412). "Die in den Händen des Staates konzentrierten, immer größer werdenden ökonomischen Mittel und seine Maßnahmen sind ihrem Inhalt nach zwar kapitalistisch, besser gesagt monopolistisch, aber ihre Form als öffentliche Mittel und Maßnahmen, die gegenüber der privaten Form des Eigentums an Produktionsmitteln eine relative Selbständigkeit besitzen und über die die Privatmonopole folglich zunächst nur mittelbar verfügen, machen die ökonomischen und gesellschaftlichen Positionen der Monopolbourgeoisie in gewisser Hinsicht labiler und anfälliger." (Ih 689).

Es ist dieser Widerspruch von Form und Inhalt, an dem sich die in "Imperialismus heute" entworfenen Strategie festmacht. Ihr Konzept ist, auf einen einfachen Nenner gebracht: mit dem Staat gegen die Monopole.

2.) Der Kampf der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Die strategischen Konsequenzen, die die Verfasser von "Imperialismus heute" aus ihrer Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus ziehen, bestehen darin, dass die Arbeiterklasse die Entwicklung des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft fördern müsse, allerdings unter der Bedingung, dass sie Einfluss auf die Art der staatlichen Regulierung bekäme. Die ökonomischen Maßnahmen des Staates sollen dadurch ihren Charakter, Maßnahmen zugunsten der Monopole zu sein, einbüßen. "Heute sind die Möglichkeiten für die Arbeiterklasse größer geworden, bestimmte Zugeständnisse der Bourgeoisie dauerhaft zu sichern und auszubauen sowie solche Reformen durchzusetzen, die über den früheren üblichen Rahmen hinausgehen. Die Politik der Arbeiterklasse richtet sich also gegen das staatsmonopolistische System, aber sie fördert die Ausdehnung des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft unter der Bedingung, dass sie der Kontrolle der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten demokratischen Kräfte unterliegt." (Ih 157). Die Strategie besteht

also darin, die öffentliche Form der staatsmonopolistischen Maßnahmen gegen ihren kapitalistischen Inhalt auszuspielen, den staatlichen Maßnahmen durch "Kontrolle seitens der Arbeiter" ihren Klassencharakter zu nehmen. Der Staat soll nicht mehr als Instrument der herrschenden Klasse tätig werden können. Dieses Zurückdrängen des Einflusses der Monopole auf die staatliche Regulierungstätigkeit wird als ein Vorgehen "Schritt für Schritt" vorgestellt: "Kampf um antimonopolistische Demokratie heisst nicht zuletzt, dass nicht mehr die Monopole die ganze Gesellschaft tributpflichtig machen können, sondern die demokratischen Kräfte die Profite der Monopole zunächst beschneiden, ihr Eigentum relativ und schliesslich absolut einschränken und überwinden. Dabei können verschiedenste Formen eines demokratischen Miteigentums, sowohl eines demokratischen Staates als auch seiner Träger, eine positive Rolle spielen!" (Ih 680). Der entscheidende Hebel zur Erringung von Machtpositionen im Staat soll die "Mitbestimmung im Betrieb, Staat und Gesellschaft" (488) sein. Die Forderung nach Mitbestimmung wird sowohl aus den Notwendigkeiten des gewerkschaftlichen wie des politischen Kampfes begründet, wobei noch einmal zu betonen ist, dass unter den Bedingungen der ständigen staatlichen Regulierung der Wirtschaft sich der gewerkschaftliche Kampf "um die elementaren Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft als Ware immer stärker, unmittelbarer gegen den imperialistischen Staat richten muß" (Ih 622), also politischen Charakter annimmt.

Aufgrund der Verflochtenheit der Monopole mit den Maßnahmen des Staates wird die Forderung nach Mitbestimmung zur Notwendigkeit des ökonomischen Kampfes. Aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften kann nach "Imperialismus heute" nicht betrieben werden ohne dass "die Gewerkschaften reales Mitbestimmungsrecht auch bei wesentlichen volkswirtschaftlichen Entscheidungen erhalten, Z. B. bei der Bestimmung über die Mittel der Produktion, über Höhe und Richtung der Investitionen, über die Verwendung gesellschaftlicher Mittel durch den Staat, bei der Preis-, Steuer- und Aussenwirtschaftspolitik und bei der Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung und des internationalen Handels". (Ih 733/34). Politisch wird der Kampf um Mitbestimmung darin begründet, dass die Mitbestimmung im Betrieb, Staat und Gesellschaft die Voraussetzungen für die "Verwirklichung der demokratischen Alternative, die Voraussetzung z.B. der Abrüstungspolitik" ist. (Ih 488).

Das Angebot der Mitbestimmung in der Montanindustrie war 1947 eine Defensivmaßnahme der deutschen Kapitalisten, die von der Demontage und Konzernentflechtung seitens der Alliierten bedroht waren. In dem Maße, wie sich der Kapitalismus in Westdeutschland festigte, wurde auch die Mitbestimmung von den Kapitalisten wieder fallen gelassen, so dass das Mitbestimmungsgesetz von 1951 nur unter dem Druck von Streiks und Streikdrohungen zustande kommen konnte. Dieses Verhalten der deutschen Kapitalisten wird von den Verfassern von "Imperialismus heute" als äusserst konsequent betrachtet, "weil der revolutionäre Inhalt, den die Mitbestimmungsforderungen als möglicher und realer Hebel zur Demokratisierung und zum weiteren gesellschaftlichen Fortschritt erhalten haben, sich gegen die Allmacht der Monopole richtet." (Ih 681). Schliesslich aber ist der Kampf um Mitbestimmung nur eine "Zwischenstation bei der Erfüllung der historischen Mission der Arbeiterklasse". (Ih 737). Er ist auf die Erringung von Machtpositionen in Staat und Gesellschaft ausgerichtet und leitet die "stufenweise revolutionäre Umgestaltung" (Ih 738) ein, gemäß der sich mit der allgemeinen Labilität des Kapitalismus ausbildenden "Stabilisierung der antimonopolistischen Kräfte, vor allem der Arbeiterbewegung". (Ih 738).

Da vom Kampf um die Mitbestimmung die Rede war, ist zuletzt die Frage nach der Basis dieses Kampfes gemäss "Imperialismus heute" zu beantworten. Ausgehend von der Entwicklung der Zahl der Lohnabhängigen und von der Untersuchung der staatsmonopolistischen Massnahmen, die das schnelle Verschwinden des Mittelstandes begünstigen, kommen die Verfasser von "Imperialismus heute" zu dem Ergebnis, dass sich nicht nur der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus verschärft, "sondern auch der Widerspruch zwischen einer zahlenmäßig kleinen Schicht der größten Monopolisten und dem ganzen Volk" (Ih 606). Diese Entwicklung ist die Grundlage für die "Vereinigung der antimonopolistischen Kräfte aller Klassen und Schichten in einem breiten Volksbündnis unter Führung der Arbeiterklasse". (Ih 125). Das Ziel dieser antimonopolistischen Kräfte ist dabei Verteidigung der bürgerlichen Demokratie (Ih 728) und Sicherung des Friedens (Ih 618). "Die Überwindung des Militarismus und Imperialsimus durch den Zusammenschluss aller nationalen, friedliebenden, realistisch denkenden Kräfte aus allen Schichten und Parteien, ganz gleich welcher sozialen Stellung und welcher Weltanschauung, ist die Voraussetzung für die demokratische Entwicklung Westdeutschlands zu einem friedlichen Staat." (SED-Programm, zitiert: Ih 618).

Die fortschrittliche Richtung dieses breiten Volksbündnisses wird nach Ansicht der Verfasser von "Imperialismus heute" garantiert durch die weltgeschichtliche Konkurrenzsituation von Kapitalismus und Sozialismus, wobei das Beispiel der sozialistischen Länder immer mehr auf die unter dem Kapitalismus lebenden Volksmassen wirke und zugleich den Monopolisten die faschistische Lösung ihrer Widersprüche verbaue. Die Existenz des sozialistischen Weltsystems ist der entscheidende Angelpunkt aller strategischen Aussagen von "Imperialismus heute". Das sozialistische Weltsystem ist die Massenbasis auch des gewerkschaftlichen Kampfes: "Durch die richtige Ausnutzung der durch das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt gegebenen neuen Möglichkeiten kann auch in Westdeutschland die Arbeiterklasse jene Kraft entwickeln, um zu verhindern, dass die Lasten der staatsmonopolistischen Regierungspolitik und der Aufrüstung auf die Werktätigen abgewälzt werden und sich die Werktätigen auch einen höheren Anteil am jetzt schon vorhandenen gesellschaftlichen Reichtum, insbesondere an den großen ökonomischen Potenzen, erkämpfen, um damit im Zu-

sammenhang ihren Einfluss auf die ökonomische und politische Entwicklung auf Kosten der Monopole zu erhöhen." (Ih 419). Oder direkter: "Dass es in den vergangenen Jahren den westdeutschen Arbeitern trotz insgesamt relativ geringer direkter Streiks gelang, Erfolge zu erzielen, ist vor allem dem Einfluss des Sozialismus in der DDR zu verdanken, der die Monopole zu Konzessionen zwang." (Ih 699). Das ganze Konzept der Erringung von Machtpositionen im Staat und der Möglichkeit mit dem Staat gegen die Monopole vorgehen zu können, gründet sich auf diese These, dass das sozialistische Weltsystem die Stärke des antimonopolistischen Volksbündnisses aller friedliebenden Kräfte ausmache.

3.) Kritik an "Imperialismus heute".

Um gleich auf den zuletzt genannten Punkt einzugehen, so wird die Bedeutung der Existenz des sozialistischen Weltsystems für den Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern, besonders in Westdeutschland nicht richtig bestimmt. Es fehlt in "Imperialismus heute" jede Reflexion darauf, dass das Fortbestehen des Imperialismus auch den Sozialismus der sozialistischen Länder nicht unverändert lässt und somit keineswegs von einer einseitigen Ausstrahlung des Sozialismus ausgegangen werden kann. Der Imperialismus hat den sozialistischen Ländern ungeheure Ausgaben für Rüstung und dergleichen aufgezwungen, so dass die Realität der sozialistischen Länder in demselben Masse Anhaltspunkte für den Antikommunismus lieferte, der in "Imperialismus heute" nicht erklärt wird, wie sie möglicherweise auch mobilisierend auf "fortschrittliche Kräfte" in Westdeutschland wirkt (Ih 641).

Der Gedanke des friedlichen Wettbewerbs ist aber schon ganz defensiv. "An dem Begriff des 'Wettbewerbs' wird deutlich", schreibt U. Schmiederer (2), "welches Ausmaß die instrumentale, militaristische Orientierung am Gegner angenommen hat. Mit dem Leistungsprinzip übernimmt der Sowjetmarxismus die Maßstäbe des feindlichen Systems und setzt er das Tauschprinzip in das Zentrum der internationalen Beziehungen". (Schmiederer 73), Die Bedeutung der sozialistischen Länder kommt nicht von der Ausarbeitung einer revolutionären Strategie für die kapitalistischen Länder her in den Blick, sondern diese Strategie wird umgekehrt aus den Bedürfnissen der sozialistischen Staaten abgeleitet und ihnen untergeordnet. Deshalb spielt der "Wettkampf der beiden Weltsysteme" die zentrale Rolle in dieser Analyse, die sich als "Rechtfertigungsideologie der sozialistischen Länder" (Rabehl (3) 75) herausstellt. Tatsächlich werden für Aussagen über die Kraft des Beispiels keinerlei Beweise angeführt, vielmehr heißt es nur etwa S.113: "Einige Massnahmen des westdeutschen Staates entsprangen nicht den Wünschen und dem Willen der Monopole, sondern werden durch Bauernaktionen und durch den von der Entwicklung in der DDR ausgehenden Druck erzwungen."

Ökonomistisch sind die Vorstellungen von dem Bewusstsein der verschiedenen, von den Monopolen objektiv ausgebeuteten Klassen. Die Konstruktion eines "antimonopolistischen" Bewusstseins entbehrt jedes Beweises. Von den durch die Monopole zunehmend proletarisierten Mittelschichten heisst es: "Ihr tiefer Interessengegensatz zum Monopolkapital macht sie objektiv zu wichtigen potentiellen Verbündeten der Arbeiterklasse". (Ih 613). Auf Seite 708 heisst es aber schon: "Die mittelstandsfeindliche Politik der Regierung als gesetzmäßiges Produkt der Vereinigung der ökonomischen und politischen Macht der Monopole und des Staates macht auch diesen Schichten und Klassen, den Bauern, den Handwerkern und kleinen und mittleren Unternehmern immer deutlicher (!), dass sie in den Monopolen und ihrem Staat einen gemeinsamen Feind haben. Sie erkennen (!) besser, dass der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Macht der Monopole nicht nur für die Arbeiterklasse sondern auch für sie geführt wird..." (Ih 708), Ebenso wird bei den Bauern ein "wachsendes antimonopolistisches Bewusstsein" postuliert: "Die wachsende Kampfentschlossenheit und die Erkenntnis, dass dieser Kampf auf allen Ebenen gegen die Monopolmacht konzentriert werden muss, zeichnet nicht nur die Arbeiterbewegung aus, sondern wird auch in den übrigen antimonopolistischen Schichten und Klassen, vor allem in der Bauernschaft immer stärker" (Ih 721).

Wie bereits angeführt, entwerfen die Verfasser von "Imperialismus heute" eine Volksfrontstrategie. Das breite Volksbündnis soll dabei unter Führung der Arbeiterklasse (Ih 715) stehen. Bei der Bestimmung der Arbeiterklasse sind die Verfasser aber gar nicht zimperlich. Auf S. 605 befindet sich eine Statikstik darüber, dass der Anteil der Arbeiterklasse an der erwerbstätigen Bevölkerung auf dem Gebiet Westdeutschlands von 53% (1925) auf 79,7% (1965) angestiegen ist. In einer Fussnote steht, dass als Arbeiterklasse gerechnet wurden: "Alle als 'abhängige Erwerbspersonen' in der bürgerlichen Statistik bezeichneten Arbeiter, Angestellten und Beamten." (Ih 605). Die Gleichsetzung: Lohnabhängige=Arbeiterklasse ist nur dann möglich, wenn es auf die Klassenzugehörigkeit im Grunde nicht ankommt, weil gar keine klassenspezifische Politik ausgearbeitet, sondern das Interesse des "Volks" gegen die Monopole vertreten werden soll. Das Ökonomistische daran besteht in der gradlinigen Ableitung eines antimonopolistischen Bewusstseins dieser Klassen, aus ihrer Ausbeutung durch die Monopole. Die Tatsache, dass das Kleinbürgertum in Deutschland die Massenbasis des Faschismus gebildet hat und dieser Antikapitalismus mit Antikommunismus eine höchst aggressive Verbindung einging, wird nicht berücksichtigt.

Politisch soll sich der Widerspruch zwischen Monopolen und Volk vor allem in dem Kampf um die Demokratie äussern. "Die Sicherung des Gesamtsystems der kapitalistischen Ausbeutung durch den Staat wird aber

(2) Ursula Schmiederer, Die sowjetische Theorie der friedlichen Koexistenz, Frankfurt/Main 1968

(3) FU-Projektgruppe und Bernd Rabehl, DKP-eine neue sozialdemokratische Partei, Berlin (West) 1969

umso schwieriger, je demokratischer die Herrschaftsform selbst ist, da sich aus dem antidemokratischen Charakter des staatsmonopolistischen Kapitalismus notwendigerweise der antimonopolistische Charakter der demokratischen Kräfte ergibt. Je demokratischer nun die Staatsverfassung ist, umso größer wird für die Monopole die Gefahr, dass demokratische Kräfte Einfluss auf die staatliche Tätigkeit ausüben oder bestimmte Gebiete der staatlichen Tätigkeit durch Mitbestimmung auf allen Ebenen wachsender Kontrolle unterziehen und es ihnen gelingen könnte, solche Positionen in der Gesellschaft zu erobern, die eine Ausnutzung und damit qualitativ andere Richtung staatlicher Tätigkeit gegen die Monopole möglich machen. Mit anderen Worten, selbst viele Formen der bürgerlichen Demokratie können durch Ausnutzung und Verwandlung in echte antimonopolistische Hebel zur Gefahr für den Bestand des staatsmonopolistischen Gesamtsystems werden." (Ih 727) Diese Einschätzung der Bedeutung der bürgerlichen Demokratie ist nach der historischen Erfahrung des Faschismus schon nicht mehr nur naiv. Der demokratischen Form, den Verfassungspositionen wird ein "Wert an sich" zuerkannt, wobei vollkommen davon abstrahiert wird, dass die Demokratie von der Bourgeoisie in dem Maße fallengelassen wird, wie ihre Herrschaft selbst in Frage gestellt wird. Der Hinweis auf das Parlament und die bürgerliche Demokratie führt in Wirklichkeit dazu, die außerparlamentarische Organisation der Arbeiterklasse zu verhindern und die Arbeiterklasse durch Bindung an den "demokratischen Staat" zu demoralisieren. Die Festlegung auf den parlamentarischen Weg ist der andere Ausdruck dafür, dass in der von "Imperialismus heute" entworfenen Strategie nicht die Entwicklung des Klassenkampfes zum Angelpunkt gemacht wird. Die darin liegende Demoralisierung der Arbeiterklasse zeigt sich auch darin, dass ihre Gegner nur noch in moralischen Kategorien verstanden werden und daher nicht prinzipiell Gegner sein müssen, parlamentarisch gesprochen: koalitionsfähig sind. Selbst die Monopolbourgeoisie wird in "Ultras" und "Realisten" (Ih 138, 152, 730) geteilt, wobei die "besonders reaktionäre und parasitäre Richtung" der Ultras, die zum Krieg gegen die sozialistischen Staaten treiben, "ihrerseits unmittelbar nicht ökonomisch sondern politisch bedingt ist" (Ih 152). Den "Realisten" wird dann entsprechend ein parlamentarisches Angebot unterbreitet: "Ja, die Arbeiterklasse ist durchaus bereit, auch die Frage der Entschädigung von Großaktionären bzw. des Aufkaufs von Monopolunternehmen in geeigneter Weise in Betracht zu ziehen" (Ih 676). Auch innerhalb des breiten Volksbündnisses wird nur nach moralischen Kriterien unterschieden. "Während ein Teil der opportunistischen Kräfte vom traditionellen Reformismus auf die Positionen der offenen Verteidigung "seines" Imperialismus nach innen und außen übergeht, ziehen die Realitäten des Klassenkampfes unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und des neuen Kräfteverhältnisses in der Welt und zwischen den beiden deutschen Staaten einen wachsenden Teil ehrlicher (!) Reformisten objektiv auf die Seite des Kampfes gegen die reaktionäre Macht der Monopole und befreien sie im Prozess dieses Kampfes allmählich von ihren Illusionen" (Ih 715). Es wird von denen, die die Strategie von "Imperialismus heute" vertreten, immer wieder betont, dass es sich bei dem parlamentarischen Kampf um einen möglichen und taktisch jetzt richtigen politischen Schritt handele, der außerparlamentarische Aktionen keineswegs ausschlösse. Dieses Argument kann an "Imperialismus heute" nicht belegt werden, denn hier ist alles auf die "schrittweise" (Ih 715) Eroberung von Positionen im Staate ausgerichtet, die nur als Teilnahme an den Institutionen der parlamentarischen Demokratie verstanden werden. Dies ist auf "friedlichem oder vorwiegend friedlichem Wege möglich" (Ih 728).

Dem Konzept von "Imperialismus heute" liegt eine falsche Einschätzung des Staates und seiner planmäßigen Tätigkeit zugrunde. Der Staat wird nicht notwendig als geschäftsführender Ausschuss der herrschenden Klasse verstanden, sondern er besitzt in seiner "relativen Selbständigkeit" (Ih 726) gegenüber den Monopolen Elemente der Rationalität und Planmäßigkeit, die auf den Sozialismus verweisen. "Das geschichtliche Resultat des Hinüberwachsens vom monopolistischen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus ist nicht die Festigung, sondern die schrittweise (!) Untergrabung und Einengung der imperialistischen Ordnung in Deutschland" (Ih 143). Hier wird ein Vertrauen auf das Sich-Durchsetzen eines objektiven Prozesses, der zum Sozialismus führt, formuliert, das sich auch an anderen Stellen von "Imperialismus heute" findet, z.B. Seite 622/623: "Die gleichen Prozesse, von denen sich die Imperialisten eine Rettung und Garantie gegen den Sozialismus erhoffen, bewirken schliesslich das Gegenteil." Diese "an sich" richtigen Sätze zeigen sich dann als Ausdruck einer mechanistischen Geschichtsauffassung, wenn unterschlagen wird, dass "die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft, die Geschichte von Klassenkämpfen ist" (Kommunistisches Manifest). Die Verfasser von "Imperialismus heute" bleiben bei der Beschreibung der Arbeiterklasse stehen, eine Beschreibung des Kampfes der Arbeiterbewegung bleiben sie schuldig.

Zwar betonen die Verfasser von "Imperialismus heute", dass die Planung des Staates zugunsten der Monopole eingesetzt wird, leiten aber doch aus der Tatsache, dass dieser Staat formal demokratisch verfasst sei, ab, daß die Arbeiterklasse durch Teilnahme an den Institutionen des Staates diesen Widerspruch für sich ausnützen könne und die staatliche Politik damit den Charakter, Funktion der Interessen der Monopole zu sein, verlieren könne. Die hierin ausgesprochene vollständige Revision der marxistischen Lehre vom Staat äussert sich dann folgendermaßen: "Für die Arbeiterklasse geht es darum, den Kampf aufzunehmen, um den Apparat zur Lenkung und Leitung der Wirtschaft, wie er sich durch den staatsmonopolistischen Kapitalismus in den imperialistischen Staaten herausgebildet hat, den Monopolen zu entreißen und den Interessen des Volkes unterzuordnen (Ih 739)". Ein wesentliches Mittel dazu soll die Mitbestimmung sein. Gemäss der ganzen Konzeption wird nicht gefragt, ob die Mitbestimmung in einem bestimmten Stadium des Klassenkampfes eine mögliche Forderung sein kann, sondern nur wie durch die Mitbestimmung die Eroberung von Positionen im Staat möglich ist. Die Mitbestimmung

ist also nur auf das Ziel der Teilnahme an der 'rationalen Administration' ausgerichtet.

Die Konsequenz dieser auf den kapitalistischen Staat ausgerichteten Politik ist, dass sie Illusionen über den Klassenkampf erzeugt. Indem sie die Möglichkeit vorgaukelt, mit dem Staat gegen die Monopole vorgehen zu können, integriert sie die Arbeiterklasse in den Staat und "betrügt sich um die einzige Möglichkeit, die totalitären Tendenzen aufzuhalten: die Mobilisierung der Massen zum Widerstand gegen die Monopole" (Rabehl, 110).

II. Kritik der Mitbestimmung durch Deppe, Freyberg, Kievenheim, Meyer und Werkmeister.

1.

Wie der Untertitel 'Partnerschaft oder Klassenkampf' des Buches 'Kritik der Mitbestimmung' zeigt, geht es den Autoren vor allem um eine Abrechnung mit dem gewerkschaftlichen Reformismus. Dessen objektiver Verrat am Klassenkampf und dessen staatserhaltende Funktion werden scharf herausgearbeitet. Es geht vor allem um eine Abrechnung mit jeder Form der Politik der Klassenzusammenarbeit, die durch eine Verpflichtung der Gewerkschaften auf ein fiktives Gemeinwohl, nicht aber auf konsequente Vertretung der Arbeiterklasse gekennzeichnet ist. Da allen partnerschaftlichen Vorstellungen Illusionen über das Verhältnis von Kapital und Arbeit und damit Illusionen über den Klassenkampf zugrundeliegen, kann von den Verfassern gezeigt werden, wie die reformistische Politik ständig den Kampf der Arbeiterklasse demoralisiert, die Entwicklung zum faschistischen Staat toleriert und die Auslieferung der Arbeiterklasse an die Bourgeoisie bedeutet. Als besonderer Ausdruck der Illusionen des Reformismus wird die Vorstellung der Wirtschaftsdemokratie kritisiert, die in den zwanziger Jahren entwickelt wurde und die den heutigen Vorstellungen der Gewerkschaften von Mitbestimmung zugrundeliegt. Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie ging aus von einem der Entwicklung von Einzelkapitalisten zur Kapitalgesellschaft immanenten Zug zur "Vergesellschaftung", die als Entwicklung zum Sozialismus begriffen wurde. Durch die immer stärker werdende Verflechtung von Staat und Wirtschaft, sollte zum einen durch Staatseingriffe im Sinne des Gemeinwohls, zum anderen durch "Mitführung" der Wirtschaft durch die Gewerkschaften diesem Prozess der 'Sozialisierung' zum Sieg verholfen und darin die Kapitalisten entmachtet werden. Die Verfasser von "Kritik der Mitbestimmung" kritisieren an dieser Vorstellung der Wirtschaftsdemokratie zu Recht, dass hier der Staat nicht als Klassenstaat verstanden wird und in der Forderung nach "gleichberechtigtem" Zusammenwirken von Kapitalisten und Gewerkschaftlern in der Verfügung über das Kapital Begriffe wie "Klassenherrschaft" und "Ausbeutung" preisgegeben werden (KdM 50). Die Konsequenz des gewerkschaftlichen Reformismus in den zwanziger Jahren ist historisch überprüfbar: "Da sie durch ihre wirtschaftsdemokratische Zusammenarbeit mit Staat und Kapital zu Garanten des bestehenden Systems geworden waren, hatten die Gewerkschaften sich selbst die Hände gebunden, als die Unternehmer zum Generalangriff gegen die Arbeiter ansetzten, um die Lasten der Krise von sich abzuwälzen(...). Die Gewerkschaften hatten durch ihre wirtschaftsdemokratische Politik die Arbeiterschaft gelähmt" (KdM 52).

Von dieser hier nur grob skizzierten Kritik an allen wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen des Reformismus kommen die Verfasser zu einer negativen Bewertung der "ideologischen Richtungen im DGB" (9. Kapitel). Selbst der "linkesten" Position, die die Strategie der systemüberwindenden Strukturreformen vertritt, können die Verfasser nachweisen, dass auch deren Vorstellungen der antikapitalistischen Strukturreform durch Mitbestimmung noch auf der These von der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit basiere (KdM 233). Auffallend ist allerdings, dass auf eine Auseinandersetzung mit der KP fast vollständig verzichtet wird. Mit "Imperialismus heute" teilen die Verfasser die Vorstellungen von der neuen Rolle des Staates im staatsmonopolistischen Kapitalismus (KdM 157 ff.), ohne allerdings aus der Bedeutung der staatsmonopolistischen Regulierungstätigkeit für die gesamte Reproduktion die Strategie der Eroberung von Positionen im kapitalistischen Staat zur Eindämmung der Monopole abzuleiten. Es kann den Verfassern nicht unbekannt sein, daß aber diese Strategie hinter den Mitbestimmungskonzepten der KP steht, die in "Kritik der Mitbestimmung" referiert werden (z. B. 213-215). Als Kommentar riskieren die Verfasser nur folgendes: " Die Vorschläge der DKP wollen in der Praxis der innerbetrieblichen und innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung durchsetzen, dass die Ideologie der Sozialpartnerschaft und der Klassenharmonie bekämpft wird. Wenn dieses Ziel erreicht werden soll, dann muss die Mitbestimmungskonzeption als Teil einer umfassenden Strategie weiterentwickelt werden, die sich nicht nur mit der herrschenden Klasse, sondern auch mit dem gewerkschaftlichen Reformismus und seinen verschiedenen Strömungen auseinandersetzt" (KdM 215). Warum wird die KP-Strategie der Mitbestimmung nicht als das charakterisiert, was sie ist, als die Strategie,

der "Wirtschaftsdemokratie"? Man kann hinter dem (doch sehr zustimmenden) Schweigen zu der KP-Linie nur vermuten, dass die KP als möglicher Bündnispartner von den Verfassern aus der Kritik ausgeklammert wird.

Bei der Untersuchung der Mitbestimmung, sowohl ihrer Einführung als auch der bisherigen Erfahrungen, werden zwei Momente betont: Die Mitbestimmungspolitik der Reformisten hat zur Integration der Arbeiter in den kapitalistischen Staat geführt aber sie ist andererseits doch erkämpft worden (KdM 169) und war eine den Kapitalisten durch den Klassenkampf abgezwungene Defensivmaßnahme. Die Absichten der Kapitalisten bei der Zulassung der Mitbestimmung werden klar beschrieben: "Die Vergesellschaftung der Kapitalfunktion, die nichts anderes als das geschichtliche Resultat des permanenten Existenzkampfes des Kapitalismus darstellt, kann ihren Sinn nur dann erfüllen, wenn sie über die Verschmelzung staatlicher und wirtschaftlicher Leitungsorgane hinaus auch die Organisation des gesamten Arbeitsporzesses erfasst. Diese Integration muß auf zwei Ebenen ansetzen: Im Bereich des Arbeitsprozesses selbst, d.h. im Betrieb und im Bereich der organisierten Interessen der Arbeiterschaft, d.h. bei den Gewerkschaften" (KdM 167). Das Kapitel "Erfahrungen und Probleme der praktizierten Mitbestimmung" (KdM 110-151) kommt zu dem Ergebnis, dass das Kapital bei der Verfolgung dieses Doppelziels bisher erfolgreich war."Die Mitbestimmung, von vielen Befürwortern ursprünglich als eine Möglichkeit zur Kontrolle verstanden, verwandelte sich wie die Praxis zeigt, in ihr Gegenteil. Mit ihrer Hilfe kontrollieren die Monopole die empörten Arbeiter und Angestellten" (KdM 135).

Die integrativen Möglichkeiten, die die Mitbestimmung bisher gezeigt hat, werden von den Verfassern angesichts der Tatsache, dass die Mitbestimmung doch auch Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse sei, nicht als notwendige Folgen der Mitbestimmung angesehen. Sie kommen in ihrer Untersuchung vielmehr zu einer taktischen Einschätzung der Mitbestimmung, so dass die Funktion, die die Mitbestimmung haben kann, bestimmt wird von der Entwicklung des Klassenkampfes, der Basis in den Betrieben, der revolutionären Partei. Darum heißt es in einem Resumee am Anfang des V. Kapitels: "Es wurde nachgewiesen, dass sich die Mitbestimmungsidee in eine Unterwerfungs- und Disziplinierungspraxis umkehren und - auf Grund gesetzlicher Bindungen - die Interessensolidarität zwischen Belegschaften, Gewerkschaften und Belegschaftsvertretern zerstören kann." (KdM 152)

Richtig erhoben, kann die Mitbestimmungsforderung nach "Kritik der Mitbestimmung" ein Doppeltes leisten: Sie kann als "Machtposition der Lohnabhängigen" (KdM 201) "nur die Wirkung des Kapitalismus abschwächen, nicht aber das Wesen dieses Systems - Ausbeutung, Entfremdung und Erniedrigung - aufheben" (KdM 152) und sie kann im staatsmonopolistischen Kapitalismus den Klassencharakter des Staates einsichtig machen, der sich im Interesse der Monopole gegen die Mitbestimmung stellt. (KdM 171 und 169). Die Mitbestimmungsforderung wäre demnach eine klassisch gewerkschaftliche Forderung. Sie weist die kapitalistische Ausbeutung in die jeweils "normalen" Schranken und dient der Entwicklung des Bewusstseins von der Notwendigkeit der revolutionären Ergreifung der Macht im Staat durch die Arbeiterklasse. Diesen Charakter kann die Mitbestimmungsforderung aber nach "Kritik der Mitbestimmung" nur dann haben, wenn die Gewerkschaften bereit wären, den Kampf zu ihrer Durchsetzung aufzunehmen.

Aber: "Weder hat der DGB - wie etwa die französischen, italienischen oder auch englischen Gewerkschaften - die Kampfbereitschaft und das Selbstbewusstsein der Arbeiterschaft in betrieblichen und tarifpolitischen Arbeitskämpfen erhalten, noch lassen die gegenwärtigen Stellungnahmen des DGB erkennen, dass er zu einer Mobilisierung der Arbeiter und Angestellten in der Mitbestimmungsfrage wirklich bereit wäre." (KdM S. 169/70). Die Konsequenz, die sich aus "Kritik der Mitbestimmung" ergibt, ist, dass die Sozialisten eben diese Entwicklung der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse zu leisten hätten, so dass auch die Forderung nach Mitbestimmung unter dieser Voraussetzung sinnvoll erhoben werden kann (KdM 273).

2. Kritik an der Einschätzung der Mitbestimmung als Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes.

Die Verfasser von "Kritik der Mitbestimmung" kamen zu dem Ergebnis, dass die Mitbestimmung sowohl die Auswirkungen des Kapitalismus auf die Arbeiterklasse abschwächen als auch das Bewusstsein der Notwendigkeit der Revolution entwickeln könne. Das letztere schliessen sie aus der zunehmenden Feindschaft der Unternehmer gegen die Mitbestimmung, die sich nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze noch wesentlich verschärft habe, so dass die Kapitalisten heute keine Scheu hätten, den Staatsapparat offen gegen die für Mitbestimmung Kämpfenden einzusetzen (KdM 171). "Diese Kampfbereitschaft(der Arbeiter) würde in der gegenwärtigen Entwicklungsphase - weit mehr noch als zu Beginn der fünfziger Jahre - den Konflikt zwischen außerparlamentarisch-gewerkschaftlicher Aktion und parlamentarisch-repräsentativer Entscheidung provozieren - ja, dieser Konflikt würde durch die nahezu perfektionierte Aufhebung der parlamentarischen Kontrolle notwendig auf das Niveau einer Auseinandersetzung zwischen der Arbeiterschaft und der verselbständigten Exekutivgewalt gehoben" (KdM 165). Aber diese Argumentation steht im Widerspruch sowohl zu der Tatsache, dass die Mitbestimmung eine mögliche Konzession der Kapitalisten war und keineswegs irgendwelche revolutionären Konsequenzen hatte, wie auch zu der Bedeutung des "sozialen Friedens" für die Herrschaftssicherung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die von den Verfassern selbst Seite 160 hervorgehoben wird. Dort hiess es: "Alle diese Aufgaben kann der Staat im Spätkapitalismus aber nur dann erfüllen, wenn er zugleich verhindert, dass die sozialen Spannungen an die Oberfläche der politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen drängen. Reibungsloses Wachstum wird sich nur auf der Grundlage höchstmöglicher innerer "sozialer Befriedung", d.h. wachsender Integration der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen, entwickeln. Das Mittel zur Zwangs-

integration, das in der Bundesrepublik zum Beispiel Notstandsgesetze bereitstellen, kann und will der Kapitalismus nur dann einsetzen, wenn seine Existenz unmittelbar bedroht ist" (KdM 160/161). Die in "Kritik der Mitbestimmung" angeführten Zitate von Unternehmervertretern reichen keineswegs aus, um zu bestimmen, ob durch die Mitbestimmungsforderung dieser Zustand der Existenzbedrohung des Kapitalismus erreicht ist. Im Gegenteil: alle in dem Buch angeführten Daten zeigen, dass zwar die Kapitalistenklasse keine Position kampflos geräumt hat, die Mitbestimmung aber nicht von der Art ist, dass sie die Herrschaft des Kapitals gefährdet. Der Kampf um die Mitbestimmung führt nicht notwendig zur Einsicht in die Schranken des kapitalistischen Staates, die nur durch die sozialistische Revolution gesprengt werden können.

Es ist aber auch äusserst fragwürdig, ob die Mitbestimmung, "die Übertragung von Kapitalfunktionen auf die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft" (KdM 167) eine Machtposition der Arbeiterklasse darstellt, vermittels deren sie die "Wirkungen des Kapitalismus abschwächen" (KdM 152) kann. In "Sozialreform oder Revolution?" (4) hat Rosa Luxemburg untersucht, was die Forderung, die Gewerkschaften sollten Einfluss auf den Produktionsprozess gewinnen, bedeutet:

> "Unter der Regulierung der Produktion kann man aber nur zweierlei verstehen: die Einmischung in die technische Seite des Produktionsprozesses und die Bestimmung des Umfanges der Produktion selbst. Welcher Natur kann in diesen beiden Fragen die Einwirkung der Gewerkschaften sein? Es ist klar, dass, was die Technik der Produktion betrifft, das Interesse des Kapitalisten mit dem Fortschritt und der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft in gewissen Grenzen zusammenfällt. Es ist die eigene Not, die ihn zu technischen Verbesserungen anspornt. Die Stellung des einzelnen Arbeiters hingegen ist gerade entgegengesetzt: Jede technische Umwälzung widerstreitet den Interessen der direkt dadurch berührten Arbeiter und verschlechtert ihre unmittelbare Lage, indem sie die Arbeitskraft entwertet, die Arbeit intensiver, eintöniger, qualvoller macht. In sofern sich die Gewerkschaft in die technische Seite der Produktion einmischen kann, kann sie offenbar nur im letzteren Sinne, d.h. im Sinne der direkt interessierten einzelnen Arbeitergruppe handeln, also sich Neuerungen widersetzen. In diesem Fall handelt sie aber nicht im Interesse der Arbeiterklasse im Ganzen und ihrer Emanzipation, die vielmehr mit dem technischen Fortschritt, d.h. mit dem Interesse des einzelnen Kapitalisten übereinstimmen, sondern gerade entgegengesetzt, im Sinne der Reaktion. Und in der Tat, wir finden das Bestreben, auf die technische Seite der Produktion einzuwirken, nicht in der Zukunft, wo Konrad Schmidt sie sucht, sondern in der Vergangenheit der Gewerkschaftsbewegung. Sie bezeichnet die ältere Phase des englischen Trade Unionismus (bis in die 60er Jahre), wo er noch an mittelalterlich-zünftlerische Überlieferung anknüpfte und charakteristischerweise von dem veralteten Grundsatz des "erworbenen Rechts auf angemessene Arbeit" getragen war. Die Bestrebung der Gewerkschaften, den Umfang der Produktion und die Warenpreise zu bestimmen, ist hingegen eine Erscheinung ganz neuen Datums. Erst in der allerletzten Zeit sehen wir - wiederum nur in England - dahingehende Versuche auftauchen. Dem Charakter und der Tendenz nach sind aber auch diese Bestrebungen jenen ganz gleichwertig. Denn worauf reduziert sich notwendigerweise die aktive Teilnahme der Gewerkschaft an der Bestimmung des Umfanges und der Preise der Warenproduktion? Auf ein Kartell der Arbeiter mit den Unternehmern gegen den Konsumenten, und zwar unter Gebrauch von Zwangsmaßregeln gegen konkurrierende Unternehmer, die den Methoden der regelrechten Unternehmerverbände in nichts nachstehen. Es ist dies im Grunde genommen kein Kampf zwischen Arbeit und Kapital mehr, sondern ein solidarischer Kampf des Kapitals und der Arbeitskraft gegen die konsumierende Gesellschaft. Seinem sozialen Werte nach ist das ein reaktionäres Beginnen, das schon deshalb keine Etappe in dem Emanzipationskampfe des Proletariats bilden kann, weil es vielmehr das gerade Gegenteil von einem Klassenkampfe darstellt. Seinem praktischen Werte nach ist das eine Utopie, die sich wie eine kurze Besinnung dartut, nie auf größerer und für den Weltmarkt produzierenden Branchen erstrekken kann.
>
> Die Tätigkeit der Gewerkschaften beschränkt sich also in der Hauptsache auf den Lohnkampf und die Verkürzung der Arbeitszeit, d.h. bloß auf die Regulierung der kapitalistischen Ausbeutung je nach den Marktverhältnissen; die Einwirkung auf den Produktionsprozess bleibt ihnen der Natur der Dinge nach verschlossen.
>
> (Rosa Luxemburg, S. 69-71)

Folgt man dieser Argumentation Rosa Luxemburgs, so ist eine taktische Einschätzung der Mitbestimmung nicht mehr in der Weise möglich, wie sie in "Kritik der Mitbestimmung" vorgenommen wird. Die Mitbestimmung ist keine mögliche gewerkschaftliche Forderung, sie ist eine politische Forderung, die in der Gestalt der Arbeiterkontrolle Ausdruck eines bestimmten Stadiums des Klassenkampfes, wenn die revolutionäre Ergreifung der politischen Macht im Staate auf der Tagesordnung steht, sein kann. Diesen Charakter hatte das von Lenin nach der Oktoberrevolution entworfene Konzept der Arbeiterkontrolle. Sehr richtig heisst es dazu in dem letzten Kapitel von "Kritik der Mitbestimmung"; "dass die umwälzende Kraft dieser Losung in entscheidendem Maße von der Verschiebung des Kräfteverhältnisses der Klassen zugunsten des Proletariats bestimmt wird," - und dass "die Durchsetzung der Arbeiterproduktionskontrolle daher nur ein stra-

---

(4) Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution?, in: R.L., Politische Schriften I, Frankfurt/Main 1966, S. 47-133

tegisches Übergangsstadium sein (kann); sie ist weiterführendes Glied in der Kette der Klassenkonflikte, die von der massenhaften Infragestellung des Kapitalismus bis zu seiner sozialistischen Aufhebung führt" (KdM 258).

Bei der Entwicklung des Klassenbewusstseins durch den gewerkschaftlichen Kampf kann die Mitbestimmungsforderung daher keine progressive Rolle spielen. Es ist daher falsch, von den Gewerkschaften zu verlangen, sie sollten den Kampf um die Mitbestimmung von der Basis her führen. Für die Entwicklung des Klassenkampfes wäre dadurch nichts gewonnen.

Volker Müller

HOCHSCHULE UND KAPITAL

Dem folgenden Artikel liegt ein Referat zugrunde, das auf der Mitgliederversammlung des SDS Heidelberg gehalten wurde. Es steht in dem Zusammenhang der Diskussion zur Ausformulierung einer hochschulpolitischen Linie, eine Aufgabe, die umso dringender erscheint, als augenblicklich die Reformisten nach dem "Sturm" der antiautoritären Revolte wieder ihre hohlen Köpfe heben.

In einer genaueren Analyse der verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse wendet sich der Beitrag mit Recht gegen die Ideologie der antiautoritären Studentenbewegung, die allzu leicht bereit war, den Widerspruch zwischen sich und dem Staat dem antagonistischen Widerspruch der kapitalistischen Gesellschaft schlicht analog zu sehen. Sicher nicht war die Studentenrevolte der Aufstand der "Produktivkraft Wissenschaft" gegen die "Produktionsverhältnisse" an der Universität, aber dass sie, wenn auch objektiv, "nichts anderes als die effektivsten Konzepte der fortgeschrittenen Monopole" (S.38) vertrat, scheint zumindest eine These, die in der Einschätzung der Möglichkeiten für die Monopole, ihre Interessen durchzusetzen, schon soweit geht, dass zwar der Widerspruch zwischen den Monopolen und den nichtmonopolistischen Kräften, nicht aber der notwendig widerspruchsvolle Charakter monopolistischer Interessen selbst gesehen werden kann. Jedenfalls wären die Konsequenzen für eine sozialistische Politik an der Hochschule daraus insofern ziemlich weitgehend, als die klassenspezifische Ausrichtung der Hochschulpolitik völlig neu formuliert werden müsste, und in kaum mehr anderem als in sozialistischer Propaganda und in der Interessenvertretung der Arbeiterkinder bestehen könnte. Der Artikel selbst geht nicht soweit.
Wir werden die Diskussion im nächsten Heft fortsetzen.

Red.

Der folgende Diskussionsbeitrag (für die SDS-MV vom 16.2.70; hier leicht ergänzt) versucht vorläufige Thesen zur kapitalistischen Hochschulreform in der BRD, vor allem unter dem Gesichtspunkt des numerus clausus, zu entwickeln. Aus Zeitmangel konnten einige Thesen nicht in wünschenswertem Maße empirisch verifiziert werden. Beabsichtigt ist lediglich, Gesichtspunkte für eine organisierte Aufarbeitung des umfangreichen Materials herauszuarbeiten.

I. Produktivkraft (Natur-)Wissenschaft und Spätkapitalismus.

Die Analyse der Hochschulpolitik des Kapitals darf nicht von einer "Studentenexplosion" ausgehen (dann versetzt man sich bloß in die Lage hilfloser Ministerialbürokraten) und nicht allein von den subjektiven Äusserungen von Kultusministern, Wissenschaftsrat etc., sondern muss zunächst die Rolle der Technologie für die Wachstumsbedingungen des bundesrepublikanischen Kapitalismus untersuchen, dies schon deshalb, weil diese subjektiven Äusserungen sich teilweise innerhalb weniger Jahre ändern und nur verschiedene Fraktionierungen des Kapitals wiederspiegeln.

Zwar ist es richtig, dass wegen der ohnehin sinkenden Kapazitätsausnutzung eine Tendenz besteht, technologische Erneuerungen, die zu Kapazitätserweiterungen führen, zurückzustellen (vgl. Baran/Sweezy: Monopolkapital, S. 96 ff.), aber die pauschlaen Thesen vom Vergeudungskapitalismus und der Unmöglichkeit des Kapitalismus, mit den gewaltig entwickelten Produktivkräften etwas anzufangen, bedürfen der Revision. Es wird nämlich neben der Rolle des Arbeitsmarkts insbesondere die Bedeutung der internationalen Konkurrenz vernachlässigt (vgl. Hirsch: Wissenschaftspolitik im Spätkapitalismus, Argument 50): einerseits die Konkurrenz zwischen kapitalistischem und sozialistischem Lager: in der SU sind (nach Mandel, EWG-USA, S. 26/27) wissenschaftliche Entdeckung und produktionstechnische Anwendung "zeitlich beinahe synchronisiert". Daraus ergibt sich zunächst dieselbe Notwendigkeit für die US-Rüstungswirtschaft (vgl. den "Sputnik-Schock"). Wegen der hohen Bedeutung der militärischen Forschung wird dadurch der Rhythmus technologischer Erneuerung auch für zivile Zwecke beschleunigt, insbesondere in Chemie und Elektronik. Daneben wird die Systemkonkurrenz im Konsumgüterbereich immer wichtiger. Zum anderen die Konkurrenz auf dem kapitalistischen Weltmarkt: das bundesrepublikanische Kapital, das mehr und mehr auf den Kapitalexport zu setzen gezwungen ist, gerät damit zunehmend in Konkurrenz zum technologisch fortgeschrittenen US-Kapital. Gerade beim Produktionsmittelexport macht sich aber technologische Überlegenheit besonders bemerkbar (z.B. Computerindustrie). Der Gebrauchswert von Forschungsresultaten besteht für den Kapitalisten gerade darin, ihm einen Extraprofit auf Kosten der anderen Kapitalisten zu verschaffen. (Janossy, Das Ende der Wirtschaftswunder, S. 130; Mandel: Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika, S.30: "Durch den Ausgleich der Profitraten erhält Kapital mit größerer organischer Zusammensetzung im Spätkapitalismus einen größeren Anteil am Gesamtmehrwert als technologisch rückständigeres Kapital".) Karl-Heinz Roth (Unwissen als Ohnmacht, S.33) stellt fest: "Wenn es der zentralen Technokratenfraktion nicht gelingt, die neuen Technologien in relevanten Bereichen frü-

her als ihre gegenwärtig stärksten Konkurrenten innerhalb des imperialistischen Lagers (USA und Japan) produktiv zu verwerten, wird ihre Exportoffensive über kurz oder lang zum Erliegen kommen und eine zyklische Überproduktionskrise riesigen Ausmaßes zur Folge haben." Dies bedingt einerseits verstärkte Projektforschung (Ozeanographie, Weltraumforschung, etc.) und andererseits forcierte Bildungsanstrengungen. (1) Die schnellere Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Produktion bringt freilich neue Schwierigkeiten hervor (Mandel, Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie, S.56): "Permanente technologische Revolution aber bedeutet Verkürzung der Umschlagzeit des fixen Kapitals .... Je häufiger die Erneuerung des fixen Kapitals, desto kürzer wird dieser Zyklus. Hatten wir in der Vergangenheit alle 7 oder 10 Jahre Wirtschaftskrisen, so erleben wir heute alle 4 bis 5 Jahre wirtschaftliche Rezessionen..." Der viel schnellere Rhythmus technologischer Erneuerungen bewirkt einen schnellen Strukturwandel der konkreten Arbeit. (2) Auf dem gegenwärtigen Entwicklungsniveau ist der biologische Rhythmus schon zu langsam, deshalb gehen die progressiven Pläne (wozu der HGP nicht gehört) zur Reform der Ausbildung Fortbildungskurse, Kontaktstudium, Auflösung starrer Studiengänge und fester Berufsbilder vor. Nach Janossy (S. 144 ff.) ist dieser qualitative Wandel der konkreten Tätigkeit der wesentliche Widerstand, der sich der Ausbreitung einer technologischen Neuerung entgegenstellt, und damit ein wichtiger Faktor zur Begrenzung des ökonomischen Wachstums. Von Altvater und Dutschke übernommen, gehören diese Thesen seit 66 zum Inventar der Studentenbewegung. Deshalb und wegen der großen Bedeutung dieser Thesen für eine Klassenanalyse (z.B. technische Intelligenz) und die Einschätzung der kapitalistischen Politik auf dem Ausbildungssektor, scheint es unbedingt erforderlich, in der nächsten Zeit Janossys kritische Rezeption zu organisieren, ehe man ihn mit dem Genossen Roth auf den antiautoritären Mist schmeißt.

Auf eine andere Schwierigkeit des Kapitalismus, in der Systemkonkurrenz mit dem sozialistischen Lager Schritt zu halten, hat der bürgerliche Ökonom Leontief ("Das wirtschaftliche Problem der organisierten Forschung". in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 6. Jahrg., 1961 Tübingen) hingewiesen (nachdem er zunächst einen Hoffnungsschimmer gesehen hatte: "Erhöhte Produktivität durch 'organisierte Forschung' könnte tatsächlich die neue Lösung der alten Probleme des ökonomischen Wachstums ein."): Selbst wenn die z. Z. noch sehr hohe Rendite für Forschungs- und Ausbildungsinvestitionen (d.h., dass bisher zu wenig investiert wird) sich auf die Durchschnittsverzinsung eingespielt haben werde, werde dies noch immer nicht hinreichend hohe Forschungsinvestitionen ergeben. Der Marktmechanismus versagt deshalb, weil die Froschungsergebnisse eine ärgerliche Eigenschaft haben: Sie "können nicht aufgebraucht werden, ja, sie können sogar von vielen gleichzeitig angewendet werden." Unbegrenzte Zugänglichkeit von Forschungsergebnissen für alle Unternehmer nimmt jedoch dem einzelenen Kapitalisten den Anreiz zu Forschungsinvestitionen, so daß die wissenschaftlichen Ergebnisse im Kapitalismus durch Patent- und Lizenzgesetze (bzw. geheime Herstellungsverfahren) erst künstlich monopolisiert werden müssen. Die solcherart eingeschränkte Zugänglichkeit bewirkt eine Verlangsamung der Ausbreitung technologischer Neuerungen und damit eine "Verzögerung des technischen Fortschritts". Wegen der Systemkonkurrenz mit dem sozialistischen Lager kann dies aber nicht hingenommen werden, durch Parallelforschung in konkurrierenden Unternehmen muß der Kapitalismus mehr Naturwissenschaftler und Techniker beschäftigen als das sozialistische Lager, um auch nur Schritt zu halten.

Zwischen 1940 und 1960 betrug das jährliche Wachstum der Forschungs- und Entwicklungsabgaben (=FE) in den USA 20% (nach Machlup, in: Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Band 21, S.58); eine Umfrage in den USA bei Großunternehmen ergab, dass diese Ausgaben nur deshalb nicht weiter gesteigert würden, "weil wir nicht genügend hochqualifizierte Kräfte finden können." (ebda; natürlich relativ zum amerikanischen Ausbildungssystem zu sehen, wo 38% der Jugendlichen eines Jahrganges Collegestudenten sind). (3) Es sei noch Mandel zitiert, der darauf verweist, dass gerade die Grundlagenforschung "auf lange Sicht die höchste Dividende in Bezug auf technische Umwälzungen" abwirft (EWG-USA, S. 116). Es ist klar, dass sich daraus unmittelbar Folgerungen ziehen lassen für die Frage "Ausbau von Fachhochschulen oder Ausbau von Universitäten", doch dazu später.

Abschliessend läßt sich allgemein sagen, dass die kurzfristigen Interessen der Einzelkapitalisten darin bestehen, sich die Wissenschaft "gratis" (Grundrisse, S.586) anzueignen. Beim gegebenen Stand der Produktivkräfte reicht aber das vergleichsweise lockere Verhältnis von Wissenschaft und Produktionsprozess nicht mehr aus, die Kapitalistenklasse muss die Einverleibung der Wissenschaft in den Produktionsprozess organisieren, auch wenn dies zunächst erhöhte Investitionen im Ausbildungssektor bedeutet. Dieser Widerspruch zwischen kurzfristigen und langfristigen Kapitalinteressen bzw. zwischen verschiednen Fraktionen des Kapitals soll im folgenden untersucht werden.

II. Hochschulpolitik des Kapitals

Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung konkretisiert sich im Ausbildungssektor dahingehend, dass der Staat die Herstellung der Ware qualifizierte Arbeitskraft finanziert, diese Arbeitskräfte aber überwiegend in den Verwertungsprozess des forschungsintensiven Monopolkapitals eingeschlossen werden (das gleiche gilt für big science, Projektforschung). Daher ist es klar, dass das kleine und mittlere Kapital ein Interesse an der Reduzierung der Wissenschafts- und Bildungsausgaben hat, da es diese Ausgaben in erster Linie zu zahlen hat, aber gerade der technologische Fortschritt ein entscheidender Hebel ist vermittels dessen die Monopole das mittlere Kapital aufsaugen (vgl. oben über den Extraprofit). Genosse Roth weist darauf hin, dass sich das mittlere Kapital (4) mit den Ordinarien und der regionalen Ministerialbürokratie verbündet (vgl. die Äusserung des baden-württembergischen KM, die Reform sei vor allem ein "Instrument des Sparens", In-

formationen über das KM, Juni 68). Die Interessen dieser Fraktion finden eher in der CDU als in der SPD ihren Ausdruck, Die andere Fraktion wird von den bewußteren Monopolvertretern und insbesondere von den Vertretern der Konzerne gebildet, für deren Produktion der technologische Fortschritt unmittelbar relevant ist (für die also kurzfristige und langfristige Interessen konvergieren), das sind in erster Linie die Chemie- und Elektrotechnikkonzerne. (5) Die Interessen der fortgeschrittensten Konzerne werden objektiv von der SPD vertreten.

Grob sind in der bisherigen Reformpolitik des Kapitals 3 Phasen unterscheidbar. Die erste Phase wird durch die WR-Empfehlungen von 60 - 62 gekennzeichnet, die bis 65 realisiert waren. Die Universitäten werden einfach ausgebeutet, die Struktur bleibt unverändert. Die zweite Phase reicht von 65 - 68/69 und kann als Disziplinierungsphase beschrieben werden. Ihr Beginn wird durch die WR-Empfehlungen von 1966 (Zwangsexmatrikulation etc.) markiert, auf die dann das Berliner sit-in vom 22.6.66 folgte (6). Der HGP fällt auch in diese Phase. In dieser Phase wurde - viel häufiger als heute - von der Minimierung der Ausgaben pro Student geredet ("Effizienz"), was einen Kompromiss zwischen der Spartendenz des mittleren Kapitals und des KMs und dem Interesse der Monopole an hochqualifizierten Arbeitskräften darstellt. Die Phase ist gekennzeichnet durch rigide Reformvorschläge, die von der empörten Studentenbewegung einerseits als "technokratisch" und andererseits als technologisch irrational zurückgewiesen werden, vgl. Gutachten der paritätischen FU-Kommission 1966 (in: Leibfried, Wider die Untertanenfabrik, Mitarbeit des Genossen Lefèvre); z.T. Bodo Voigt: Analyse und Kritik des Hochschulgesamtplans; Nyssen in: Wider die Untertanenfabrik; oder etwa eine Broschüre des Marburger SDS, "Agit 2", (WS 68/69) S. 76: Die "Beschränkung auf ein an unreflektierten Berufsbildern orientiertes Kurzstudium" wird kritisiert, die vom WR beibehaltene hierarchische Struktur der Uni wird im Gefolge von Nitsch/Offe etc. als "Haupthemmnis für eine technologisch maximale Nutzung der Universität" (S. 58) bezeichnet und diese These wird auch noch mit Zitaten positivistischer Soziologen untermauert. Man hielt den Kapitalismus für so verrottet, dass er noch nicht einmal die Ergebnisse der positivistischen Soziologen anwenden kann. Dass trotzdem der WR solche technologisch irrationalen Vorschläge macht, wird mit der starken Stellung der Ordinarien im öffentlichen Leben (S. 60/61) und dem Interesse der Industrie an der Beibehaltung des Ordinarienprinzips wegen der Auftragsforschung erklärt, - das bestätigt exakt die These des Genossen Roth über die Instrumentalisierung der Studentenbewegung durch das Monopolkapital gegen die Koalition von Ordinarien und mittlerem Kapital (7). Objektiv hat die Studentenbewegung also die Position der fortgeschrittensten Monopole vertreten und zwar konnte sie das deshalb, weil sie erstens vom "autoritären Staat" sehr rigide Maßnahmen erwarten musste und immer schon von der Identität zwischen "den Apparaten" und "der Industrie" ausging, statt verschiedne Fraktionen des Kapitals und die objektiven Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt zu analysieren (8) und zweitens auf den Thesen vom Vergeudungskapitalismus fußend, den Kapitalismus schlicht für unfähig hielt und deshalb meinte, sich auf die Position der Entfaltung der Produktivkräfte zu stellen, sei schon automatisch und unmittelbar im Widerspruch zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Die Studentenbewegung setzte in der Kritik der Hochschulpläne Eigeninitiative und Selbstorganisation (kollektives Lernen in kleinen Gruppen), Überwindung der Fachbornitertheit, Abbau von Pflichtstudiengängen, Einbau von Selbstkontrollen statt Selektion gegen die rigiden Vorstellungen der "Apparate", die auf Zwangsexmatrikulation, Trennung von Forschung und Lehre, starre Berufsbilder, Pflichtstudiengänge, etc. hinausliefen, und konnte auf Grund der falschen ökonomischen Einschätzung nicht sehen, dass das, was sie als Interessen der "unterdrückten" Studenten formulierten, nichts anderes als die effektivsten Konzepte der fortgeschrittensten Monopole waren.

Unterdessen hat etwa 69/70 eine dritte Phase begonnen, in der sich die Monopole durchgesetzt haben, die der geschmeidigeren Lösung den Vorzug geben gegenüber der starren, die der SPD/FDP (Amnestie!) den Vorzug geben gegenüber Springers tolpatschiger Manier, und wenn Kreibich von Kooperation und Mitwirkung aller Beteiligten redet, dann zwinkert ihm die BASF schon lange zu (9). Das fortgeschrittenste Hochschulkonzept, das den objektiven und langfristigen Interessen der Monopole hervorragend entspricht, kommt genau aus derselben Ecke: dem "dynamischen" Flügel der SPD: Ernst von Weizsäcker mit seinem Baukastenplan. Im Unternehmerbrief vom 12. 2. 70 heisst es: "Geistige Mobilität und vielseitige Bildung, wie sie die Wirtschaft von jungen Akademikern erwartet, sind nach Ansicht des Vorstandsvorsitzenden der BASF, Prof. Timm, durch die neue Konzeption der Gesamthochschule gewährleistet. Dort können die Studenten nach dem Baukastenprinzip entsprechend ihrer Begabung (dies der verschleierte Ausdruck dafür, dass Lenkung zentraler Bestandteil bleibt, aber flexibler gestaltet wird) ihre Berufsausbildung selbst gestalten." In derselben Nummer schreibt der Hochschulreferent des Deutschen Industrieinstituts: "Der eklatante und zudem ständig wachsende Fehlbestand vor allem in den naturwissenschaftlichen Fächern ist zwar seit über einem Jahrzehnt allgemein bekannt. Wirklich entscheidende Maßnahmen jedoch sind ausgeblieben. Anstatt ein umfassendes und zugleich praktikables Konzept zu entwickeln, wurde Flickschusterei betrieben. "Das neueste Schnellbauprogramm des WR (FAZ v. 2.2.70) sehe auch nach Flickwerk aus. Dagegen sei der Baukastenplan ein "interessantes Reformmodell", das Studienzeitverkürzung und hohe Flexibilität der Ausgebildeten verbinde. Statt der hemmenden Einteilung in Grund- und Aufbaustudium (10) werden die Abschlussprüfungen abgeschafft und der Student kann nach jedem Semester in den Beruf gehen, er erhält ein gesetzlich gesichertes Recht auf Fortbildung (vgl. Kapital I, Kapitel 8, Verhältnis von kurz- und langfristigen Interessen des Kapitals). Der Baukastenplan ermöglicht und fördert die "produktiven Umwege", deren Fehlen wir am HGP kritisiert haben (VDS-Antrag des AStA Heidelberg, 29.10.68, Punkt 38, vgl. etwa auch Punkt 13 usw). Der Baukastenplan kritisiert die Sparneigung des baden-württembergischen KM (stellt sich also gegen das mittlere Kapital und kurzfristige Monopolin-

teressen), wendet sich gegen die scharfe Trennung in der Ausbildung von schmaler Elite und vielen Halbqualifizierten und kritisiert das Beschwören der Kapazität: "Jede Zahlenangabe über die maximale Kapazität der Einheiten-Gesamthochschule ist also im Grunde unzulässig: jeder bildungswillige Bürger kann sinnvoll zu einem Studium zugelassen werden." (S.28) (Dies wird u.a. durch Rationalisierungsmaßnahmen wie Fernstudium im Medienverband möglich.) Die Gesamthochschule als "bruchlose Fortführung der künftigen Gesamtschule" (S.27) etabliert ein offenes Aufstiegssystem, in dem ein numerus clausus höchst dysfunktional wäre, da direkt durch permanente Studienberatung die Motivation diese oder jene Einheiten zu studieren und noch ein Semester weiterzustudieren oder sofort in den Beruf zu gehen unmittelbar gesteigert oder abgebaut werden kann, ganz flexibel, je nach Marktlage.

Die WR-Empfehlungen von 66 sehen Qualitätsauslese und Leistungsdruck vor, erhöhen die psychische Belastung für den Studenten und bedeuten eine reale Gefährdung seiner akademischen Existenz, - ein rigoroses Vorgehen, das die Defensive der Studentenbewegung geradezu herausfordert. Der Baukastenplan vermittelt zwischen den Konzerninteressen an flexibler abgestufter Ausbildung vieler Arbeitskräfte und den studentischen Interessen an einer akademischen Existenz (wenngleich diese natürlich ihren Elitecharakter verliert). Dass ein Student keinen Schein erhält, "soll und kann die seltene Ausnahme sein, durch augenfällige Faulheit, Kooperationsunwilligkeit oder ganz unzulängliche Anfangskenntnisse verursacht" (S.23). Höhere "didaktische Anstrengungen" und "Anfertigung von Gruppenarbeiten" erleichtern das Studium. Wissensprüfungen werden zwar nicht ausgeschlossen, sie sollen aber nur ein Bestandteil der "Gesamtleistungsfähigkeit" sein, die "z.T. auch ohne Mitarbeit des Dozenten nur von den Studenten" beurteilt werden kann (S.23). Schliesslich heisst es in schöner Übereinstimmung mit der Marburger Broschüre: "Die moderne Organisationssoziologie hat gezeigt, dass hohe Leistungserwartungen ... eine Demokratisierung durch kooperative Selbstbestimmung voraussetzen" (S.22). Die vorgesehene Studienzeitverkürzung dürfte in solcherart transparenten und erleichterten Studiengängen im allgemeinen im Interesse der Studenten liegen. Das Verdrängen der Berufssphäre ist nicht notwendiger Bestandteil jeder studentischen Existenz sondern stellt sich erst nach einigen Studiensemestern beim Studenten der Phil. Fak. ein. Der Baukastenplan ist die harmonische Einheit zwischen den fortgeschrittensten Monopolinteressen und den Interessen der Studenten, mindestens soweit diese von der Studentenbewegung formuliert wurden (11).

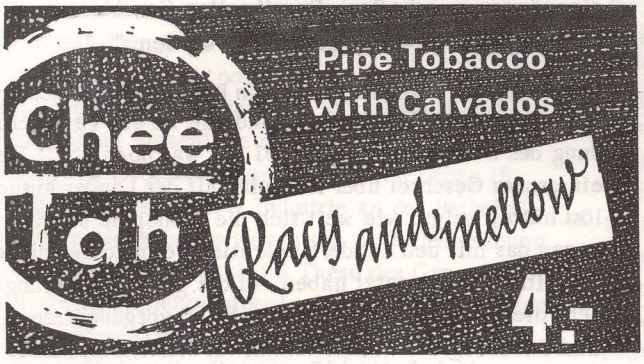
Diese fortgeschrittensten Monopolinteressen werden im Handelsblatt und vor allem in "Wirtschaft und Wissenschaft", dem publizistischen Organ des Stifterverbandes (den Hannes Heer als den "Stoßtrupp" der Monopole bezeichnet, präziser müsste man sagen: der forschungsintensiven, expandierenden Monopole), vertreten (12). Die Fachhochschulpläne werden kritisiert und die "Liquidation einer Ausbildung, die allzu oft nur Abrichtung ist" wird gefordert (5/68, S.24). CDU (6/68, S.23), WRK (s. Anmerkung (9)) und WR (5/68, S.25) werden als konservativ kritisiert, statt Teilreformen wird eine durchgreifende Strukturreform des gesamten Bildungssystems gefordert, die etwa den Vorstellungen der Bundesassistentenkonferenz (Kreuznacher Hochschulkonzept) entspricht. Zur "Revolte der Studenten, Schüler und Lehrlinge" heisst es etwa: "Gott sei Dank", dass die Jugend gegen "Modernitätsrückstand" meutert (4/69), S.12). Noch vor anderthalb Jahren verkündete diese Monopolfraktion: "Je weniger im Augenblick geschieht, desto besser." (5/68, S.25), vgl. 6/68, S.23), da sie zu jener Zeit erst langsam an Boden gewann.

Diese dritte Phase hat bisher freilich nur Pläne und Ideen geliefert, zumal sie durch die Auseinandersetzung mit den Fachhochschulkonzepten und dem numerus clausus - Problem wesentlich bestimmt ist. Zunächst wird es nur "zahlreiche Hochschulversuche" mit dem Baukastenplan geben (z.B. PH Heidelberg), an denen schon jetzt "linke Studenten und forschungsbewusste Ordinarien, Industrievertreter und Ministerialbeamte" mitarbeiten (so jedenfalls Weizsäcker am 8.3.70 im Südfunk). Nach dieser nun erst beginnenden Experimentierzeit (vgl. die vom Bildungsrat geforderten Gesamtschulexperimente) steht die Strukturreform des Bildungssystems erst noch bevor und wird die ganzen 70er Jahre in Anspruch nehmen. Im Augenblick mag der zögernde Reformer Leussink, der die "Gefahr eines Zusammenstosses mit den Ländern und ihren Kompetenzen genau abzuschätzen weiß" (Handelsblatt, zit. nach "W&W" 6/69, S.34), noch der rechte Mann sein, zumal seine "Fähigkeit zum Umdenken, zur Neuorientierung" (a.a.O.) hervorgehoben wird. Zum gegenwärtig entscheidenden Punkt der Auseinandersetzung (Frage der Fachhochschulen) ist seine Haltung klar, die FAZ (6.2.70) schreibt: „Als Kernstück der 14 Leitsätze ... ist die Festlegung auf einen Hochschulverbund anzusehen. Zwar wird nicht die Gesamthochschule zur Pflicht gemacht, sondern auch die integrierte Gesamthochschule zugelassen. Aber etwas derartiges ist das Minimum. Es soll auch den Hochschulen zur Pflicht gemacht werden, Übergänge zwischen verschiedenen Studiengängen zu schaffen. Damit sollen flexiblere Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden."

Die Tatsache, dass überhaupt ein Rahmengesetz geschaffen werden soll (juristische Grundlage ist die Verabschiedung des Grundgesetzartikels 91 a), was noch vor 2 Jahren ein großes Geschrei über Kulturhoheit der Länder ausgelöst hätte, zeigt, wie weit sich die Monopole bereits gegen das mit den Länderbürokratien verbündete mittlere Kapital durchgesetzt haben. In die gleiche Richtung geht die durch die SPD/FDP-Koalition vorgenommene Umbenennung des "Ministeriums für Wissenschaftliche Forschung" in "Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft", was gleichzeitig auch mit der Fraktionierung innerhalb der Monopole zusammenhängt, denn CDU-Balke bemerkt im Volkswirt 6/70 frustriert: "Jetzt heisst es bloss: Bildung, Bildung." Dass sich die für eine kräftige Expansion des Bildungssystems eintretenden Monopole gegen die vornehmlich an der Projektforschung interessierten und vom Stoltenberg-Ministerium begünstigten Monopole durchgesetzt haben, wird vom Handelsblatt (a.a.O.) bei der Ernennung Leussinks schadenfroh vermerkt: "Wer also glaubt, der 'gelernte' Techniker werde

'big science' und Technologie in seinem Ministerium besonders bevorzugen, wird sich täuschen". (Damit soll natürlich die Bedeutung der Projektforschung nicht verkleinert werden, es handelt sich aber um eine deutliche Akzentverschiebung).

Die unterlegenen Monopole werden ebenso wie das mittlere Kapital von der CDU vertreten, deren Position daher noch weniger einheitlich als die der SPD ist. Krupp-Manager Stoltenberg ist Förderer der Projektforschung, der Zentralisierung möglichst vieler Kompetenzen beim Bund und des Fachhochschulausbaus im Gegensatz zur Gesamthochschule (vgl. auch den baden-württembergischen Hochschulgesamtplan; die CDU pflegt unverbindlich von der kooperativen Gesamthochschule oder einem "Gesamthochschulbereich" zu sprechen, in dem die Fachakademien ihre verschulte Ausbildung behalten sollen). Die Fachhochschulabsolventen und Ingenieure sind aber in erster Linie für die mittleren Unternehmen und das weniger forschungsintensive Großkapital interessant (vgl. Roth, S. 76), während die Chemie- und Elektronikmonopole zunehmend (13) ausserdem noch Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften haben. Man kann vielleicht sagen, dass Stoltenberg die (kurzfristigen) Interessen der Stahl-, Auto- und Maschinenbaukonzerne vertritt. - Entsprechend tritt die CDU für die Beibehaltung des dreigliedrigen Oberschulsystems ein. Dem weitaus flexibleren Gesamtschulkonzept der SPD räumt Roth (S. 28 ff.) nur geringe Realisierungschancen ein, er begründet dies jedoch nicht etwa ökonomisch, sondern nur aus den subjektiven Äusserungen von Politikern und Kommissionen, wobei er immer schon unterstellt, dass die Position der CDU mit den langfristigen Interessen des Kapitals identisch sei. Das dreigliedrige Oberschulsystem dürfte in jedem Fall gestorben sein (14), das Gesamtschulmodell dürfte am ehesten geeignet sein, die erforderliche flexible Stufenausbildung mit großer Durchlässigkeit zu gewährleisten (15).



III. Numerus Clausus

Auf der 20. BDI-Jahrestagung forderte ein Arbeitskreis mit dem offenherzigen Namen "Forschung, technischer Fortschritt und Unternehmensgröße" (zitiert aus "W&W", 4/69, S. 32): "Auch bedürfe die Bildungspolitik für die 70er Jahre einer grundlegenden Überprüfung, denn schon heute sei die Knappheit an qualifiziertem Forschungspersonal vielfach spürbarer als der finanzielle Engpass."

Die Notwendigkeit einer enormen Expansion des Bildungssystems (16) wird von Scherf (vgl. Anm. 1) durch internationale Vergleiche belegt (17); seine 6. These "Das sowjetische Bildungs- und Hoschschulwesen ist in besonderer Weise auf die Bewältigung der Zukunft in einer technisch-determinierten Welt eingestellt" ist in Bezug auf die Quantitäten nach wie vor unbestritten (18): zum einen hohe Studentenzahlen, zum anderen sind 54% aller Studenten in den Natur- und Ingenieurwissenschaften eingeschrieben (BRD: 30%).

Stoltenberg will bis 1975 neben 100 000 Fachschulplätzen noch 120 000 neue Studienplätze an Universitäten schaffen (FR 5.2.70). Heerwagen (der regelmäßig programmatische Artikel in "W&W" schreibt) spricht von konservativen Politikern, "die gegenwärtig mit Zulassungsbeschränkungen ihr vermutlich letztes Gefecht liefern" ("W&W", 6/69, S. 26) und benennt soziale Interessen, die dahinter stehen: "Man braucht sich nur einmal ins Gedächtnis zu rufen, von welchen Leuten in den hochschulpolitischen Auseinandersetzungen perhorreszierende Begriffe wie "Studentenlawine", "Studentenflut" mit Vorliebe verwendet werden, und man wird unschwer ausmachen können, wie weit der Einfluss der dahinterstehenden schichtenspezifischen Mentalität reicht. Die Behauptung darf gewagt werden, dass unser sogenanntes gutes Bürgertum, also die Sozialschicht, der die übergroße Mehrheit der Professoren, Studienräte, Ärzte, Juristen, höheren Beamten entstammt, der Expansion des Bildungswesens umso heftiger widerstrebt, je mehr sie die oberen Ränge ergreift, die bisher im wesentlichen für die Angehörigen dieser Schicht reserviert waren" (a.a.O.). Die Monopole können es sich nicht leisten, die Entwicklung von Wissenschaft und Bildung "Kräften zu überlassen, die nicht bereit sind, sich an den Notwendigkeiten der Gesellschaft zu orientieren" (a.a.O., S.28). Zu diesen "Kräften" zählt insbesondere auch (19) das mittlere Kapital (vgl. den Begriff von II.) mit seinen Ideologen: In einem Interview mit dem "Volkswirt" (51/69) erklärt Personalberater Kroeber-Keneth (vgl. auch "input" 1/69): "Ich plädiere für den totalen numerus clausus und für die Vorschaltung einer mindestens zweijährigen Lehre vor dem Hochschulstudium. Ich bin der Ansicht, dass die Wirtschaft einen Ausfall von Jungakademikern für 4 Semester durchaus verkraften könnte." (Zur Einschätzung des "Volkswirts": in derselben Nummer wird die FU wegen der Wahl Kreibichs als Rote Uni bezeichnet). In ähnlich entschlossener Sprache verkündet die Welt: "Den Zustrom zu den Universitäten einzudämmen, ist heute wichtiger als die Planung neuer Universitäten... Diese harte Nuß muß geknackt werden." (zit. nach FR 5.5.69). Im Zusammenahng mit der politischen Linie der WELT sei auf den Genossen Roth verwiesen: "Generell kann jedoch festgestellt werden, dass die sozialökonomische Dequalifizierung der Ordinarien und der Funktionäre der mittleren Industrie bei diesen eine ausgeprägt neofaschistische Radikalisierung einleitet" (S.34). (Zu den Auswirkungen der Dequalifizierung der Ordinarien auf deren Bewusstsein: einer Allensbacher-Umfrage an der FU zufolge scheint es notwendig, zwischen Geisteswissenschaftlern einerseits und Naturwissenschaftlern und Medizinern andererseits zu differenzieren, vgl. FR 3.2.70). (Natürlich vertreten Springer und die CDU nicht nur das mittlere Kapital!)

Bei vorsichtiger Einschätzung der Widersprüche wird man

vielleicht sagen können, daß der numerus clausus trotz Schnellbauprogramm und Studienzeitverkürzung noch einige Jahre bestehen bleiben wird, ehe er vollständig durch geschicktere Lenkungsmechanismen ersetzt wird. Dabei wird die Beseitigung des numerus clausus nicht in allen Fächern gleichzeitig in Angriff genommen werden: Der numerus clausus ist eine Fehlplanung, was Naturwissenschaften, Medizin (20) und einen Teil der Lehrfächer (21) angeht, und er ist ein ungeschicktes und grobes Lenkungsmittel, was etwa die Psychologie anlangt.

Eine falsche Kapitalismusanalyse und eine Fortsetzung der Einschätzung der technokratischen Hochschulreform aus der zweiten Phase scheint mir im info 102 vorzuliegen: "Numerus clausus und permanente Selektion als integrale Bestandteile der kapitalistischen Bildungsreform(vielmehr dürften flexible Stufenausbildung, Kapazitätserweiterung und Lenkung die wesentlichen Bestandteile in der dritten Phase sein) zeigen nichts anderes als die Schwierigkeiten des Kapitals, mit der Steigerung des allgemeinen Wissens innerhalb seiner Produktionsverhältnisse fertig zu werden." Oder schärfer noch im info 104: "Das Kapital muß vielmehr als der prozessierende Widerspruch begriffen werden, d.h. daß es einerseits unter der Notwendigkeit steht, den Produktionsprozeß permanent zu revolutionieren, die Produktivkräfte ungeheuer zu entwickeln, und gleichzeitig andererseits es ihm unmöglich ist, sie tatsächlich anzuwenden. Das zeigt sich heute etwa am numerus clausus, in dem ungeheueren Anwachsen der Abiturientenzahlen und der Unmöglichkeit, mit dem Angebot an qualifizierbarer Arbeitskraft etwas anzufangen." Da wird nun wirklich ein (freilich systembedingter) Planungsfehler mit dem Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen verwechselt.(an der Marxstelle, auf die angespielt wird, wird eine ganz andere These vertreten, Grundrisse S. 593).

In den Fächern, wo der numerus clausus eine Fehlplanung ist (z.B. Chemie) ist es besonders gefährlich, den numerus clausus isoliert anzugreifen, da sonst leicht das ganze auf den Vorwurf ans KM hinausläuft, dem wachsenden Bedarf der Monopole nicht frühzeitig Rechnung getragen zu haben. Eine numerus-clausus-Kampagne kann aber sinnvoll mit einer Prüfungskampagne verbunden werden (jedenfalls zur Zeit an der Nat-math-Fak), dabei wird die Konditionierungsfunktion des Studiums für den Beruf thematisiert.

In den Fächern, wo der numerus clausus das ungeschickte und grobe Lenkungsmittel ist, das tendenziell durch Eignungstest und Berufsberatung ersetzt werden soll, käme es darauf an, die Verbrämung des Marktgesetzes im Ausbildungssektor zu zerstören, d.h. die Funktion Tests und Berufsberatung aufzudecken - eine Politik, die, falls sie an den Schulen erfolgreich sein soll, den Staat zwingen würde, das Marktprinzip unverschleiert durchzusetzen und damit den numerus clausus beizubehalten. Dann wäre der numerus clausus nicht mehr bloß Ungeschicklichkeit, freilich auch nicht der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, sondern er wäre der Widerspruch zwischen den Studieninteressen von eskapistischen Oberschülern, die Psychologie studieren wollen, und dem Bedarf des Kapitalismus, der diese Oberschüler zum Chemiestudium zwingt. - Neben der Agitation an den Schulen muss an der Uni die Aufklärungskampagne fortgesetzt werden, weil der numerus clausus spektakulär genug ist (Grundgesetz!); viel mehr als Aufklärung dürfte aber kaum möglich sein, weil eine numerus clausus Kampagne wie etwa bei den Psychologen (SS 69) etwas masochistisches an sich hat, insofern, als man die Psychologiestudenten mit moralischem Verweis auf das Grundgesetz dazu auffordert, sich gegen ihre Interessen zu entscheiden, weil die Berufsituation ja schon jetzt beschissen genug ist, geschweige denn nach Aufhebung des numerus clausus.

Herbert Breger

Anmerkungen:

(1) Inwieweit die Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt tatsächlich unmittelbarer Motor für die Anstrengungen der herrschenden Klasse ist, das Bildungssystem zu expandieren, dafür sind die Thesen von Scherf (ehem. BASF-Mitarbeiter, Angehöriger des Planungsstabes des Bundeskanzleramt) ein hervorragender Beleg (in: VDI-Information Nr. 20, Jan. 69). Der imperialistische Charakter der Projektforschung wird u.a. auch daran deutlich, dass selbst "Wirtschaft und Wissenschaft" (Organ der progressiven Monopole, siehe unten) zu markigen Worten greift: "Die Regierung der BRD, die deutsche Wissenschaft und die deutsche Industrie sind entschlossen, am Wettkampf der Nationen um die Schätze der Weltmeere teilzunehmen, und zwar an hervorragender Stelle" (Heft 4/69, S.31). Zur Lage des westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt vgl. auch Rilling (in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/70, S.52/53) und "Wirtschaft und Wissenschaft" (= W&W), 2/69, S.31.

(2) Dass sich die "Gleichgültigkeit gegen die bestimmte Arbeit" (Marx, MEW 26.3, S.437) zunehmend erhöht, scheint für die Diskussion über die technische Intelligenz (vgl. eines der nächsten Roten Foren) wichtig: Das Ausbeutungsverhältnis wird dem wissenschaftlichen Lohnarbeiter in dem Maße durchsichtiger, in dem er seine Tätigkeit nicht mehr als konkrete Arbeit, sondern als Verausgabung menschlicher Arbeitskraft erkennen kann.

(3) In den USA soll die Zahl der in der FE Tätigen von 68 bis 72 um 12% steigen. Die FE-Aufwendungen der westdeutschen Industrie stiegen von 65 bis 67 um ca. 20% (zit. nach W&W, 3/69), seit 65 steigen diese Aufwendungen besonders stark (W&W 4/69).

(4) Wahrscheinlich muss auch innerhalb des mittleren Kapitals differenziert werden, da es zum Teil hochspezialisiert und forschungsintensiv ist. Genaueres siehe Vahrenkamp: "Einige systematische Gesichtspunkte zur Technik und technischen Intelligenz im Kapitalismus", S.10.

(5) Der Anteil der FE-Aufwendungen am Umsatz ist ein gutes Maß für das Expansionsbestreben:
Luftfahrzeugbau + 25,3 %

Elektrotechnik	6,8 %
Chemie	5,2 %
Feinmechanik und Optik	5,0 %
Straßenfahrzeugbau	4,5 %
Maschinenbau	3,2 %

+ noch im Aufbau begriffen

Daneben handelt es sich bei der Stahlindustrie (1%) um eine ausgesprochen stagnierende Monopolgruppe. Die Konzentration dieser Ausgaben schreitet rasch fort: die ersten 4 Unternehmen leisteten 1965 29,6% aller FE-Aufwendungen, 1967 schon 37,4%. (Zahlen nach W&W 1/69 und 5/69, über die Ballung des wissenschaftlichen Personals in Elektrotechnik und Chemie vgl. W&W 6/69).

(6) Roths Behauptung gegen Schmierer bis 68 sei von reeller Disziplinierung "nichts zu spüren", wirkt daneben etwas komisch, das sit-in richtete sich explizit gegen die bereits eingeführte Zwangsexmatrikulation an 2 Fakultäten der FU.

(7) Roth selber schätzt die technologisch irrationalen WR-Empfehlungen von '66 fälschlich schon als Sieg der Monopole ein, die damaligen Empfehlungen gelten aber längst als "konservativ" (W&W, 5/68, S. 25) und überholt. Überhaupt irrt Roth (S.13) gewaltig, wenn er eine kräftige Expansion der Ausbildungskapazitäten als nicht im Interesse der forschungsintensiven Monopole ansieht. Die Verwertung des wissenschaftlichen Fortschritts wird nicht über den Ausbildungssektor (S.11) auf das Großkapital eingeschränkt, sondern durch den hohen Investitionsbedarf für Forschung und Entwicklung.

(8) Zur Theorie vom autoritären Staat vgl. Joscha Schmierer: Kritische Theorie und Studentenbewegung, Rotes Forum 1/70; etwa: "Die kritische Theorie machte so aus den immanenten Widersprüchen des Kapitalismus den Widerspruch von autoritärem Herrschaftssystem und menschlichen Möglichkeiten jenseits dieses Systems."

(9) Als die Westdeutsche Rektorenkonferenz die Drittelparität im Berliner und Hessischen Hochschulgesetz bemängelt, erklärt das Handelsblatt (zit. nach W&W, 6/68, S.23) kühl: Die WRK sei eben eine "protestfreudige Institution".

(10) Vgl. z.B. Wagemann in: W&W, 5/69, S.17.

(11) Z.B. Gutachten der paritätischen FU-Kommission '66; "Was ist die Kritische Universität?", WS 67/68 in: Leibfried: Wider die Untertanenfabrik, bes. S. 321 unten und S. 322 oben; wohl auch die "Fundamentalen Vier" des AStA Müller, WS 68/69 mit Ausnahme des romantischen Punkt 2. - Freilich haben die Studenten nicht nur Interessen, die unmittelbar mit ihrer Ausbildung zusammenhängen. Gerade dies (Berufssituation!) wird für die Hochschulpolitik viel wichtiger werden müssen. Daß aber ein Teil der Studenten durch die monopolkapitalistische Hochschulreform "schon in ihrer Ausbildungsphase in eine hochqualifizierte Schicht der Arbeiterklasse" (Roth: Joscha Schmierers Marsch in die syndikalistische Sackgasse, Rotes Forum 1/70, S.41) verwandelt wird, wäre nur möglich, wenn die Universität zum Produktionsbetrieb und die Studenten zu mehrwertproduzierenden Lohnarbeitern würden.

(12) Wichtig sind insbesondere die Aufsätze von Wagemann (Heft 5/69) und Heerwagen (5/68; 4/69; 6/69), aber auch von Steinbuch (6/68), Riese (1/69), Rick (2/69) und das Kreuznacher Hochschulkonzept der BAK (2/69). Die dort vertretenen Tendenzen nehmen dann im Baukastenplan feste Gestalt an . Zum Beispiel: "Die Humboldtsche Universitätskonzeption ist auf die Ausbildung einer schmalen Elite zugeschnitten; die Bildungsexplosion erfordert deshalb differenzierte Hochschulabschlüsse in Anlehnung an das amerikanische Baccalaureat. Auf der anderen Seite genügt das System der Fachschulen mit ihrer strikten Berufsorientierung immer weniger den Forderungen nach einer Fundamentalbildung, die überhaupt erst eine kontinuierliche Weiterbildung und eine ständige Adaption neuen Wissens ermöglicht. Eine Integration der Fachschulen in den Hochschulbereich wird zur Notwendigkeit. Damit dürfte auf die Dauer die Trennung von Realschulabschluss und Abitur überflüssig werden. (Vgl. mit den Bildungsratsempfehlungen, FR 16.2.70) ... Das bedeutet nichts anderes, als dass sich das deutsche Bildungssystem in Richtung auf eine höhere Flexibilität reformieren muss. Die wissenschaftliche und technische Entwicklung verlangt eine höhere Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte. Deshalb wird es notwendig, die strikte Berufsorientierung des akademischen Studiums, noch mehr aber die der Fachschulausbildung zugunsten eines Systems, das eine intensivere Fundamentalbildung und eine stärkere Schulung der generellen Abstraktionsfähigkeit erlaubt, aufzugeben. Eine höhere Flexibilität zwischen Fachrichtungen und Berufen ist jedoch nicht allein eine ökonomische Notwendigkeit, sondern auch die einzige Möglichkeit, Konflikte zwischen dem Grundrecht auf Bildung und den Arbeitsmarkterfordernissen zu mildern. Wenn die Beschäftigten auf Änderungen in den Anforderungen flexibel zu reagieren vermögen, verliert die Gefahr einer strukturellen Arbeitslosigkeit an Bedeutung. Die Erschliessung von Begabungsreserven wird unproblematisch. Technische und wissenschaftliche Strukturwandlungen verlangen dann lediglich eine ständige Anpassung des Bildungsinhalts; das Problem der Überschüsse und Engpässe an Akademikern oder Abiturienten kann dann in die Rumpelkammer der Historie verwiesen werden." (W&W, 1/69, S.8)

(13) Der Bedarf an Chemikern (die fast ausschliesslich promoviert sind) wächst jährlich um 2 - 4% ("input", 1/69, S.36).

(14) Vgl. Leussink ("Parlament", 14.2.70) über die Empfehlungen des Bildungsrates, die ein Abitur I und II vorsehen: "... daß ich das für sehr vernünftig halte, und dass ich sogar den Eindruck habe, dass sich auch in den Ländern ein Konsensus dahingehend bildet."

(15) Der Bildungsrat empfahl bereits eine Ausweitung der Gesamtschulexperimente, der Stifterverband favorisierte eindeutig dieses Konzept (etwa: W&W, 5/69. S.39/40)

(16) Nur so kann der wirtschaftliche Vorsprung vor anderen Industrienationen gesichert werden. Japan wird die BRD voraussichtlich in diesem Jahr im Bruttosozialprodukt überflügeln und auf den vierten Platz der Industrienationen verweisen!" (Scherf)

(17) Hochschulabsolventen je 10 000 Einwohner:

USA	300
UdSSR	187
Frankreich	123
Japan	99
BRD	60

Angaben nach Scherf. Natürlich sind die Zahlen wegen der unterschiedlichen Hochschulsysteme nur bedingt vergleichbar, sie zeigen dennoch eine deutliche Tendenz.

Beitrag auf dem teach-in zur Entlassung Kommers

D er verblichene Heidelberger Politologe und Verwaltungswissenschaftler Morstein-Marx, langjähriger Lehrmeister sich fortbildender höherer Beamter zu Speye r und gelegentlicher Festredner bei Jungbürgerfeiern, fasste das Ergebnis seiner lebenslangen Beschäftigung mit dem Beamtenwesen in folgende Worte: "Dienstgesinnung ist für den Beamten primäre Lebensforderung." Z u einer inhaltsvolleren Aussage über das Beamtenw e sen hat es die deutsche bürgerliche Soziologie, M ax Weber inbegriffen, auch sonst nicht gebracht. D ennoch ist diese Aussage die adaequate Widerspiegelung der herrschenden Ideologie, die auch das Beamtenrecht prägt. Sie ist Ausdruck der spezifischen Funktion des Staates und seiner Beamten in der bürgerlichen G e sellschaft. Der Staat hat seinen Inhalt nicht in sich selbst, sondern in den Interessen der herrschenden K lasse. Je mehr die bürgerliche Ideologie diese grundlegende Tatsache verleugnen will, desto inhaltsleerer w ird ihr Begriff vom Staat. So ist selbst noch in der bürgerlichen Ideologie die Genese und die Funktion des Staates wenigstens negativ erkennbar: seine Aufgabe, den offenen Klassenkonflikt zu kanalisieren und die Klassenherrschaft zu verklären, indem die partikularen Interessen der herrschenden Klasse als die allgemeinen der Gesellschaft ausgegeben werden, und deshalb, weil diese Gesellschaft als Klassengesellschaft keine konkreten gemeinsamen Interessen kennt, ins Reich der leeren Abstraktion gehoben werden müssen. Wo der Staat aber seinen Klassencharakter nicht offen aussprechen will, muss er die Interessen seiner Bürokratie zum leeren Metaphysikum erklären, zur reinen Pflicht und bloßen Dienstgesinnung. M aterialistische Analyse muss sich gerade darin bewähren, dass sie hinter der leeren Abstraktion die Inhalte und Interessen der herrschenden Klasse sichtbar macht und damit die Staatsmacht als historisch gewordene und historisch zerschlagbare aufweist. Eine Analyse des Beamtenstandes und des Beamtenrechtes muss von der Analyse der Funktion des Staates in der Klassengesellschaft ausgehen, gerade auch dann, wenn abstraktes Staatsdenken das Bewusstsein von unversöhnlichen Klassengegensätzen verdrängt hat. Dafür, dass die K lassengegensätze nicht überwunden sind, ist die Existenz des Staates, so sagt Engels, der Beleg: "Der Staat ist also keineswegs eine der Gesellschaft von aussen aufgezw ungene Macht, ebensowenig ist er 'die Wirklichkeit der sittlichen Idee', 'das Bild und die Wirklichkeit der Vernunft', wie Hegel behauptet. Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, dass diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden Interessen nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der 'Ordnung' halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat." (Engels, Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, S. 190 f.) Wenn Engels auch hier zunächst die konfliktdämpfende, die "ordnungs"stiftende Funktion des Staates hervorhebt, die den bürgerlichen Wissenschaftlern und Ideologen gemeinhin allein ins Bewusstsein komm t, sofern sie überhaupt ein B e w u s s t s e i n vom Staat und nicht bloß einen großen Eindruck von ihm haben, so bedeutete für ihn die Genese des Staates aus dem Klassenkampf immer auch schon, dass der Staat Instrument dieses Klassenkampfes ist: "Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, oekonomisch herrschenden Klasse, die mittelst seiner auch die politisch herrschende Klasse. wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse. So war der antike Staat vor allem Staat der Sklavenhalter zur Niederhaltung der Sklaven, wie der Feudalstaat Organ des Adels zur Niederhaltung der leibeignen und hörigen Bauern und der moderne Repräsentativstaat Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital." (a.a.O., S.193) Diese Doppelfunktion des Staates, einerseits scheinbar über der Gesellschaft stehendes Organ zu sein, um die unversöhnlichen Klassengegensätze zu dämpfen, und andererseits Instrument dieses Klassenkampfes zu sein in den Händen der herrschenden Klasse, muss bei jeder Analyse eines konkreten Staates im Aug e behalten werden, wenn man nicht mit ihrer Leugnung die Möglichkeit der Analyse selbst aufgeben will.

Der moderne bürgerliche Staat

Der moderne bürgerliche Staat hat seinen Ursprung in der Klassenauseinandersetzung zwischen Feudaladel und Bourgeoisie, wobei er erst in der Nachfolge der französischen Revolution und im Verlauf des 19. Jahrhunderts endgültig zum Instrument der Bourgeoisie wurde. Die Teilung der Gewalten und die entsprechende Ideologie hat in dieser Klassenauseinandersetzung ihren Ursprung und hat mit ihrer Lösung zugunsten der Bourgeoisie ihre Grundlage verloren und ist rein illusorisch geworden. Der Staat der Bourgeoisie hat zunächst seine Aufgabe darin, den Austausch innerhalb der Bourgeoisie zu gewährleisten. Danach bestimmen sich die Grundsätze seiner Verfassung als Freiheit und Gleichheit der Warenbesitzer und als Garantie des Privateigentums, dem Staat selbst gegenüber und unter den Warenbesitzern. Aus diesen vor allem negativen Aufgaben leitete sich die Auffassung des liberalen "Nachtwächterstaats" her. Diese Auffassung war immer ideologisch und reines Märchen, insofern der Staat zunächst umkämpftes Instrument innerhalb der Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Feudaladel war und speziell Instrument der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, deren Voraussetzung die gewaltsame Vertreibung der Bauernproduzenten von ihrem Land gewesen ist, und später zum Instrument der Bourgeoisie gegen das aufbegehrende Proletariat wurde. Die Methoden der ursprünglichen Akkumulation, Kolonialsystem, Staatsschuldensystem, modernes Steuersystem und Protektionssystem benutzen alle die "Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft, um den Verwandlungsprozess der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Übergänge abzukürzen. Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht." (Kapital I, MEW 23, S.779). Dass aber die Bourgeoisie nicht nur in ihrer Jugendfrische die Staatsmacht und die Staatsgewalt gegenüber dem Feudalismus zu nutzen wusste, davon zeugt die Brutalität, mit der sie die Juniinsurrektion 1848, die Pariser Kommune und mit Hilfe der Sozialdemokraten die deutschen Arbeiteraufstände nach 1918 niederschlug. Der Nachtwächterstaat ist also ein Wesen aus dem Märchenreich. Die Bourgeoisie eroberte mit Hilfe der Staatsgewalt die ökonomische Herrschaft, wurde durch Eroberung der Staatsgewalt auch zur politisch herrschenden Klasse und setzte diese Staatsgewalt ein gegen das Proletariat, das das Produkt ihrer ökonomischen Herrschaft ist. Die Sensibilität für den Gewaltcharakter der politischen Herrschaft der Bourgeoisie, der im deutschen Faschismus seinen vorläufig offensten Ausdruck fand, dürfte seit den Erfahrungen des französischen Mais und der Aktivitäten der CRS, der italienischen Klassenkämpfe mit ihrem Polizeiterror und auch den harmlosen Erfahrungen der Studentenbewegung der BRD wieder gewachsen sein. Und das ist gut so. Denn die Doppelfunktion des Staates und der Staatsgewalt, dämpfender Faktor im Klassenkampf und Instrument des Klassenkampfes zu sein, war über all dem Geschwätz von Überwindung der Klassengesellschaft etc. vergessen worden. Erst diese Erfahrungen versetzten uns in die Lage, theoretisch und praktisch an der Analyse von Marx, Engels und Lenin anzusetzen und aus ihr zu lernen.

Die Doppelfunktion des bürgerlichen Staates macht einen immer größeren Verwaltungs- und Militärapparat notwendig. Aber dieser Verwaltungs- und Militärapparat darf nicht erscheinen als das was er ist, als Instrument der herrschenden Klasse. Er soll ausschließlich als interessenloser Ordnungsapparat jenseits aller partikularen Interessen erscheinen. Wie die Bourgeoisie also des Staates und seines Apparates bedarf, so bedarf sie auch einer Ideologie, die gerade verschleiert, dass der Staat ausschliesslich ihr Staat ist. Diese Ideologie ist die Rechtsphilosophie Hegels, des konsequentesten Denkers der Bourgeoisie. Wenn neuerdings Schlaumeier wie der nach Graz verzogene Ernst Topitsch plausibel nachweisen, dass die faschistische Staatsideologie ihre Wurzeln in Hegels Rechtsphilosophie hat, so haben sie damit nicht gezeigt, wie sie meinen, dass die Dialektik zum Totalitarismus tendiert, sondern dass Hegel seinerzeit die bürgerliche Gesellschaft so weit zu Ende dachte, dass sie in der historischen Realität erst hundert Jahre später auf sein Niveau kam. Die Behauptung trifft selbstverständlich nur bestimmte Aspekte der Hegelschen Rechtsphilosophie. Sie macht auch Hegel nicht zum Vorläufer des Faschismus, sondern beinhaltet die These, dass die bürgerliche Gesellschaft, sofern sie nicht durch die proletarische Revolution umgewälzt wird, nur die faschistische Konsequenz zulässt und insofern von Hegel folgerichtig entwickelt wurde.

Hegels Staatstheorie ist darin ideologisch, dass sie die kapitalistische Gesellschaft als eine einfache Warengesellschaft denkt, als eine Gesellschaft von individuellen Warenbesitzern. Sie geht darin über diesen Ausgangspunkt hinaus, dass sie aus dieser Gesellschaft das Wesen eines Staates ableitet, dessen Notwendigkeit sich bloss aus dem unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Kapitalisten, die die Produktionsmittel besitzen, und Proletariern, die bloß ihre Arbeitskraft verkaufen können, ergibt; d.h., Hegels Kritik an der parlamentarischen Demokratie und seine Ersetzung des Parlamentarismus durch die Bürokratie ist insofern korrekt, als sie letztlich beinhaltet, dass die Herrschaft der Bourgeoisie auf die Dauer nicht über das Parlament, sondern bloss über die Bürokratie ausgeübt werden kann. Deshalb lieferte Hegel in seiner Rechtsphilosophie tatsächlich die Staatstheorie des Kapitalismus und deshalb wird diese Staatstheorie auch vor allem im Beamtenrecht tradiert, dem Recht der herrschenden Klasse mit Hilfe der Beamten die Gesellschaft politisch zu beherrschen. Die grundsätzliche Doppelfunktion des Staates lässt sich sowohl in der Hegelschen Staatsphilosophie aufzeigen, als auch im Beamtenrecht: sie äussert sich in dem Versuch, die Herrschaft des Privateigentums als Herrschaft der Vernunft auszuüben und damit den Klassencharakter des Staates zu verschleiern und gleichzeitig zu gewährleisten.

Eine solche Staatstheorie und ein aus ihr abgeleitetes Beamtenrecht setzt erstens einen scheinbar über den Klassen stehenden Stand voraus, eben die Beamten, und zweitens die Garantie, dass dieser scheinbar unabhängige Stand die Herrschaft ausschließlich im Interesse der herrschenden Klasse ausübt.

Dies vorausgesetzt liest sich Hegels Bestimmung der Souveränität des Staates wie eine Apotheose des Gesamtkapitals, das mittels des Staates seine Herrschaft auch politisch zur totalen macht:

§ 278: "Diese beiden Bestimmungen, dass die besonderen Geschäfte und Gewalten des Staates weder für sich, noch in dem besonderen Willen von Individuen (das sind Warenbesitzer) selbständig und fest sind, sondern in der Einheit des Staats als ihrem einfachen Selbst ihre letzte Wurzel haben, macht die Souveränität des Staats aus."

Dass Hegel diese Souveränität des Staates im Monarchen personalisiert, ist in diesem Zusammenhang irrelevant. Wichtig ist, wie er die Souveränität des Staates gegenüber der Gesellschaft, die der "Kampfplatz des individuellen Privatinteresses Aller gegen Alle ist", sich durchsetzen lässt:

> "Die Festhaltung des allgemeinen Staatsinteresses und des Gesetzlichen in diesen besonderen Rechten (des Privateigentums) und die Zurückführung desselben auf jenes erfordert eine Besorgung durch Abgeordnete der Regierungsgewalt, die exekutiven Staatsbeamten ..."

Diese Staatsbeamten werden durch den "souveränen Akt" (S.) des Staates rekrutiert, ebenso wie sie bloß den souveränen Willen des Staates exekutieren:

> "Die Regierungsgeschäfte sind objektiver, für sich ihrer Substanz nach bereits entschiedener Natur und durch Individuen zu vollführen und zu verwirklichen.... Für ihre Bestimmung zu denselben ist das objektive Moment die Erkenntnis und der Erweis ihrer Befähigung, - ein Erweis, der dem Staat sein Bedürfnis und als die einzige Bedingung zugleich jedem Bürger die Möglichkeit, sich dem allgemeinen Stande zu widmen, sichert."

Die Beamten entsagen wesensgemäß ihren besonderen Interessen, um nicht den einzelnen Privateigentümern zu dienen, sondern dem Staat als Inkarnation des Gesamtkapitals:

> "Der Staatsdienst fordert die Aufopferung selbständiger und beliebiger Befriedigung subjektiver Zwekke, und gibt eben damit das Recht, sie in der pflichtgemässen Leistung aber nur in ihr zu finden. Hierin liegt nach dieser Seite die Verknüpfung des allgemeinen und besonderen Interesses, welche den Begriff und die innere Festigkeit des Staats ausmacht." (S.)
>
> "Was ... der Staatsdiener zu leisten hat, ist wie es unmittelbar ist, ein Werth an und für sich."

Die Beamtenschaft ist streng hierarchisch gegliedert und findet gerade darin ihre positive Kontrolle, nämlich streng von oben nach unten. Insgesamt wird sie durch den Staat als eigene Klasse konstituiert:

> "Die Mitglieder der Regierung und die Staatsbeamten machen den Hauptteil des Mittelstandes aus, in welchem die gebildete Intelligenz und das rechtliche Bewusstsein der Masse eines Volkes fällt."

Daß diese Trennung der Beamten vom besonderen Privateigentum nicht gegen das Privateigentum überhaupt ausschlägt, gewährleistet Hegel über die Gesetzgebung, die durch die Grundeigentümer als den Exponenten des Gesamtinteresses des Privateigentums bestimmt wird.

"Der Beamte begeht ein Disziplinarvergehen, wenn er seine Beschwerde nicht auf dem Dienstweg bis zur obersten Dienstbehörde vorbringt, sondern die Flucht in die Öffentlichkeit wählt. Unbenommen ist ihm das Recht nach Art. 17 GG, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen mit Bitten und Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden."

Beschluss des Ersten Disziplinarhofes vom 30.1.54, I DV 3153

Die Hegelsche Staatstheorie hat sich nicht zufällig bis heute im Beamtenrecht tradiert. In ihrer Abstraktion vom Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital und der Begründung eines Staates, der objektiv seine Funktion in der Unterdrückung dieses Grundwiderspruches zugunsten des Kapitals hat, ermöglicht sie beides: die ideologische Funktion des Staates als scheinbar klassenneutrales Ordnungsorgan und die tatsächliche Funktion als Unterdrückungsinstrument im Dienste der Bourgeoisie.

Sozial bedeutet dies die Konstitution einer stellvertretenden Herrschaftsklasse, die durch ihre Herkunft mit der Bourgeoisie ohnehin verbunden, im Rahmen der Gesetzgebung der Bourgeoisie deren Herrschaft ausübt, ohne dies offen und ohne Phrase tun zu müssen.

Das Selbstbewusstsein dieser Pseudoklasse wird durch die Ideologie gesichert. Diese liefert das Beamtenrecht ebenso wie die Sicherheit, dass dieses Selbstbewusstsein der Bourgeoisie dienstbar bleibt: "Es besteht daher eine enge innere Beziehung zwischen dem Staat, der nicht nur Apparat des politischen (Partei-) Willens ist, sondern eine geistige Substanz, deren Inhalt sich aus dem Wesen der repräsentativen, rechtsstaatlichen Demokratie ergibt, und dem Träger des Amtes, dem Beamten. Man kann daher mit Recht sagen, dass der Beamte dem Amt und damit dem Staat inkorporiert ist... Der Inhalt des von den Beamten in der rechtsstaatlichen Demokratie auszufüllenden Amtes ist Dienst an der Sache gemäss den Gesetzen und nicht nur Ausführung der von der jeweiligen politischen Regierung gegebenen Befehle (Fischbach DÖV 51, 453; vgl auch Thiele DÖD 59, 21). Die Tätigkeit des Beamten ist eine Funktion innerhalb eines geistigen Ganzen, wird von dem Ganzen her bestimmt, orientiert sich danach und wirkt wesensbestimmend auf das Ganze zurück (Smend, Verfassung und Verfassungsrecht 1928, 19).

Einladung zum kostenlosen Proberauchen!

Probieren Sie den zungenmilden Pfeifentabak! 6 Pröbchen gratis. Diesen Gutschein senden an:

EXCLUSIV-TOBACCO
83 Landshut, Postfach 568 a

Der Beamte erfüllt in der staatlichen Gemeinschaft "über die bloße Sacherledigung hinaus eine 'integrative Funktion' von besonderer staatstragender Bedeutung" (Dernedde DVBl 52, 709). Er muß Repräsentant der Staatsidee sein (Thiele DÖD 60,61; Sellmann ZBR 58,124 (127)). Nur ein diesen Forderungen gerecht werdendes Beamtentum ist auch in der Lage, den Bestand und die Sicherheit des Staatsganzen zu gewährleisten (vgl. ODOG Münster 15.2.53 ZBR 54,84)." (Erwin Schütz: Disziplinarrecht des Bundes und der Länder, Kommentar. Bielefeld 1964; S.68f.)

Das demokratische Ornament konnte diesem Beamtenrecht umso eher aufgesetzt werden, als es dem Kapitalverhältnis selbst auch bloß aufgesetzt ist. Die "Staatsidee" kann ihren ornamentalen Beischmuck wechseln, wenn der Staat nur im Sinne des Kapitals funktioniert. Die bewusste Inhaltsleere der Staatsidee ist ja ohnehin nur der Ausdruck für die Inopportunität, das Kapital als Inhalt dieser Idee offen zu benennen.

Deshalb konnte auch das Beamtenrecht seit Beginn der modernen Staatsbildung unverändert bleiben. Heute noch konstituiert es die Beamten als eigene Pseudoklasse, die einem besonderen Gewaltverhältnis unterworfen ist und sich gerade deshalb durch "Klassenneutralität" auszeichnen soll: (§ 64 LBG) "Der Beamte dient dem ganzen Volk. Er hat seine Aufgaben unparteiisch und gerecht zu erfüllen und auf das Wohl der Allgemeinheit Bedacht zu nehmen."

Er hat seinen eigenen Eid zu leisten und sich zum Gehorsam gegenüber seinen Vorgesetzten zu verpflichten (§ 64). Er hat sein eigenes Disziplinarrecht und darf nicht die "Flucht an die Öffentlichkeit wählen". Auch für einen Betriebsrat haben die "Dienstpflichten" Vorrang. Bei politischer Betätigung über die grundsätzliche Betätigung der Interessen der Bourgeoisie hinaus, "hat er diejenige Mässigung und Zurückhaltung zu wahren, die sich aus seiner Stellung gegenüber der Gesamtheit und aus den Pflichten seines Amtes ergeben" (§ 66). "Der Beamte hat sich mit voller Hingabe seinem Beruf zu widmen. Er hat sein Amt uneigennützig nach bestem Gewissen zu verwalten. Sein Verhalten innerhalb und ausserhalb des Dienstes muss der Achtung und dem Vertrauen gerecht werden, die sein Beruf erfordert." (§ 67).

Ein so dichtes Netz von Paragraphen scheint anzudeuten, dass die Bourgeoisie ihrer Beamten sich nie ganz sicher glauben kann. Tatsächlich ist der Staat und mit ihm das Beamtentum in dem Maße für die Bourgeoisie objektiv unsicher geworden, wie es seiner zunehmend bedarf. Dieses Paradox ergibt sich aus den Widersprüchen des Kapitalverhältnisses selbst. Mit seiner Entwicklung müssen immer mehr gesellschaftliche Aufgaben aus der unmittelbaren Verwaltung des besonderen Privateigentums entlassen werden und durch den Exponenten des Kapitals überhaupt übernommen werden: so z.B. die Ausbildung und das Transportwesen. Damit werden aber dem Staat ganze Gruppen einverleibt, die weder ihrem objektiven Interesse noch unbedingt ihrem subjektiven Bewusstsein nach auf der Seite des Kapitals stehen. Diese Leute sind Lohnarbeiter und als Staatsfunktionäre nicht unbedingt zuverlässig. Die Klassenkämpfe ermöglichen es ihnen, sich ihrer Differenz zur herrschenden Klasse bewusst zu werden. D.h. für den Staat und für das Beamtenrecht, dass die scheinbare Neutralität aufgegeben werden muß zugunsten einer eindeutigen Interessenidentität mit dem Kapital. Tatsächlich wird das Disziplinarrecht für Beamte, wenn auch schwankend, zunehmend explizit politisch: der Versuch der Demokratisierung des Beamtentums in der Weimarer Republik endete im Faschismus. Lange vor dem KP-Verbot erließ die Bundesregierung am 19. Sept. 1950 kurz nach Beginn des Koreakrieges folgenden Erlass:

Vorwort

Im GMBl. vom 20. 9. 1950 wurde unter der Überschrift:

„Politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung"

ein Beschluß der Bundesregierung vom 10. 9. 1950 veröffentlicht, der folgenden Wortlaut hatte:

Beschluß der Bundesregierung vom 19. Sept. 1950

Die Gegner der Bundesrepublik verstärken ihre Bemühungen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu untergraben. Jede Teilnahme an solchen Bestrebungen ist unvereinbar mit den Pflichten des öffentlichen Dienstes. Alle im unmittelbaren oder mittelbaren Bundesdienst stehenden Personen haben sich gemäß § 3 des vorläufigen Bundespersonalgesetzes durch ihr gesamtes Verhalten zur demokratischen Staatsordnung zu bekennen. Wer als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im Bundesdienst an Organisationen oder Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Staatsordnung teilnimmt, sich für sie betätigt oder sie sonst unterstützt, wer insbesondere im Auftrag oder im Sinne der auf Gewalthandlungen abzielenden Beschlüsse des 3. Parteitages der kommunistischen SED und des sogenannten „National-Kongresses" wirkt, macht sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig.

Zu den Organisationen, deren Unterstützung mit den Dienstpflichten unvereinbar sind, gehören insbesondere:

1. Die kommunistische Partei Deutschlands mit allen ihren Unterorganisationen,
2. die sozialdemokratische Aktion,
3. die Freie Deutsche Jugend (FDJ),
4. die Vereinigung der Sowjetfreunde,
5. die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjet-Union,
6. der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands,
7. der gesamtdeutsche Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft,
8. das Komitee der Kämpfer für den Frieden,
9. das Komitee der Jungen Friedenskämpfer,
10. die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN),
11. die Sozialistische Reichspartei,
12. die sogenannte „Schwarze Front" (Otto-Strasser-Bewegung),
13. die „Nationale Front" (Dachorganisation).

Die Bundesregierung ersucht die Dienstvorgesetzten, gegen Beamte, Angestellte und Arbeiter, die ihre Treuepflicht gegenüber der Bundesrepublik durch Teilnahme an solchen Organisationen oder Bestrebungen verletzen, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Gegen Schuldige ist unnachsichtlich die sofortige Entfernung aus dem Bundesdienst, und zwar bei Beamten auf Lebenszeit durch Einleitung eines förmlichen Dienststrafverfahrens unter gleichzeitiger vorläufiger Dienstenthebung und Gehaltseinbehaltung, bei Beamten auf Widerruf durch Widerruf, bei Angestellten und Arbeitern durch fristlose Kündigung herbeizuführen.

Die Bundesregierung empfiehlt den Landesregierungen, sofort entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Adenauer.

Die Ausmerzung unzuverlässiger Beamter ging bisher unter Ausschluss der Öffentlichkeit vor sich. Erst die Studentenbewegung zwang den Staat wieder, seine neutrale Maske fallen zu lassen und sich offen als Instrument des Klassenkampfes zu erkennen zu geben. Wenn der Staat uns aber diese Lehre erteilt, dann dürfen wir nicht bloss liberal reagieren, d.h. dem Klassenkampf inadaequat, sondern müssen uns auf die Seite der Arbeiterklasse stellen, von deren revolutionärer Existenz gerade die staatliche Repression zeugt. Denn der unversöhnliche Klassengegensatz, der den heutigen Mammutstaat notwendig macht, ist nach wie vor der zwischen Lohnarbeit und Kapital.

Wenn auch die Oberschicht der Beamten ihre Beteiligung am Klassenkampf von oben mit handfesten Privilegien bezahlt bekommt, deren Abglanz noch die trüben Schlupfwinkel der Masse der Beamten zu erhellen scheint, so gilt doch von den heutigen Staatsbeamten, was Karl Liebknecht von den preussischen sagte, dass "sie nichts anderes als Staatsbürger zweiter Klasse sind, die man zwar rühmt und preist, als ob sie gewissermassen die Elite des Volkes seien, die aber in der Tat nichts als eine goldene oder gar eine bleierne Kette mit sich herumschleppen; denn bei unseren unglückseligen, schlecht bezahlten Beamten von einer goldenen Kette reden zu wollen, wäre schon der reine Hohn." (K.L., Bd. III, S. 390). Die Gymnasiallehrer gehören zwar nicht zu den unteren Beamten, aber in dem Fall Helmut Kommers und in der Harmlosigkeit seines Vergehens zeigt sich, mit welchem Duckmäusertum ihre schäbigen Privilegien erkauft werden müssten. Deshalb besteht heute die Chance, dass mehr und mehr Lehrer ihren Daseinszweck nicht länger in der Verteidigung ihrer Privilegien und der Hinnahme ihrer politischen Unterwerfung sehen, sondern den Kampf aufnehmen gegen Privilegien und Unterdrückung, deren tiefen Zusammenhang sie in der Ambivalenz ihrer Stellung erfahren.

Für diesen Kampf gelten auch heute noch mutatis mutandis die Worte Liebknechts: "Wir Sozialdemokraten sind natürlich nicht Illusionäre genug, uns einzubilden, dass man durch gute Worte bei der preussischen Regierung oder der Mehrheit dieses Hauses (Liebknecht spricht im Preussischen Landtag) nun eine durchschlagende Reform auf diesem Gebiet erzielen könnte. Hier handelt es sich ganz ausgeprägt um eine Frage der Macht, um eine Frage der Macht im brutalsten Sinne des Wortes. Die herrschenden Parteien, die herrschenden Klassen, die Regierung brauchen die Beamten als ihre Werkzeuge, um ihre Machtstellung aufrechtzuerhalten, und infolgedessen werden sie bei ihrer mechanischen Auffassung von der Gesellschaft und vom Staatsganzen sich nicht bereitfinden wollen, auch innerhalb der Beamtenschaft die Gesinnungen und Auffassungen sich frei regen zu lassen." (S. 389f.)

Für die Lehrer bedeuten die Stufen dieses Machtkampfes, Zusammenarbeit mit der Schülerbewegung, Bündnis mit den unteren Beamten (wobei die Arbeit in den Gewerkschaften versucht werden muss), Erkämpfung des Streikrechts, Einreihung in die Klassenkämpfe der Arbeiter und Zerschlagung des bestehenden Staatsapparats an der Seite der Arbeiterklasse. Dass diese Stufen des Machtkampfes keine leere Illusion sind, beweist die Existenz des Staates, der in seiner Organisation ihre Möglichkeit immer schon bedacht hat und schon auf der ersten Stufe, der Zusammenarbeit von linken Lehrern und Schülern, brutal zuschlägt.

"Ein Betriebsratmitglied, das gelegentlich eines Rechenschaftsberichts vor der Belegschaft die Behördenleitung oder einzelne Dienststellenleiter offen oder versteckt angreift und die Stimmung der Versammlung gegen bestimmte Maßnahmen der Amtsleitung aufwiegelt, begeht ein Dienstvergehen, demgegenüber keine Berufung auf Wahrnehmung berechtigter Interessen im Sinne von § 193 StGB möglich ist.

Auch als Betriebsratsmitglied muss sich der Beamte seiner Stellung als Staatsbediensteter, der in einem besonderen Treueverhältnis zu einem öffentlich-rechtlichen Aufgabenträger steht, bewusst sein. Den sich hieraus ergebenden Dienstplichten gegenüber der Verwaltung und der Allgemeinheit besteht kein Vorrang."

Urteil d. III. Disziplinarsenats vom 20.12.55 - III D 147/54

Entlassungsbescheid des Studienreferendars Kommer

Das Oberschulamt hat die Entlassung Helmut Kommers inzwischen begründet. Wir drucken den Bescheid ab. Aus der Begründung geht klar hervor, dass der Konflikt zwischen Staat und demokratischer Bewegung an der Schule sich weiter verschärfen wird. Mit der Entlassung Kommers an der auch der breite Protest und die Solidaritätsaktionen der Schüler, Referendare und Studenten nichts ändern konnten, hat das Oberschulamt einen Pyrrhus-Sieg errungen.
Der Konflikt an der Wertheimer Schule, der zur Entlassung des Genossen Kommer führte, ist im letzten "Roten Forum" (1/70) ausführlich dokumentarisch belegt. Die angehenden Lehrer sollten diese Dokumente sorgfältig studieren, um sich auf ihre Berufspraxis vorzubereiten. Das AStA-info veröffentlicht einen Bericht des Referendars Kommer und weitere Dokumente.

Red.

OBERSCHULAMT NORDBADEN — 75 Karlsruhe 1, 18. März 1970

Anordnung der sofortigen Vollziehung

Hiermit wird die sofortige Vollziehung der Entlassungsverfügung des Oberschulamts Nordbaden Nr. U III P Kommer, Helmut/22 vom 13.2.1970 angeordnet. Die Rechtswirkungen der Entlassungsverfügung treten somit mit Ablauf des 31. März 1970 ein.

Gründe:

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung der Entlassungsverfügung Nr. U III P Kommer, Helmut/22 vom 13.2.1970 stützt sich auf § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO. Sie hat zur Folge, dass die Rechtswirkungen der Entlassung mit Ablauf des 31.3.1970 vorbehaltlich einer rechtskräftigen Entscheidung in der Hauptsache zunächst eintreten. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung wurde notwendig, nachdem gegen die Entlassungsverfügung vom 13.2.1970 fristgerecht Widerspruch erhoben wurde, über den jedoch wegen Ausstehens seiner Begründung noch nicht entschieden werden kann.

Der Vorbereitungsdienst des Herrn Stud. Ref. Kommer ist nach Bestehen der pädagogischen Prüfung für das Lehramt an Gymnasien bereits am 31.12.1969 abgelaufen. Zu diesem Zeitpunkt, zu dem an sich die Beendigung des Beamtenverhältnisses auf Widerruf fällig gewesen wäre, konnte wegen der Durchführung von Vorermittlungen gemäß §24 der Landesdisziplinarordnung - LDO - vom 1.8.1962 (Ges. Bl. S.141) eine endgültige Entscheidung über sein Ausscheiden oder seine Überführung in das Beamtenverhältnis auf Probe als Studienassessor noch nicht getroffen werden. Inzwischen ist sich das Oberschulamt im Benehmen mit dem Kultusministerium jedoch darüber im klaren, dass ein Verbleib des Widerspruchsführers im Beamtenverhältnis über den gemäß § 41 des Landesbeamtengesetzes - LBG - i.d.F. vom 9.7.68 (Ges. Bl. S. 259) einzuhaltenden Entlassungstermin vom 31.3.1970 hinaus nicht möglich ist. Im öffentlichen Interesse müssen die Rechtswirkungen der fristgerecht ausgesprochenen Entlassung auch mit Ablauf des 31.3.1970 eintreten. Die Gründe hierfür sind folgende:
Oberstudiendirektor Dr. Max. der Leiter des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums Wertheim, an dem der Widerspruchsführer als Lehrer tätig ist, hatte gegen den am 11.11.1969 gewählten Schulsprecher Bedenken geäussert und ihn erst am dritten Tag nach der Wahl bestätigt. Die Bedenken waren ernsthafter und sachlicher Art. Die zwischen den Schülern und der Schulleitung vereinbarte Verfassung des Schülerparlaments macht den Beginn der Amtszeit eines neuen Schulsprechers ausdrücklich von der Bestätigung der Wahl durch den Direktor abhängig. Der Widerspruchsführer war anderer Meinung als sein Schulleiter. Anstatt nun gemäß § 68 Abs.1 Satz 1 LBG den Direktor zu beraten und zu unterstützen und notfalls sich auch an das Oberschulamt als dienstvorgesetzte Behörde zu wenden, agierten der Widerspruchsführer und zwei weitere beamtete Lehrer mit einem kleineren Teil der Schülerschaft aktiv gegen den Schulleiter und beteiligten sich unter erschwerenden Umständen an der Herstellung und Verteilung eines Flugblatts gegen ihn. Dabei ist besonders zu bemerken, dass zum Zeitpunkt der Herstellung des Flugblattes bereits bekannt war, dass der Direktor die Wahl des Schulssprechers unter Zurückstellung seiner Bedenken bestätigen werde.

 Die Flugblätter wurden am späten Abend des 13.11.1969 im Melanchthon-Stift Wertheim, einem evang. Schüler-

heim, gedruckt, ohne das dem Leiter des Stiftes, Rektor Schwindt, auf seine beim abendlichen Rundgang arglos gestellte Frage, eine hinreichend klare Antwort über den Inhalt des Druckerzeugnisses gegeben worden wäre. Nachdem aber Rektor Schwindt in der Nacht nach Herstellung der Flugblätter durch liegengebliebene Makulatur genaue Kenntnis vom Inhalt des Flugblatts erhalten hatte, war er über Ton und Zustandekommen des Flugblattes empört und befürchtete überdies, daß das Stift wider seinen Willen in einen schulinternen Vorgang hineingezogen würde. Deshalb setzte er noch in der Nacht die Rückgabe der Flugblätter auf eigene Initiative und ohne Absprache mit Oberstudiendirektor Dr. Max durch. Einer der drei Lehrer druckte in seiner Wohnung noch am frühen Morgen des 14.11.1969 neue Flugblätter, die dann vor Unterrichtsbeginn auch von Herrn Stud. Ref. Kommer in unmittelbarer Nähe des Gymnasiums an die ankommenden Schüler verteilt wurden (VOX - Information Nr. 1). - Diesen Sachverhalt und seine Rolle dabei stellte Rektor Schwindt u.a. in der Lehrerkonferenz vom 17.11. 1969, an der auch Herr Stud. Ref. Kommer teilnahm, und die beiden anderen beamteten Lehrer in der Tauber-Rundschau vom 29/30.11.1969 wahrheitswidrig:

> "Die Einziehung der ersten Auflage der VOX-Informationen durch Pfarrer Schwindt zeigte ein noch zu klärendes Zusammenspiel vom Schule und Stift."

Diese währheitswidrige Behauptung hatte einzig und allein den Sinn, den Schulleiter und seine Methoden in der Öffentlichkeit weiter suspekt zu machen.
Ferner stellten Herr Stud. Ref. Kommer und die beiden anderen Lehrer in derselben Stellungnahme in der Tauber-Rundschau vom 29./30. 11.1969 die ehrenkränkende Behauptung auf:

> "Um dieses Ziel (Nichtbestätigung der Wahl) zu erreichen, scheute der Direktor nicht vor der unrichtigen Behauptung (gegenüber der Mutter des Schulsprechers) zurück, das gesamte Lehrerkollegium lehne die Wahl des neuen Schulsprechers ab."

Der Wahrheitsbeweis für diese ehrenkränkende Behauptung lässt sich nicht erbringen. Die vom Amtsgericht Wolfhagen als Zeugin unter Eid gehörte Mutter des Schulsprechers konnte diese ehrenkränkende Behauptung nicht erhärten.

Im Januar 1970 hat der Widerspruchsführer in einer Obertertia und in einer Untersekunda, in denen er französischen Fachunterricht zu erteilen hatte, entgegen dem Lehrplan über mehrere Unterrichtsstunden hinweg Fragen "autoritären Verhaltens" mit den Schülern besprochen. Dabei lehnte er es nach seiner eigenen Einlassung bewusst ab, auch auf die Gefahren des Freiheitsmissbrauchs hinzuweisen. Dadurch wurde sein an sich schon lehrplanwidriger Unterricht auch noch in grober Weise einseitig. So hat Herr Stud. Ref. Kommer einen Schülerhinweis auf Walter Ulbricht als Beispiel für einen Vertreter eines autoritären Regimes mit dem Bemerken abgetan, dass hierüber zu wenig Informationen vorlägen. Erschwerend bei alldem wirkt, dass Herr Stud. Ref. Kommer diese Diskussion ausgerechnet zu einem Zeitpunkt führte, als am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium eine große Beunruhigung herrschte, weil ein Teil der Schüler dem Direktor zu Unrecht wegen seines Verhaltens in der Schulsprecherangelegenheit autoritäres Verhalten zu Vorwurf machte.

Das Oberschulamt hingegen hatte Herrn Stud. Ref. Kommer bereits nach Einleitung der disziplinären Vorermittlungen gegen ihn mit Schreiben Nr. U III P Kommer, Helmut /9 vom 10.12.1969 wissen lassen, dass es erwarte, dass er sich in dieser Sache, nämlich der Unruhen am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, jeder weitern öffentlichen Meinungsäusserung enthalte.

Der fachfremde Unterricht brachte dem Lehrer eine Dienstaufsichtsbeschwerde eines Erziehungsberechtigten, des Herrn Bruno Perseke, vom 18.1.1970 ein.

Das Oberschulamt hatte Herrn Stud. Ref. Kommer zu dieser Dienstaufsichtsbeschwerde gehört und ihm zum Zweck seiner sachgerechten Verteidigung eine Ablichtung der Dienstaufsichtsbeschwerde überlassen. Auf die Frage, warum er, Herr Stud. Ref. Kommer, einen solchen Unterricht schon in der Obertertia erteilt habe, erklärte der Widerspruchsführer, dass ein solcher Unterricht nach seiner Auffassung in allen Altersstufen altersentsprechend erforderlich sei. Entgegen seiner sich aus § 73 LBG ergebenen Pflicht zur Amtsverschwiegenheit hat Herr Kommer die Dienstaufsichtsbeschwerde der Öffentlichkeit preisgegeben. Unter diesen Umständen muß befürchtet werden, dass sich zukünftig Erziehungsberechtigte scheuen werden, auch noch so begründete Beschwerden den Schulbehörden vorzutragen.

Im übrigen hat Herr Stud. Ref. Kommer nichts unterlassen, um die Schulaufsichtsbehörde, die um Klärung der Angelegenheit nach schul- und beamtenrechtlichen Gesichtspunkten bemüht ist, unter politischen Druck zu setzen, indem er sich an alle möglichen Verbände und Interessenvertretungen wandte und durch dritte Personen aber auch selbst zu den öffentlichen Publikationsmitteln Zuflucht nahm. Anlässlich einer Schülerdemonstration in Wertheim am Nachmittag des 14.2.1970 hat nach Informationen des Oberschulamts ein Redner erklärt:

> "Der Fall Kommer soll soviel Staub aufwirbeln, dass Max und das Oberschulamt möglichst bald daran ersticken."

Zahlreiche Resolutionen von Gremien, die im Rahmen der laufenden disziplinären Ermittlungen nach der LDO keine Funktionen wahrzunehmen haben und deshalb auch nur unzureichend oder einseitig informiert sind, gingen während der Ermittlungen beim Oberschulamt ein und "verurteilten" das Vorgehen des Oberschulamts und stellten rechtlich unerfüllbare Forderungen.

In einer in der Tauber-Rundschau vom 7.3.1970 und in der Wertheimer Zeitung vom 11.3.1970 veröffentlichten

Resolution der Studienrefrendare am Studienseminar Heidelberg vom teach-in am 6.3.1970 wird im Hinblick auf das Verfahren gegen den Widerspruchsführer behauptet:

"Für den Fall des Rechtswegs deckt sich das Oberschulamt vorsorglich mit Alibis ein, die es sich erst mit Hilfe der Wertheimer Polizei - (mit der übrigens das Oberschulamt noch nie Verbindung aufgenommen hat) - oder durch den Oberschulamtsjuristen Lübke in Schülerverhören, z.B. von Sextanern, durch Suggestivfragen, Verdrehungen und Entstellungen besorgt."

Wie die während der Ermittlungen entstandenen Niederschriften über die Anhörung von Zeugen beweisen, sind diese Vorwürfe aus der Luft gegriffen. Die ständigen Diffamierungen des Oberschulamts nahmen jedoch solche Formen an, dass sich schließlichdas Oberschulamt gezwungen sah, einigen Publikationsmitteln gegenüber unterm 10.3.1970 zur eigenen Rechtfertigung eine ungewöhnliche Erklärung abzugeben, die Herrn Stud. Ref. Kommer aus der Wertheimer Presse bekannt sein dürfte.

Nach einem Bericht der Stuttgarter Zeitung vom 12.3.1970 legte Herr Stud.Ref. Kommer seine Auffassung über das geltende Beamtenrecht in einer Weise dar, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt:

"Kommer und Daum sehen schon im Diensteid den Anfang allen Übels. Er sei ein"Initiationsritus", der ein "lebenslängliches Abhängigkeitsverhältnis" gegenüber der Staatsgewalt einleite und darauf hindeute, dass die Schule in erster Linie "unfreihe Staatsdiener und nicht freie Erzieher" voraussetze .....

Opfer dieses Systems seien die Schüler, deren Stellung in vielem noch der der Leibeigenschaft ähnele. Für dieses System sei die Herrschaft der Menschen über Menschen nötig. Ein Beamter, der sich dafür hergebe, werde zum Ausgleich mit Privilegien ausgestattet, die seinem Dienstgrad entsprächen. "Seine Pensionsberechtigung soll ihn für ein beschädigtes Leben entschädigen"..... Zwar herrsche in der Öffentlichkeit die Meinung, dass körperliche Züchtigung in der Schule verboten sei und deshalb nicht mehr praktiziert werde. Jedoch komme neben Anbrüllen und zahlreichen "raffinierten und sublimen Bestrafungs- und Demütigungsmöglichkeiten auch nach wie vor physische Gewalt zum Einsatz"..... Setzten sie (die Referendare) aber trotzdem ihre kritische Arbeit fort, seien sie den Attacken des "Tribunals Lehrerkonferenz" ausgeliefert. Bei politischer Betätigung habe der Lehrer laut Gesetz "Mäßigung und Zurückhaltung" zu üben. Die Verfasser (nämlich Herr Stud. Ref. Kommer und ein weiterer Studienreferendar) halten diesen Paragraphen für ein Instrument der politischen Reaktion, um "unliebsame Gegner und oppositionelle Kräfte" innerhalb der verbeamteten Lehrerschaft entweder zurückzudrängen oder zu bestrafen. Auch würde die Mehrzahl der Lehrer das Recht auf Meinungsfreiheit, das im Grundgesetz verankert sei, nicht mehr wahrnehmen, weil sie"eingeschüchtert durch den Beamtenstatus" eine "notorische Angst entwickelt hätten, öffentlich ihre Meinung zu äussern. ...."

Vom 13. bis 16.3.1970 streikten rund 200 Schüler des Gymnasiums in Wertheim gegen die Entlassung des Widerspruchführers. Wie aus ihren Streikflugblättern hervorgeht, waren sie sich der Unrechtmässigkeit des Streiks durchaus bewusst. Während des Streiks wurde auch eine Entschliessung gefasst, über die der "Mannheimer Morgen" am 16.3.1970 u.a. folgendes berichtete:

"In einer Entschliessung der an der Versammlung am Samstag beteiligten Eltern, Schüler, Lehrer und Studenten wird gegen die Verhöre von Schülern, selbst Sextanern im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung an der Schule durch das Oberschulamt protestiert. Die Behörde, der in der Behandlung des Falles Kommer mehrfach Lügen vorgeworfen werden, wird aufgefordert, die von "eingeschüchterten Schülern erpressten Akten" zu vernichten".

Wie abwegig und unhaltbar dieser Vorwurf ist, beweist ein Blick in die vorliegenden Protokolle über die Schüleraussagen. Akteneinsicht durch Bevollmächtigte des Widerspruchsführers ist am 13.3.1970 erfolgt.

Am Nachmittag des 14.3.1970 fand in Wertheim laut Main-Post eine Demonstration von über 500 Referendaren, Mitglieder von Studenten- und Lehrergruppen und Schülern aus verschiedenen größeren Städten statt. Die Main-Post vom 16.3.1970 berichtet davon u.a.:

"Bei dem Teach-in rekapitulierte zunächst Stud.Ref. Kommer. ....Weitere Sprecher kritisierten die Abhängigkeit der Referendare von Schulleitern, begründeten die Notwendigkeit des Schülerstreiks gegen undemokratische Methoden an der Schule, geiselten die "Veralterung des Schulsystems" und warfen dem Oberschulamt bei seinen "Machenschaften" Einseitigkeit und Lügen vor. Dabei ging es in erster Linie um die "autoritäre Verhaltensweise" von Oberstudiendirektor Dr. Max und um die Entlassung von Stud. Ref. Kommer....."

In einem bei diesem teach-in verteilten Flugblatt, das dem Oberschulamt vorliegt, heisst es u.a.:

"Wir werden ihn (Oberregierungsdirektor Dr. Unruh vom Oberschulamt) beim Namen nehmen und den "Fall Kommer" nicht ruhig unter OSA-Aktenbergen und Dienstgeheimnissen verschwinden lassen, sondern Unruh auf Wertheims Strassen tragen..... Bei H. Kommer und mehreren anderen kritischen Kurssprechern und Referendaren, nahm das OSA nach intensiver Spitzel-Tätigkeit die Assessorenversetzung zum Anlass einer Selektion. ..... Die Referendare beantworten die Praktiken der Reaktion mit der Politisierung von Schülern und Lehrern.

Am 16.3.1970 fand in Karlsruhe ein teach-in von etwa 130 Studienreferendaren statt. Darüber berichteten die Bad. Neuesten Nachrichten vom 17.3.1970. Die Referendare beschlossen eine Resolution in der es laut BNN u.a. heisst:

"Wir erklären uns solidarisch mit dem Streik der Schüler und dem Kampf für die Demokratisierung der Schule und werden jedem Versuch der Schulbürokratie, gegen den streikenden Schüler mit disziplinarischen Mitteln vorzu-

Fortsetzung letzte Seite

Zur Politik Israels in den besetzten arabischen Gebieten

Die Berichterstattung der bürgerlichen Presse über den israelisch-arabischen Konflikt, ganz besonders die philosemitische Hetze gegen die deutsche Linke und Massnahmen gegen Araber, die sich in der BRD aufhalten, machen deutlich, welche Positionen die herrschenden Kreise der BRD in diesen Auseinandersetzungen einnehmen.

"Unter der Überschrift: 'Säubert München', schrieb der Münchner Stadtanzeiger: 'Hinaus aus München mit jenen Studenten, die seit Jahren keinen Hörsaal mehr betreten haben und auch keinerlei Arbeiten nach gehen; es sei denn, man will Schmuggel, Diebstahl und Betrügereien als Berufstätigkeit anerkennen ... Hinaus aus München mit Leuten, die nicht davor zurückschrecken, kriegerische Auseinandersetzungen anderer Länder auch in unserer Stadt - in einem neutralen Land - auszutragen." (1)

Drückte sich die Unterstützung Israels durch die deutschen herrschenden Kreise zunächst in erster Linie in materiellen Leistungen in Form von Wiedergutmachungszahlungen an den Staat Israel aus, der als alleiniger Vertreter der von den Nationalsozialisten verfolgten Juden auftrat und in Entwicklungshilfe, die sowohl direkte Kapitalhilfe als auch Investitionen des westdeutschen Kapitals einschloss, erstreckt sich heute die geleistete Unterstützung auf viel weitere Bereiche, wie z.B. Militärhilfe, Unterstützung der zionistischen Politik gegenüber den Arabern in publizistischer, als auch in legitimierender Form der deutschen Öffentlichkeit gegenüber.

Waren es vor dem 6-Tage-Krieg noch Cobra-Panzerabwehrraketen des deutschen Luftfahrtkonzerns Bölkow und wenig später Spenden des Großverlegers Springer zum Bau eines Museums in Tel Aviv, sind es heute Großröhren zum Bau von Pipelines durch die besetzten Gebiete und der Lieferung von Maschinen für neuentstehende Fabriken auf den West - Banks (2). Alle diese Maßnahmen tragen dazu bei, die Funktionsfähigkeit Israels als Agentur des westlichen Imperialismus zu stützen.

Die Kapitalisten der BRD stehen nun allerdings vor der Schwierigkeit, einerseits Israel zu unterstützen und andererseits die viel größeren arabischen Märkte durch einen arabischen Einfuhrboykott aufs Spiel zu setzen und damit ihre wichtige wirtschaftliche Position im Nahen Osten zu verlieren.

Dieser Widerspruch in den Möglichkeiten herrschender Politik wird deutlich in der Verherrlichung des heroischen Kampfes der Zionisten und der Diffamierung der arabischen Widerstandskämpfer als Terrorgruppen, von deren "krankem und primitivem Geist" ein Sprecher des israelischen Aussenministeriums zu berichten wusste. (3) Sorgfältig wird unterschieden zwischen den arabischen, zum Teil nationalbourgeoisen Regierungen und den Widerstandsgruppen; dies lässt sich deutlich am Konflikt zwischen den palästinensischen Widerstandsbewegungen und der jordanischen Regierung zeigen, wird aber auch deutlich an der Berichterstattung über Nasser oder an Einladungen für prominente arabische Politiker in die BRD wie vor kurzem Talhuni.

Die Schwierigkeit, die israelischen Aggressionen gegen die Araber als "gerechte Massnahmen" darzustellen, drückt sich in der Presse in Berichten über sowjetische Militärhilfe an arabische Regierungen aus, die das militärische Kräftegleichgewicht aufheben könnte. Ganz besonders zynisch wird die Berichterstattung dann, wenn diese Waffen defensiven Charakter haben, wie etwa russische Sam-Luftabwehrraketen, mit denen verhindert werden kann, dass israelische Flugzeuge Ziele in arabischen Ländern angreifen. Die bürgerliche Presse entrüstet sich über die Verteidigung der arabischen Länder als wäre es schon immer ein Recht der Imperialisten, ungehindert ihre aggressive Politik zu betreiben.

"Diese Tiraden und manipulativen Tricks sollen offensichtlich dazu dienen, massenhaft Zustimmung zu imperialistischen Verhältnissen zu erzeugen: Die rassistische Politik des Staates Israel, seine nur mit Südafrika vergleichbare Apartheid-Politik findet ihre notwendige Fortsetzung in den Spalten der europäischen und amerikanischen Zeitungen. Alle Versuche, den Ursprung des Konflikts, nämlich dass Israel eine von Europa und den USA vor nicht langer Zeit in Werk gesetzte koloniale Gründung ist, zu zuschütten, werden immer wieder durch die Notwendigkeit vereitelt, blutige israelische Politik des Raubes, der Zerstörung und der Vertreibung zu rechtfertigen.

Während ursprüngliche Akkumulation sowie Sicherung und Verbesserung der Reproduktionsbedingungen des Kapitals die Gründe imperialistischer Politik sind, ist der Rassismus die spezifische Form ihrer Rechtfertigung. Da die offene imperialistische Gewalt, die sich nicht verheimlichen lässt, sich mit den moralischen Normen der "zivilisierten Welt" nicht rechtfertigen lässt, ohne dass die Glaubwürdigkeit dieser Normen bei den Massen und mithin ihre, die bestehenden Herrschaftsverhältnisse stabilisierende Funktion verloren gingen, müssen die vom Imperialismus unterdrückten Völker aus der sog. zivilisierten Welt ausgegrenzt, kollektiv für wahnsinnig, irrational, religiös verblendet, etc. erklärt, kurz zu Untermenschen deklariert werden, gegenüber denen die moralischen Normen der "zivilisierten Welt" überhaupt nicht gültig sind." (4)

Die Darstellung der Situation in den arabischen Ländern und besonders in den von Israel besetzten Gebieten weicht beträchtlich von der realen israelischen Politik in den besetzten Gebieten ab. Einerseits gibt es wenige Zweifel über die weitgehend ökonomischen Gründe der isra-

(1) Zit. nach: Der Funke, hrsg. von den SAALA- und Trikontgruppen in der BRD, Nr. 1, März 1970, S.3

(2) Vgl. Spiegel Nr. 44, vom 27.10.69 und Frankfurter Rundschau vom 16.12.69

(3) Vgl. Der Funke, a.a.O., S.3

(4) ibid.

elischen Okkupation, - nämlich neue Absatzmärkte zu schaffen für israelische und ausländische Waren, neue Resourcen zu erschliessen, d.h. Bodenschätze wie auch landwirtschaftliche Anbauflächen, sowie billigste arabische Arbeitskräfte und nicht zuletzt eine Verbindung zwischen den Ölgebieten und Mittelmeerhäfen, um das Rohöl transportieren zu können -, andererseits wird die Okkupation sowohl als Rückgewinnung historischer Stätten und als Schutzzonen gegenüber den arabischen Ländern von der zionistischen Propaganda dargestellt. Dajan konnte deshalb am 7. Juni 1967 in Jerusalem sagen: "Wir sind an unsere heiligen Stätten zurückgekehrt und werden sie niemals wieder verlassen" (5) und der ehemalige Ministerpräsident Ben Gurion konnte verkünden, dass "der Suez-Kanal die beste natürliche Grenze Israels ist" (6).

Die ideologische Verbrämung kann allerdings nicht verschleiern, dass die Okkupation Israels als eine endgültige betrachtet wird. Die daraus resultierende Politik der verbliebenen arabischen Bevölkerung gegenüber, deren Inhalt zwar nicht öffentlich bekannt wird, sich aber deutlich an den Militärgesetzen und deren Anwendung zeigt, wird in einem Referat des Brigadegenerals Shlomo Gazits, Koordinator der israelischen Regierungstruppen in den besetzten Gebieten deutlich, das auszugsweise hier im Kontext mit den Ausnahmegesetzen dargestellt wird (7).

Artikel 125: Der Militärgouverneur ist ermächtigt, jeden Bezirk und jeden Ort durch Verordnung zur geschlossenen Zone zu erklären, um die von diesen Gesetzen verfolgten Zwecke zu erreichen. Nach Inkrafttreten einer solchen Verordnung wird jeder, der diesen Bezirk oder Ort betritt oder verlässt, ohne im Besitz eines von der Militärregierung gezeichneten Passierscheins zu sein, der Übertretung dieser Gesetze beschuldigt.
(Die Gesetzestexte wurden aus Sabri Jiryis, Les arabes en Israel, Beirut 1969, S. 21 ff. entnommen. Vgl. auch die Texte im Anhang an die Literaturliste)
Artikel 109 und 110 berechtigen den Militärgouverneur, alle Einwohner der besetzten Gebiete mit einfachen administrativen Anordnungen unter Polizeiüberwachung zu stellen, ihnen den Aufenthalt in beliebigen Gebieten zu untersagen, der Polizei jeden Schritt melden zu müssen, beliebige Enteignungen vornehmen zu können, die Arbeitsmöglichkeiten einzuschränken, Berufsverbote auszusprechen, Meinungs- und Pressefreiheit einzuengen. Die Polizei hat ebenso das Recht, jedermann zu jeder beliebigen Zeit und beliebig häufig zum nächstgelegenen Stützpunkt zu bestellen, wie auch Ausgehverbote und Ähnliches zu verhängen. Es konnte geschehen, dass sich manche Araber nicht bloß zur nächstgelegenen, sondern zu einer viel weiter entfernten Polizeiniederlassung begeben mussten, um sich zu melden und das mehrmals am Tag. (8)

"Während der Nacht vom 26. auf den 27. Juni wurden viele Bulldozer eingesetzt um die Dörfer dem Erdboden gleichzumachen. Die Traktoren der Bauern wurden in das benachbarte Kibbuzim gebracht, wo sie ab 2. Juli bei der Feldbestellung eingesetzt waren. Das Gebiet wurde zur gesperrten Zone erklärt, während sich diese Begebenheiten abspielten" und "am 8. Juni drangen israelische Soldaten in das Dorf Soufir ein und jagten die Bewohner. Durch Lautsprecher wurde gesagt 'es ist Zeit abzurechnen. Ihr seid die Kaninchen. Ihr habt 10 Minuten Zeit, um in die Berge abzuhauen. Wenn ihr euch beeilt, könnt ihr euer Leben retten'. Die Soldaten erschossen einen alten Mann, der sich hartnäckig weigerte zu fliehen und sprengten 13 der besterhaltenen Häuser des Dorfes". (9)

Das israelische Verteidigungsministerium feiert die Erfolge der "Befriedungspolitik" in einer Broschüre für den deutschen Leser, die unter anderem auch in Schulen verteilt wird: "Nach der erfolgreichen Abwehr der Anschläge von Feinden, die im Mai und Juni 1967 seine Vernichtung versucht hatten, sah sich Israel vor die Aufgabe gestellt, Territorien mit etwa einer Million Arabern zu verwalten. Die meisten von ihnen waren 20 Jahre lang zum Hass gegen Israel erzogen und zu Terrorakten verhetzt worden. Die schnelle Rückkehr zu normalen Verhältnissen, die relative Ruhe und die ablehnende Haltung, die diese Bevölkerung gegen jeden Versuch zur Wiederaufnahme von Kriegshandlungen, Terrorhetze, ja sogar gegen Demonstrationen einnimmt, legen beredtes Zeugnis für den Erfolg der in diesen Gebieten angewandten Politik ab". (10) General Gazit stellt die Aufgaben der militärischen Verwaltung folgendermassen dar: "Unsere Besetzung dieser Gebiete ist eine militärische und als solche halten wir uns mehr oder weniger an die Übereinkünfte, Bestimmungen und Abkommen von Genf, Den Haag, usw. - also all die Bestimmungen, die auch für andere militärische Besetzungen gelten. Die drei Hauptaufgaben einer Besatzungsmacht in einer solchen Situation sind zusammengefasst die folgenden: Die zivile Bevölkerung in dem besetzten Gebiet sollte nicht unter dem Krieg leiden, wenn die Kämpfe beendet sind; ihr sollte so schnell wie es geht, jede Möglichkeit gegeben werden, ihr Leben möglichst normal weiterzuführen. Das war eine unsere ersten Aufgaben, und ich kann wohl sagen, dass es uns erstaunlicherweise gelungen ist, das Leben schnell wieder zu normalisieren - soweit es gemäß den Umständen möglich war. Uns kam dabei der besondere Charakter der Wirtschafts- und Gesellschaftsform in diesen Gebieten zu Hilfe. In der Regel ist eine Wirtschaft und Gesellschaft desto weniger krisen- oder kriegsanfällig je primitiver sie ist. Uns kam auch ganz besonders die Art dieses Krieges zu Hilfe, da an einigen Stellen die Kämpfe nicht länger als 1 oder 2 Tage dauerten,

(5) Le Monde, 7.6.67
(6) Le Monde, 8.9.67
(7) Das Referat wurde am 21. April 69 in Rehovot bei einem Seminar des "Israel Committee on the Middle East" gehalten. Die Übersetzung erfolgte aus dem Englischen.
(8) Vgl. Nathan Weinstock, Le sionisme contre Israel, Paris 1969, S. 503
(9) ibid., S. 504
(10) Die israelische Verwaltung in Judea, Samaria und Gaza, ein Zeugnis des Fortschritts, hrsg. vom Verteidigungsministerium, Tel Aviv, 1969
(11) Referat von Shlomo Gazit

in den meisten Fällen sogar weniger. Ein anderer Faktor zu unseren Gunsten war die nahe Lage dieser Gebiete zu Israel. Wir mussten nicht überseeische Gebiete besetzen. Sie lagen gleich um die Ecke - und so ist es für uns leichter, die West Banks zu kontrollieren als z.B. unsere eigene Negev-Wüste." (11)

Kurz nach dem 6-Tage-Krieg stellte sich die Politik zusätzlich in einer anderen Weise dar: "Hauptsächlich in den besetzten Gebieten und zwar im Verlauf der ersten Tage nach dem Krieg, wurde die Bevölkerung nachdrücklich über Plakatanschläge und Rundfunk- und Lautsprecherdurchsagen aufgefordert, nach Amman, d.h. nach Jordanien auszureisen. "Am 18. Juni patroullierten israelische Soldaten durch Jerusalem. Sie gaben Maschinengewehrgarben ab, während mit Lautsprechern durchgegeben wurde: Während des Glockengeläutes, das den ganzen Tag dauern wird, ist es verboten, sich in den Straßen aufzuhalten. Denjenigen, die nach Amman ausreisen wollen, steht es frei, das zu tun. Autobusse stehen zu ihrer Verfügung" (12).

"Als die Flüchtlinge dann am Jordan ankamen, wartete dort schon die israelische Armee auf sie. Es existiert ein Augenzeugenbericht eines israelischen Soldaten: 'Nacht für Nacht überquerten die Araber den Jordan in westlicher Richtung. Wir sperrten die Furten und hatten Befehl, ohne Warnung zu schiessen. Jede Nacht schossen wir auf Männer, Frauen und Kinder. Während der Vollmondnächte konnten wir die Leute ganz genau sehen; Wir konnten zwischen Männern, Frauen und Kindern genau unterscheiden. Vormittags durchsuchten wir das Gebiet und töteten auf ausdrücklichen Befehl des diensthabenden Offiziers die noch Überlebenden, auch solche, die sich versteckten und verwundet waren. Nachdem wir sie getötet hatten, bedeckten wir sie mit Erde und manchmal warteten wir ab, bis ein Bulldozer kam, um sie ganz zu beseitigen." (Zitat nach dem israelischen Magazin Nim'as, Sept. 67 und Israel Imperial News, London, Okt. 67)

Wenn man von der stark negativen Zahlungsbilanz Israels ausgeht, die durchschnittlich 400 Millionen Dollar im Jahr ausmachte und die sich nach der Einstellung der westdeutschen Reparationszahlungen von insgesamt 23 Milliarden DM noch verschärfte, wird die ökonomische Funktion des 6-Tage-Krieges deutlich. Israel ist gezwungen, möglichst viele Konsumartikel im eigenen Wirtschaftsbereich herzustellen und auf dem Binnenmarkt, wie auch ausländischen Märkten abzusetzen. Durch Investitionen und Zahlungen aus dem kapitalistischen Ausland konnten die israelischen Wirtschaftsmanager die Produktionskapazitäten stark erweitern, die hergestellten Waren aber in dem relativ kleinen originären Absatzbereich nicht verkaufen. Die wirtschaftliche Rezession, die sich sowohl in einer beträchtlichen Steigerung der Arbeitslosenrate (1965 33 000, 1966 62 000 Arbeitslose) als im stagnierenden Sozialprodukt (1960-64: durchschnittlich 6,7% Zuwachs, 1966 1% Zuwachs) (13) ausdrückte, hatte einen starken Rückgang der ausländischen Investitionsrate zur Folge (1964 143 Millionen Dollar, 1965 92 Millionen Dollar) (14), da sich für das ausländische Kapital eine langfristige Möglichkeit zur Profitmaximierung ohne Erweiterung des Marktes nicht in der erwünschten Weise darstellte. Durch die stark angewachsenen Löhne nach den Lohnkämpfen der Arbeiter weiter Produktionsbereiche stellte sich ebenso die Frage nach billigen Arbeitskräften und einer entsprechenden Reservearmee gegen die israelischen Arbeiter. Zur Lösung beider Bedingungen boten sich die von arabischer Bevölkerung bewohnten angrenzenden Gebiete an. Nach der Okkupation entwickelten die zionistischen Herrschaftskreise kurzfristige Zielsetzungen, die Gazit so darstellt: "Wir versuchen, diese Gebiete mit sowenig Aufwand wie möglich zu verwalten - und ich spreche hier nicht vom Geld, das ist die geringste unserer Sorgen. Wir sind ein kleines Land - unsere wirtschaftlichen Resourcen sind nicht unbegrenzt - einige meinen, wir beanspruchen sie schon zu sehr. So wie wir heute vorgehen, sind die Ausgaben für diese Gebiete vollständig durch das Einkommen aus diesen Gebieten gedeckt. Ich spreche hier von den Ausgaben für Verwaltung und nicht für militärische Zwekke, wie z.B. für die Truppen oder die Befestigung neuer Verteidigungslinien. Die Verwaltungsausgaben stellen also keine zusätzliche Belastung dar. Falls die Regierung sich also entscheiden müsste, ob sie diese Gebiete behalten soll, so entstehen zumindest keine wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Sogar in allgemeinerer wirtschaftlicher Hinsicht würden diese Gebiete keine Belastung darstellen. Durch sie vergrößern wir Israels Markt von etwas mehr als 2,5 Millionen um 1 Millionen Menschen mehr. Nicht jeder Konsument - z.B. ein Beduine von der Sinai-Halbinsel - hat den gleichen Lebensstandard wie die Israelis hier in Rehovot, aber immerhin bedeutet es, dass eine Million mehr Menschen ernährt und versorgt werden muß. Zweitens werden arabische Arbeitskräfte unserer Wirtschaft zugeführt. Das ist hinsichtlich der wirtschaftlichen Probleme Israels ein wichtiger Beitrag, vielleicht sogar der wichtigste um die inflationären Tendenzen aufzuhalten. Drittens, der Einfluss auf den Tourismus: Seit 20 Jahren dürfen wir uns rühmen, im Heiligen Land zu leben, dem Paradies des Tourismus. Doch befanden sich die wichtigen historischen Plätze nicht in unserer Hand. Nun endlich ist unser Land wirklich interessant für Touristen geworden und das ist ganz gewiss einer der Gründe, weshalb trotz der politischen und militärischen Schwierigkeiten der Touristenstrom relativ zugenommen hat. Wenn wir von einem geringen Aufwand in der Verwaltung sprechen, so denken wir nicht nur an das Geld, sondern auch an die menschlichen Resourcen. Wir verfügen nicht über ein unbegrenztes Potential."

Auch die westdeutsche Presse hat die Vorzüge des Tourismus nach dem 6-Tage-Krieg erkannt: "Kurz nach dem

(12) Zit. nach "Jerusalem et le sang des pauvres", 5-8, Juni 1967, Texte und Dokumente von Père Paul Gauthier und Soeur Marie-Thérèse, erschienen in "Témoignage Chretien" am 27.7.67, (vgl. auch Weinstock, a.a.O. S. 500)

(13) Bericht der Bank of Israel 1965, S.65

(14) ibid., S.60

6-Tage-Krieg eröffneten sich für Pilger und Touristen hoffnungsvolle Aspekte. Alle Stätten der Evangelien und vor allem der Passion lagen nun mit einem Mal auf dem Boden eines Territoriums, nämlich des Staates Israel, der über eine hervorragende Fremdenverkehrsorganisation verfügt. Man musste sich nicht mehr um Lizenzen oder verschiedene Pässe bemühen und das Mandelbaumtor durchschreiten, um in der gleichen Woche Abendmahlsaal und Kreuztragungsgasse zu besichtigen... " (15) Das Bemühen, dem Leser die Okkupation als "Kreuzzug"darzustellen wird nicht nur hier deutlich. Der Tourismus stellt für Israel tatsächlich eine wichtige Möglichkeit dar, die negative Handelsbilanz über Deviseneinnahmen zu verbessern.

Um die zionistische Politik in den besetzten Gebieten auch gegen den Widerstand der Bevölkerung durchsetzen zu können, werden die Militärgesetze in aller Härte angewendet. Gazit nennt dazu die Prinzipien: "Wie soll die Masse der Bevölkerung von den Saboteuren getrennt werden, und das obwohl sie uns nicht mögen, uns loswerden wollen und obwohl jeder Araber in diesen Gebieten natürlich Sympathien für die Saboteure hegt? Die erste Regel ist: nie kollektive Bestrafungen vorzunehmen. Das ist von dem Genfer Abkommen her verboten, was aber nicht unsere Hauptsorge ist. Wir sind gegen kollektive Bestrafungen, weil wir vermeiden wollen, dass normale friedliche Leute in diesen Gebieten einen Punkt erreichen, an dem sie sagen würden: "Ist doch ganz egal, ich werde ja sowieso bestraft. Sie werfen mich ins Gefängnis, foltern mich, sprengen mein Haus, warum soll ich sie dann nicht wenigstens bekämpfen." Sie sollen verstehen lernen, dass sie, solange sie nicht direkt an illegaler Aktivität teilnehmen, nichts von uns zu befürchten haben. Auf der anderen Seite heisst das natürlich recht harte Bestrafung für jene, die daran teilnehmen. Wir haben nicht die Todesstrafe, obwohl wir sie rechtlich gesehen hängen könnten, wenn wir es wollten. Aber wir glauben, es verstösst gegen unser Interesse, wenn wir das tun. "

Vor kurzem wurde über die Organisation "Amnesty International" bekannt, dass gefangene Araber in den Gefängnissen gefoltert werden. Das ist zwar keine Neuigkeit, aber doch erstmals die öffentliche Bestätigung dieser Methoden durch eine neutrale Organisation: "In dem Bericht der Organisation, die sich mit dem Schicksal politischer Gefangener in der ganzen Welt befasst, heisst es, Araber seien in israelischen Gefängnissen ausgepeitscht, durch Elektro-Schocks, sowie mit brennenden Zigaretten mißhandelt worden. Zur Untermauerung der Beschuldigungen werden Fotographien und ärztliche Gutachten über Personen, die behaupten, gefoltert worden zu sein, angeboten. (16). Die zionistischen Darstellungen für die Bundesrepublik können in diesem Kontext kommentarlos wiedergegeben werden: " Da Israel die Todesstrafe nicht durchführt, die verwundeten Terroristen nicht schlechter behandelt als seine eigenen Bürger - sie werden in denselben Abteilungen der Krankenhäuser behandelt wie Israelis und erhalten dieselbe Pflege - und in seinen Gefängnissen weit bessere Bedingungen herrschen als in den arabischen, sind die Bandenmitglieder kaum jemals gewillt, bis zum bitteren Ende zu kämpfen. Im Gegenteil, sie helfen den Sicherheitsorganen ihre der Gefangennahme entgangenen Kameraden aufzufinden. So retten sie sie vor einem fast sicheren Tod und verhelfen ihnen zur Sicherheit in "einem komfortablen Gefängnis". Dieses Vorgehen hat dazu geführt, dass viele am Leben blieben, die sonst eine sichere Beute des Todes geworden wären." (17) Die Armee hat zur Bestrafung und Abschreckung der Zivilbevölkerung noch weitergehende Möglichkeiten: "Unser Problem ist nicht Bestrafung, sondern Abschreckung. Dafür ist die effektivste, wenn auch nicht sehr angenehme Waffe das Sprengen von Häusern. Rechtlich ist das erlaubt. Wir wenden die britischen Notverordnungen (emergency regulations) an, die die Briten gegen Terroristen verwandten. (Damals waren wir die Terroristen.) Die gleichen Verordnungen wurdem in den West Banks unter jordanischer Herrschaft angewandt, sie sind dort nie abgeschafft worden. Auch im Gaza-Streifen waren sie noch nicht abgeschafft worden. Die Sprengung von Häusern ist insofern wirksam, als sie eine sofortige Bestrafung darstellt. Wenn wir jemanden abschrecken wollen, könnten wir einen normalen, gesetzmäßigen Prozess abwarten. Haben wir z.B. in Gaza einen Terroristen gefangen, der eine Granate geworfen hat, müssten wir 4 Monate warten, ehe sein Prozess stattfindet, der dann noch einmal einen Monat dauert, und dann vergehen noch einmal 3 oder 4 Monate mit seiner Berufung, während alle im Gaza-Streifen darauf warten, was mit ihm geschieht, und wie seine Strafe aussieht. Wollen wir Terroristen abschrekken, so muß die Bevölkerung sofort unsere Antwort sehen. Wenn wir die oben genannten Verordnungen anwenden, können wir sofort reagieren." (Gazit)

In der Zwischenzeit wurden mehr als 7 500 Häuser gegesprengt (18).

Formal ist es richtig, dass die arabische Bevölkerung sowohl das passive als auch das aktive Wahlrecht besitzt, ein Punkt auf den die zionistische Propaganda oft hinweist. Die Einschränkungen durch die Militärgesetzgebung und deren Ausführung machen jedoch eine Wahrnehmung dieser Rechte praktisch unmöglich. Es ändert auch nichts an der Rassendiskriminierung der Araber durch die Zionisten, die sich in einem Kommentar des israelischen Innenministeriums zum "Staatsangehörigkeitsgesetz" ausdrückt: "Das Gesetz beabsichtigt eine Unterscheidung zwischen denen, deren Loyalität Israel absolut sicher ist und denen, die diese erst unter Beweis stellen müssen."(19). "Um Bürger Israels zu werden, muß der Araber "naturalisiert" werden. Das ist nur möglich, wenn bewiesen wird: a) dass er im Lande geboren wurde; b) dass er in dem von den Israelis besetzten Gebiet drei der fünf Jahre gelebt hat, welche dem Tag seiner Bewerbung für die Staatsangehörigkeit vorausgingen;

(15) RNZ, 4.3.70
(16) Heidelberger Tageblatt, 2.4.70
(17) Die israelische Verwaltung..., a.a.O., S.7
(18) Vgl. "Al Djabha" Nr.5, Die israelische Politik in den besetzten Gebieten.1970
(19) Don Peretz, Israel and the Palestine Arabs, Middle East Institute, Washington, 1958

c) dass er für einen dauernden Wohnsitz qualifiziert ist; d) dass er dauernd in dem Lande siedelt oder das beabsichtigt; und e) dass er eine ausreichende Kenntnis der hebräischen Sprache besitzt (obwohl arabisch als eine der Amtssprachen gilt, d.V.). " (20) Diese formalen Rechte bleiben deshalb auf einen kleinen Teil der arabischen Bevölkerung beschränkt. Nach der israelischen Besetzung zeigte sich die Mehrzahl der arabischen Notabeln bereit, mit der Besatzungsmacht zusammen zu arbeiten, in erster Linie Großgrundbesitzer, Hoteliers, kleinere und mittlere Unternehmer, Bauunternehmer usw. Diese Angehörigen der früher herrschenden Klasse wurden von den Militärs in den wichtigsten Verwaltungspositionen untergebracht, womit sichergestellt war, dass israelische Eingriffe in die Verwaltung auf ein Minimum reduziert bleiben konnten. (21) General Gazit bestätigt das: "Ich habe schon erwähnt, dass wir schon aus eigenen Gründen so billig wie möglich verwalten wollen. Aber es gibt noch einen tieferen Grund. Wenn sie vor einer [illegible]errschung Angst haben, dann ist die beste Art sie zu beruhigen, wenn man sie alles selbst verwalten lässt. Die Verwaltung ist praktisch noch genauso wie vorher."

Die Funktion der besetzten Gebiete als Wirtschaftsfaktor wird von den herrschenden zionistischen Kreisen nicht bestritten. Gazit nennt Zahlen, die zeigen, wie wichtig diese Gebiete als Absatzmärkte und Rohstoffquellen sind und vergisst auch nicht zu erwähnen, dass es "in Gaza z.B. wunderbaren Fisch gibt zur Hälfte des Preises, den man in Tel Aviv zahlen müsste." "Nach Osten exportieren wir jetzt Werte von etwa 60 Millionen IL (israelische Pfund) und importieren wir im Werte von IL 20 Millionen. Während des vergangenen Jahres überquerten mehr als 250 000 Menschen den Fluss als Touristen in die West Banks und 40 000 kamen als Touristen aus der anderen Richtung (d.h. aus dem Ausland). " Die arabische Bevölkerung soll in das israelische Wirtschaftsgebiet ganz integriert werden: Die verbliebenen arabischen Notabeln [illegible]e Verwaltungswerkzeuge der Zionisten, als Mitbesitzer [illegible]einerer Betriebe, die vom israelischen Kapital kontrolliert werden; auf der anderen Seite stehen die arabischen Massen, deren billige Arbeitskräfte in der israelischen Industrie gebraucht werden, nicht zuletzt um größere Lohnsteigerungen abzufangen. (22). " Wir wollen, daß so viele Leute wie möglich in den besetzten Gebieten ein direktes materielles Interesse daran haben, ihre Beziehungen zu Israel fortzusetzen. Hier bekommen sie Arbeit, das Rohmaterial für ihre Industrie, den Markt für ihre Produkte und Gelder für Investitionen in bestimmten Industriezweigen. Es kann auch der Ort sein, von dem sie Elektrizität für ihre Dörfer beziehen." (23)

Wenn man davon ausgeht, dass die gesamten besetzten Gebiete mit einem Netz von Wehrdörfern (Kibbuzim) überzogen wurden, dass israelische Siedlungspläne für verschiedene Gebiete entwickelt wurden und zum Teil schon realisiert sind, dass die ökonomischen Bedingungen der besetzten Gebiete die Position des israelischen und ausländischen Kapitals absichern helfen und die besetzten Gebiete zusätzlichen Schutz gegen die arabischen Nachbarländer bieten, steht ausser Zweifel, dass die Zionisten die besetzten Gebiete nicht mehr zurückgeben werden und auf den schärfer werdenden Kampf der Araber keine andere Antwort finden, als zusätzliche Repressionen und eine noch aggressivere Politik gegenüber der arabischen Bevölkerung. Nasser und die arabische Nationalbourgeoisie werden vielleicht einer sogenannten friedlichen Lösung zustimmen, wenn Israel bestimmte Teile der besetzten Gebiete in erster Linie die Sinai- Halbinsel zurückgeben würde. Die Sinai-Halbinsel hat in der Tat hauptsächlich eine strategische Bedeutung für den israelischen Staat als Pufferzone gegenüber Ägypten. Der Rest der besetzten Gebiete erfüllt jedoch die beschriebenen ökonomischen Funktionen für das israelische Wirtschaftssystem und das, dieses stützende ausländische Kapital. Eine "friedliche Lösung" zwischen der arabischen Nationalbourgeoisie und den Zionisten ist deshalb durchaus denkbar - Ägypten erhält Sinai zurück und Israel annektiert das übrige Gebiet.

Allein schon die potentielle Möglichkeit einer solchen Einigung zeigt den Widerspruch in der Politik der beteiligten Regierungen, der sich darin ausdrückt, dass es nicht um eine Befreiung der israelischen und arabischen unterdrückten Volksmassen geht, sondern um bloße nationalstaatliche Interessen der herrschenden Kreise im Nahen Osten.

Die Fronten verlaufen deshalb nicht zwischen Zionisten und Arabern schlechthin, sondern zwischen dem palästinensischen Volk und den Zionisten wie auch der arabischen Nationalbourgeoisie.

Wolf Schluchter

Artikel 109: Der Militärgouverneur ist jeder Person gegenüber zum Erlass von Verordnungen befugt um ganz oder zum Teil folgende Zwecke zu erreichen:

1a) um sicherzustellen, dass diese Person sich weder in einem israelischen Bezirk der oben bezeichneten Art aufhält noch jemals sich aufhalten kann, es sei denn sie wäre dazu durch eine Verordnung einer Behörde oder eine in dieser Verordnung bezeichneten Person ermächtigt,

b) um von ihm Auskunft über seine Ortsveränderungen, auch der vergangenen, gegenüber der Behörde oder der in der Verordnung bezeichneten Person, zu verlangen,

c) um die Aufbewahrung oder den Gebrauch von in der Verordnung bezeichneten Gegenständen durch diese Person zu verhindern oder einzuschränken,

d) um ihm in der Verordnung bezeichnete Beschränkungen aufzuerlegen betreffend seiner Anstellung oder seiner Arbeit, seiner Beziehungen zu Dritten oder den Meinungsaustausch mit diesen, die Tätigkeit der Verbreitung von Nachrichten oder Meinungen (Herausgabe von Zeitungen oder Druckschriften).

(20) Sami Hadawi, Brennpunkt Palästina, Palästina Monographien 2, Rastatt 1969

(21) Vgl. J. Alsop, International Herald Tribune, 12.9. 67

(22) Vgl. The Israel Economist, August 1969, Nr. 8, Manpower Becomes a Problem.

(23) Referat Shlomo Gazit

2) Die Person, die dem Inhalt der ihr gegenüber erlassenen Verordnung zuwiderhandelt, wird wegen Übertretung dieser Gesetze angeklagt.

Artikel 110 :

1) Der Militärgouverneur ist befugt, eine Verordnung zur Unterstellung jeder Person unter polizeiliche Überwachung während eines Zeitraumes von nicht über 1 Jahr zu erlassen.

2) Wer der oben beschriebenen polizeilichen Überwachung unterworfen ist, wird gemäss der Anordnung des Militärgouverneurs ganz oder zum Teil folgenden Beschränkungen unterworfen:

a) er ist verpflichtet, innerhalb der Grenzen eines in der Verordnung des Militärgouverneurs bezeichneten Bezirkes in Israel zu wohnen,

b) er ist nicht berechtigt, seinen Wohnort innerhalb desselben Polizeibezirks zu wechseln, es sei denn er ist im Besitz einer durch den Polizeiinspektor des Bezirks ausgestellten Erlaubnis... noch seinen Wohnort ohne eine durch den Generalinspektor der Polizei ausgestellte Erlaubnis in einen anderen Polizeibezirk zu verlegen,

c) er ist zu jeder Zeit verpflichtet, dem Polizeiinspektor des Bezirks seines Wohnsitzes, Haus und Wohnort bekannt zu geben,

e) er ist gehalten, dem Verlangen des Verantwortlichen der Polizei im Bezirk seines Wohnsitzes nach seinem Erscheinen bei der nächsten Polizeistelle nachzukommen,

f) er ist verpflichtet, sich in der Zeit zwischen 1 Stunde nach Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang in seinem Hause aufzuhalten; die Polizei ist berechtigt, ihn zu jeder Zeit dort aufzusuchen.

3) Jeder Polizeibeamte und jeder Soldat der Regierungsstreitkräfte sind berechtigt, jeden zu verhaften, gegen den gemäß oben Abs. 1) und 2) eine Verordnung erlassen wurde, und ihn in die Gegend zu verbringen, in der er sich aufzuhalten hat.

4) Wer dem Inhalt einer, der oben ausgeführten Verordnung zuwiderhandelt, wird wegen Übertretung dieser Gesetze angeklagt.

Artikel 111 : Der Militärgouverneur ist befugt, Unterbringungsanordnungen für jedes, in der Verordnung bezeichnete Gefängnis zu erlassen. Zur Ausführung dieses Artikels werden einer oder mehrere Ausschüsse gebildet, deren Zusammensetzung durch den Verteidigungsminister bestimmt wird. Den Vorsitz jedes dieser Ausschüsse hat, wer in der Justiz tätig oder in einem hohen Regierungsamt ist. Diese Ausschüsse haben die Aufgabe, jeden Widerstand eines von einer gemäss dieses Artikels erlassenen Verordnung Betroffenen zu untersuchen und dem Militärgouverneur diesbezüglich Massnahmen zu unterbreiten.

Fortsetzung von Seite 50

gehen, Widerstand entgegensetzen. Jede Verletzung der Schuldisziplin und jeder Verstoss gegen das Beamtengesetz, die eine Demokratisierung der Schule vorantreiben sollen, werden als demokratisches Handeln unterstützt."

Dass es sich bei all diesen Aktionen nicht um solche handelt, die ohne Zutun des Widerspruchsführers gestartet werden, ist offensichtlich, zumal der Widerspruchsführer sich selbst an vielen der gestarteten Aktionen selbst beteiligt hat, so auch an dem teach-in in Karlsruhe am 16.3.1970.

Da der Widerspruchsführer trotz der Mahnung des Oberschulamts vom 10.12.1969 nach Einleitung der disziplinären Vorermittlungen gegen ihn sich in keiner Weise zurückgehalten sondern im Gegenteil die Unruhen noch immer mehr unterstützt und vorangetrieben hat, ist nicht zu erwarten, dass er in Zukunft hiervon ablassen wird. Das erklärte Ziel des Widerspruchsführers und der mit ihm solidarisierten Referendare ist, wie sie selber u.a. in dem zitierten Flugblatt schreiben, die Politisierung von Schülern und Lehrern. Die konsequente Verfolgung dieses Zieles setzt aber die Mobilisierung von Schüler- und Lehrermassen voraus, was wiederum die Funktionsfähigkeit der Schule aufs schwerste gefährdet. Deshalb ist auf Grund der durch das Verhalten des Herrn Stud. Ref. Kommer ständig geschürten Unruhe nicht nur in der Schülerschaft, sondern auch bei Eltern und Lehrern bei seinem weiteren Verbleib in der Schule eine gedeihliche Erziehungsarbeit und eine Befriedung der Situation nicht mehr zu erwarten. Aus diesem Grunde liegt die gemäss § 80 Abs.2 Nr.4 VwGO getroffene Anordnung der sofortigen Vollziehung der Entlassungsverfügung mit Ablauf des 31.3.1970 (Osterferien) im dringenden öffentlichen Interesse.

politische buchhandlung
schiffgasse 3 - an der mensa
ca. 11 - 18.30 uhr tel. 46153

ökonomie
befreiungsbewegungen
materialismus
arbeiterbewegung

lehrerbildung
erziehung
psychologie
soziologie
hochschulpolitik
recht
faschismus
zeitschriften